

Preussische Allgemeine



Nr. 43 · 23. Oktober 2020

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 €



Orakel von Washington

Die Frage, wer der nächste US-Präsident wird, beschäftigt die Welt. Zwei renommierte Wissenschaftler kommen mit ihren Methoden zu entgegengesetzten Prognosen **Seite 2**



Kultur In München hat das neue Sudetendeutsche Museum eröffnet **Seite 9**



Mensch und Zeit Wenn Kirchen zu Moscheen werden **Seite 12**

AUFGESCHNAPPT

Ist Merkel unbeliebtester Politiker?

Kein deutscher Politiker stößt auf so viel scharfe Ablehnung bei den Bundesbürgern wie Angela Merkel (CDU). So eine Umfrage des INSA-Instituts im Auftrag des Journalisten Boris Reitschuster, der das Ergebnis auf seiner Seite „reitschuster.de“ veröffentlicht hat. Auf die Frage, welchen Politiker auf Bundesebene man am entschiedensten ablehne, gaben 20 Prozent Merkel an, knapp gefolgt von den AfD-Politikern Alexander Gauland (19 Prozent) und Alice Weidel (18 Prozent). In weitem Abstand folgen Jens Spahn (CDU) mit sieben sowie Saskia Esken (SPD), Robert Habeck (Grüne) und Andreas Scheuer (CSU) mit je fünf Prozent.

Reitschuster ging es darum, zu beweisen, wie sehr die Fragestellung den Anschein einer Umfrage beeinflussen kann. So, wie Merkel hier als die unbeliebteste Politikerin der Republik erscheine, erklimme sie bei anderer Fragestellung oftmals den Gipfel der Popularität.

Der Journalist, der viele Jahre Chef des Moskauer Büros des „Focus“ gewesen war, kritisiert in dem Zusammenhang eine andere Umfrage, die den Eindruck erwecken wollte, die Mehrheit der Deutschen begrüße die Aufnahme von Asylsuchern aus dem griechischen Lager Moria. Nicht nur die Fragestellung der Untersuchung sei seinerzeit manipulativ ausgefallen. Auch ergäben die ermittelten Zahlen in Wahrheit eine relative Mehrheit gegen die Aufnahme. Reitschuster empfiehlt, Umfragen generell „mit Vorsicht zu behandeln“.

H.H.

TERRORISMUS

Bittere Erkenntnisse nach dem Mord an Samuel Paty

Die Reaktionen auf den jüngsten Anschlag in Frankreich offenbaren die Doppelmoral im Umgang mit extremistischer Gewalt

VON RENÉ NEHRING

Wieder einmal erschütterte ein schrecklicher Terroranschlag die Welt. Am vergangenen Wochenende ermordete der 18-jährige Abdoullah Anzonov in der französischen Kleinstadt Conflans-Sainte-Honorine den 47-jährigen Geschichtslehrer Samuel Paty, weil dieser zuvor in einer Unterrichtsstunde zum Thema Meinungsfreiheit einige Mohammed-Karikaturen aus der Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ gezeigt hatte.

In Frankreich protestierten daraufhin Zehntausende gegen den islamistischen Terrorakt. Unter dem Schlagwort „Je suis Samuel“ („Ich bin Samuel“) äußerten sie – in Anlehnung an das Motto „Je suis Charlie“ aus dem Jahre 2015, als die Redaktion von „Charlie Hebdo“ Ziel eines islamistischen Terroraktes wurde – vielerorts ihre Betroffenheit. In Deutschland und in den anderen Ländern der westlichen Welt hingegen währte die Abscheu über die Tat nur kurz. Schon am nächsten Tag beherrschten andere Themen das Geschehen.

Dieses Verhalten steht in krassem Gegensatz zu den Ereignissen rund um den Tod des schwarzen US-Amerikaners George Floyd, der am 25. Mai infolge eines brutalen Polizeieinsatzes in Minneapolis ums Leben kam. Damals schwappte eine Welle der Entrüstung um die Welt, die schnell in Straßenschlachten und in dem

Sturz von Denkmälern vermeintlicher oder echter Sklavenhändler mündete. Dabei war Floyd ein mehrfach vorbestrafter Intensivtäter, der an seinem Todestag deshalb in die Fänge der Polizei geraten war, weil er versucht hatte, in einem Laden mit Falschgeld zu bezahlen.

Dass der Tod eines Straftäters einen solchen Aufruhr erzeugt, die bestialische Ermordung eines Lehrers, der in seinem Unterricht elementare Grundlagen unseres Gemeinwesens vermittelt hat, schon nach einem Tag kaum ein Thema mehr ist, verrät viel über den Zustand der westlichen Welt im Jahre 2020. Und es offenbart die Doppelmoral all jener, die stets vorgeben, gegen Rassismus und Diskriminierung zu streiten. Ebenso bezeichnend ist das laute Schweigen der hiesigen Islamverbände, die sonst umgehend zur Stelle sind, wenn irgendwo im Lande auch nur das Tragen eines Kopftuchs kritisiert wird.

Neben der Doppelmoral dürfte bei manchem Schweigenden freilich auch die Angst eine Rolle dabei gespielt haben, sich nicht zu dem Verbrechen in Frankreich zu äußern. Während Kritik an Polizei und anderen Autoritäten unseres Rechtsstaates sowie an Gewalt von rechts jederzeit möglich ist, verlangt es offenkundig Mut, die Freiheit unserer Gesellschaft gegen die Bedrohung durch den Islam zu verteidigen. Was wiederum zeigt, von welcher Seite diese Gesellschaft tatsächlich am stärksten bedroht ist.

Und noch etwas: Der Täter Abdoullah Anzonov war kein alteingesessener Franzose, sondern ein in Moskau geborener Tschetschene, der vor einigen Jahren mit seiner Familie nach Frankreich zog. Dieser Umstand belegt auf erschreckende Weise einmal mehr, wie eine gefühlsduselige Migrationspolitik blauäugig die innere Sicherheit der Bürger Europas gefährdet.

Erst vor wenigen Tagen meldete die Deutsche Welle, dass der Bundestag im Schatten der Corona-Pandemie erweiterte Möglichkeiten zum Familiennachzug beschlossen hat. Dieser wird künftig auch auf diejenigen Personen ausgedehnt, die in Deutschland lebenden EU-Bürgern „nahestehen“ und selbst keine Staatsangehörigkeit eines EU-Landes haben, zum Beispiel Pflegekinder, Lebenspartner, die weder Ehegatten sind noch eingetragene Lebenspartner, sowie Onkel, Tanten, Nefen und Nichten. Angesichts der Clanstrukturen in zahlreichen Herkunftsgebieten dürfte es dann kaum noch Hürden für die Einreise nach Deutschland geben.

Der Bürgerkrieg in unseren Straßen, dessen jüngstes Kapitel wir am vergangenen Wochenende erleben mussten, ist kein Naturereignis, das irgendwie über uns gekommen ist. Er ist zu einem großen Teil das Ergebnis einer verfehlten Migrationspolitik. Die Folgen freilich tragen nicht diejenigen, die die falschen Entscheidungen treffen, sondern einfache Bürger wie Samuel Paty.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Die fiesen Tricks der Retter. Wie Flüchtlingshelfer und Schleuser kooperieren **Seite 6**

Geschichte

Macron greift 70 Jahre alten Plan von einer „wahren europäischen Armee“ auf **Seite 10**

Das Ostpreußenblatt

Taucher finden Wrack der „Karlsruhe“ – Spekulationen um Bernsteinzimmer **Seite 13**

Lebensstil

Rastplatz für Zugvögel: Orientierung am Lauf der Elbe für ihre Reise gen Süden **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite **paz.de**



4 191814 302902 43
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

US-Wahl-„Orakel“ Allan Lichtman glaubt an einen Sieg Bidens, weil sieben Argumente dafür sprächen und nur sechs für einen Erfolg Trumps. Helmut Norpoth erwartet aufgrund seines Primary-Modells das Gegenteil

Ein nicht ganz unparteiisches „Orakel“

Vier Gründe, an der Neutralität des vermeintlich objektiven Allan Lichtman zu zweifeln

VON WOLFGANG KAUFMANN

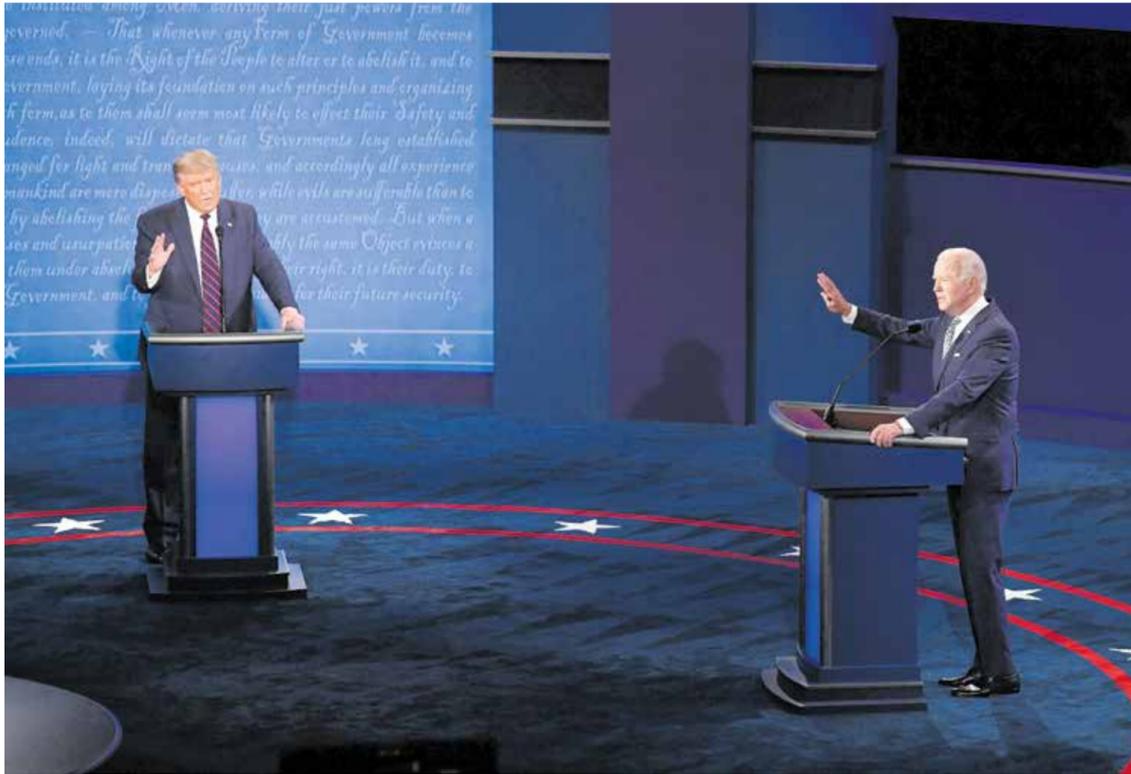
Während die Demoskopie eifrig Umfragen durchführt, gehen manche Wissenschaftler andere Wege, um eine Antwort auf die Frage zu erhalten, welcher der beiden Kandidaten bei den US-Präsidentenwahlen am 3. November das Rennen machen wird. Im Fokus der Öffentlichkeit steht dabei insbesondere der Historiker und Politologe Allan Lichtman von der American University in der Hauptstadt der Vereinigten Staaten. Denn das sogenannte Orakel von Washington hat bislang den Ausgang fast aller Wahlen für das höchste Staatsamt der USA seit 1984 richtig vorhergesagt. Dies gilt auch für den spektakulären Triumph von Donald Trump im Jahre 2016. Nur 2000 lag Lichtman falsch, als er prophezeite, Al Gore werde George W. Bush schlagen.

Seine Prognosen erstellte Lichtman mit Hilfe eines Systems, das auf der Analyse sämtlicher US-Wahlergebnisse von 1860 bis 1980 basiert. Die Anregung hierzu erhielt er 1981 von dem russischen Geophysiker Wladimir Keilis-Borok, der auf die Idee gekommen war, bei politikwissenschaftlichen Analysen auf die Grund-Algorithmen zur Erdbebenvorhersage zurückzugreifen. Lichtmans System beruht auf der Annahme, dass es insgesamt 13 sogenannte Schlüssel gebe, die den Zugang zum Weißen Haus ermöglichen. Zum mutmaßlichen Wahlsieger kürte er also immer denjenigen, der über mindestens sieben dieser Schlüssel verfügt. Dazu zählen beispielsweise Charisma, eine Karriere ohne Skandale sowie – im Falle des Amtsinhabers, der zur Wiederwahl antritt – politische, wirtschaftliche und militärische Erfolge während der ersten vier Jahre als Präsident.

Nun verkündete Lichtman in einem Video, das die „New York Times“ online stellte, dass Trump lediglich sechs der 13 nötigen Schlüssel in Händen halte, während sein Herausforderer Joe Biden auf sieben komme. Deswegen werde letzterer die Wahl gewinnen. Das ging durch alle US-Medien.

Al Gores Wahlsieg vorausgesagt

Dabei blieb aber zumeist unerwähnt, wie wenig neutral das vermeintlich objektive „Orakel“ Lichtman letztlich ist. Zum Ersten gehört er der Demokratischen Partei



Wer von den beiden macht das Rennen? US-Präsident Donald Trump und seine Herausforderer Joe Biden (v.l.) Foto: action press

an und kandidierte für diese 2006 bei den Vorwahlen zur Wahl zum US-Senat im Bundesstaat Maryland. Damals erhielt Lichtman aber nur 1,2 Prozent der Stimmen und verlor somit haushoch gegen seinen parteiinternen Konkurrenten Benjamin Cardin. Zum Zweiten beriet er in der Vergangenheit prominente demokratische Politiker wie Edward Kennedy und Al Gore, dessen Siegeschancen er 2000 überschätzte. Zum Dritten fungiert Lichtmans Ehefrau Karyn Strickler als Präsi-

dentin der Klimaschutz-Lobbyorganisation Vote Climate. Diese unterstützt vorrangig demokratische Kandidaten. Und zum Vierten ist der Politologe ein dezidiert Gegner Donald Trumps. Davon zeugt nicht zuletzt sein Buch „The Case for Impeachment“ aus dem Jahre 2017, in dem er jede Menge Argumente aufzählte, warum man den Präsidenten des Amtes entheben sollte.

Im Zusammenhang mit dem von den Demokraten tatsächlich Ende 2019 angestrebten Impeachment-Verfahren unterließ dem „Orakel von Washington“ eine weitere Fehleinschätzung, denn im Gegensatz zu seiner Ankündigung wurde Trump nicht mit Schimpf und Schande aus dem Weißen Haus gejagt. Und vielleicht irrt sich der Professor ja nun bald zum dritten Mal, womit sein größter wissenschaftlicher Gegenspieler, Helmut Norpoth, die Nase vorn hätte. Denn dessen auf mathematischen Formeln basierendes Primary-Modell sagt genau wie schon 2016 einen Wahlsieg Trumps voraus (siehe unten).

Kurzporträts



Allan Lichtman von der American University in Washington D.C. sagt einen Sieg von Joe Biden bei der US-Präsidentenwahl im November voraus



Helmut Norpoth von der Stony Brook University (New York) meint, der Amtsinhaber Trump werde mit 90-prozentiger Wahrscheinlichkeit wiedergewählt



Der aus Russland stammende Geophysiker **Wladimir Keilis-Borok** hat die Verwendung der Erdbebenvorhersagemethoden für Wahlprognosen vorgeschlagen

PRIMARY-MODELL

Warum Norpoth an einen klaren Sieg Trumps glaubt

Der deutschstämmige Wahlforscher vermutet einen Sieg des Amtsinhabers mit 362 gegen 176 Wahlmännerstimmen

Viele der ernst zu nehmenderen Prognosen bezüglich des Ausgangs der US-Präsidentenwahlen beziehen sich lediglich auf einzelne Bundesstaaten. Dahingegen versucht der Politikwissenschaftler Helmut Norpoth genau wie das omnipotente „Orakel“ Allan Lichtman das landesweite Gesamtergebnis vorherzuberechnen. Dabei sagt er im Widerspruch zu seinem Kollegen einen deutlichen Sieg von Donald Trump über Joe Biden voraus. Die Wahrscheinlichkeit, dass der Amtsinhaber im Weißen Haus verbleiben könne, liege derzeit bei 90 Prozent. Vermutlich werde Trump am Ende über 362 Wahlmänner verfügen, womit Biden dann nur 176 verblieben.

Der aus Essen stammende Wahlforscher, der 1976 in den USA promoviert hat und seitdem dort lehrt, hatte 2016 genau wie Lichtman als einer der ganz wenigen Experten weltweit auf Trump gesetzt und damit Recht behalten. Damals gab er die Erfolgsaussichten des vermeintlichen Außenseiters mit 87 Prozent an, was vielfach entgeistertes Kopfschütteln auslöste.

90 statt der damaligen 87 Prozent

Norpoth verwendet kein System von teilweise subjektiven Schlüsseln wie Lichtman, sondern das von ihm selbst entwickelte Primary-Modell, in das die Daten aus allen Präsidentschaftswahlen seit

1912 einfließen. Dabei sind die Ergebnisse der ersten parteiinternen Vorwahlen der entscheidendste Faktor. Wer in den Primaries deutlich besser abschneide als sein späterer Konkurrent von der anderen Partei, der werde auch aus dem letzten Rennen um die Präsidentschaft als Sieger hervorgehen. Und Trump habe eben bei den ersten Vorwahlen in New Hampshire am 11. Februar 2020 mit 84,4 Prozent triumphiert, während Biden dort nur auf 8,3 Prozent gekommen sei, „was für einen Kandidaten mit dem Wunsch, Präsident zu werden, unglaublich ist“.

Mit seinem Modell lag Norpoth seit 1996 bei fünf von sechs Wahlen richtig. Nur die knappe Niederlage von Al Gore

Norpoth hatte bereits Trumps Wahlsieg 2016 prognostiziert. Diesmal hält er einen Sieg des Republikaners für noch wahrscheinlicher

gegen George W. Bush sah er genau wie Lichtman nicht voraus.

Norpoth vertraut ausschließlich auf die Ergebnisse der bereits durchgeführten Vorwahlen. Seines Erachtens werden weder Trumps Corona-Management noch die derzeitigen sozialen Unruhen in den USA einen Einfluss auf den Wahlausgang haben. Das trägt Norpoth den Hass vieler Trump-Gegner ein. Er bekomme zahllose Zuschriften, deren Inhalt „nicht druckbar“ sei, sagte der Politologe kürzlich und fügte dann hinzu: „Jeder glaubt, dass Trump in Flammen aufgehen wird, und ich sage mit fast absoluter Sicherheit voraus, dass er gewinnen wird. Das scheint verrückt zu sein – ist es aber nicht.“ W.K.

ALLAN LICHTMAN

Die 13 Schlüssel des angeblichen Orakels

Dem „Orakel von Washington“ Allan Lichtman zufolge, besitzt der Republikaner Donald Trump derzeit sechs Schlüssel fürs Weiße Haus. Erstens sei er der amtierende Präsident. Zweitens habe sich niemand in seiner Partei als ernst zu nehmender Widersacher entpuppt. Drittens gebe es keinen dritten, unabhängigen Kandidaten bei der Wahl im November. Viertens könne er auf einige wichtige innenpolitische Erfolge zurückschauen und habe fünftens schwerwiegende Fehler auf dem Gebiet der Außenpolitik und Kriegführung vermieden. Sechstens verfüge er über mehr Charisma als der Gegenkandidat, der zudem kein Nationalheld sei.

Andererseits – so Lichtman weiter – habe Trumps demokratischer Herausforderer Joe Biden aber sieben Schlüssel, was ihn für die Rolle des Wahlsiegers prädestiniere. Seit den letzten Kongresswahlen besitze seine Partei erstens die Mehrheit der Sitze im US-Repräsentantenhaus. Die Wirtschaft der Vereinigten Staaten sei zweitens in der Zeit vor der Wahl in eine tiefe Rezession gerutscht. Das Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum sei drittens gesunken. Darüber hinaus sei es in der Amtszeit Trumps viertens zu massiven sozialen Unruhen gekommen sowie fünftens zu mehreren Skandalen rund um die Regierung. Der Präsident, der eine Wiederwahl anstrebe, könne sechstens auf keine spektakulären Erfolge in der Außenpolitik verweisen. Trumps etwas größeres Charisma verhindere nicht, dass man ihm siebentens vielfach die Führungsrolle im Staate abspreche.

Während die US-Medien Lichtmans Prognose in großer Aufmachung verbreiten, verweisen Kritiker auf die methodischen Schwächen des Schlüssel-Modells. So bemängelte der prominente Statistiker und Wahlforscher Nathaniel Read Silver, der allerdings 2016 selbst falsch gelegen hatte, die Subjektivität mancher Schlüssel. Charisma lasse sich überhaupt nicht exakt messen. Und bei der Antwort auf die Frage, ob etwas nun ein Erfolg oder Misserfolg gewesen sei, schieden sich die Geister auch ziemlich oft. W.K.

Eine bleibende Wunde

Während Deutschland in diesem Herbst an die Vereinigung von Bundesrepublik und DDR vor 30 Jahren erinnert, bleiben andere Jahrestage unerwähnt. Neben dem Trianon-Trauma Ungarns vor allem die Annexion Südtirols durch Italien vor 100 Jahren

VON REINHARD OLT

Der Oktober 2020 zwingt auf vielfältige Weise zur Vergewisserung bedeutender Ereignisse, die miteinander korrespondieren. Wenngleich nicht auf den ersten Blick zu erkennen, so besteht zwischen der Erinnerung an 30 Jahre Vereinigung zwischen Bundesrepublik und DDR, an 100 Jahre Volksabstimmung in Kärnten, an die territoriale Kastration Ungarns sowie an die formelle Annexion des südlichen Teils des einstigen Kronlandes Tirol durch Italien eine – wenn auch kontrastive, so doch – innere Verbindung.

Kärnten, wo die Siegermächte des Ersten Weltkriegs auf US-amerikanischen Druck hin am 10. Oktober 1920 eine Volksabstimmung erlaubt hatten, entging – maßgeblich zufolge des Kärntner Abwehrkampfes sowie mehrheitlichen Votums der slowenischen Minderheit Südkärntens für den Verbleib bei Österreich – der vom jugoslawischen SHS-Staat (Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen) verlangten Landesteilung. Ohne Volksabstimmung wurden hingegen per Vertrag von Saint-Germain-en-Laye (1919) das Mießtal dem SHS-Staat sowie das Kanaltal Italien übereignet.

Die Teilung Tirols

Das einschneidendste Ereignis für die als Nachfolgerin des österreichisch-ungarischen Imperiums entstandene und zunächst an ihrer Existenzfähigkeit zweifelnde Republik (Deutsch-)Österreich war die erzwungene Abtretung Südtirols (mitsamt Welschtirol/Trentino) an Italien. Das Zerreißen Tirols, die formelle Annexion des südlichen Landesteils am 10. Oktober 1920 – just also am Tag der Kärntner Volksabstimmung – ist und bleibt, wie der im selben Jahr am 4. Juni im Friedensdiktat von Trianon bestimmte Verlust Ungarns von zwei Dritteln seines Territoriums, eine Wunde, die nicht verheilen kann. Denn damit sind nicht nur Menschen- und Selbstbestimmungsrechte verletzt worden, sondern Völker und Seelen.

„Bella Italia“ muss sich all seinen beschönigenden Parolen zum Trotz gefallen lassen, als hinterhältiger, sich verstellender politischer Akteur eingestuft zu werden. Schon Bismarck sagte nach der quasi parallel vollzogenen Einigung Italiens und der maßgeblich von ihm herbeigeführten Reichsgründung 1870/71, dass im Gegensatz zum saturierten preußisch-deutschen Kaiserreich das sardinisch-toskanisch-sizilianische Königreich Italien ein „hungriger“ Staat sei: „Italien hat einen großen Appetit, aber sehr schlechte Zähne.“

Vielfach lieferte Italien hernach Beweise für Bismarcks abfälliges Diktum. Um seinen national-romantisch verbrämten, quasi der Idee des „Imperium Romanum“ verschriebenen und von „sacro egoismo“ („heiligem Eigennutz“) getriebenen „Hunger“ nach territorialer Ausweitung zu stillen und stets zielgerichtet auf Sieger-Seite zu sein, wechselte es nach Belieben die Fronten. Südtirol war das kontinentale „Tortenstück“ dieses dem Macht- und Landhunger geschuldeten Seitenwechsels von 1915 während des Ersten Weltkriegs. Schon lange hatten italienische Nationalisten die Ziehung der Grenze entlang der Wasserscheide am Brenner gefordert.

Der faschistische Furore

Nichts von dem, was der einstige Ministerpräsident Luigi Luzzatti nach der Unterzeichnung des Friedensdiktats von St. Germain (10. September 1919) im römischen Parlament sagte – „Es muss eine Ehrenpflicht für die Regierung und für das Parlament sein, den Deutschen, die nur wegen der absoluten Notwendigkeit, unsere Grenzen verteidigen zu können, angegliedert wurden, ihre autonomen Einrichtungen zu bewilligen“ – wurde nach der Einverleibung des südlichen Tirols



„100 Jahre Unrecht schaffen keinen Tag Recht“: Plakat des Südtiroler Heimatbundes zum Jahrestag der Abtrennung des südlichen Tirols von Österreich
Foto: SHB

zugestanden. Im Gegenteil: Selbst die trientnischen (Welsch-)Tiroler Reichsratsabgeordneten Enrico Conci und Alcide DeGasperi – er sollte nach dem Zweiten Weltkrieg, als den Südtirolern wiederum die Selbstbestimmung verweigert wurde, abermals eine verhängnisvolle Rolle spielen – schlugen Töne an, die sich nicht im geringsten von jenen der Schwarzhemden Mussolinis unterschieden. So schrieb DeGasperi in einem Artikel unter dem Titel „Tirol addio“, der am 4. Dezember 1918 in der von ihm herausgegebenen Zeitung „Il Nuovo Trentino“ erschien: „Tiroler, euer Leben war unser Tod, nun wird unser Leben euer Tod sein.“

Mit dem ersten von faschistischen Schlägertrupps am 24. April 1921 in Bozen Getöteten, dem Marlinger Lehrer Franz Innerhofer, nahm die Knechtschaft der Südtiroler ihren Lauf. Erniedrigung, Drohungen, Gewalt, Folter, Mord waren fortan an der Tagesordnung. Geschichtsfälschungen und die Italianisierung von Vor- und Familiennamen sowie von Orts- und Flurnamen, das Verbot des öffentlichen Gebrauchs der deutschen Sprache, verbunden mit der massenhaften Ansiedlung von ethnischen Italienern in den aus dem Boden gestampften Industrie- und Gewerbezentren, die Zerschlagung von Vereinen und Verbänden mittels Verbots sowie der Installation rein italienischer Strukturen, das Ersetzen gewählter Ortsvorsteher durch faschistische Amtsbürgermeister, der Austausch der Ordnungskräfte sowie die Unterdrückung von Medien und Kultureinrichtungen, schließlich die Errichtung des unsäglichen „Siegesdenkmals“ in Bozen und vieles mehr hatten zum Ziel, den südlichen Teil Tirols in eine rein italienische Provinz zu verwandeln.

Als sich alle kolonialistischen Zwangsmaßnahmen, die Bevölkerung des „Hochtsch“ („Alto Adige“, gemäß damals verordneter, alleingültiger Benennung) zu assimilieren, als fruchtlos erwiesen, zwangen die „Achsenpartner“ Mussolini und Hitler die Südtiroler in einem perfiden Optionsabkommen, sich entweder für das Deutsche Reich zu entscheiden und über den Brenner zu gehen oder bei Verbleib in ihrer Heimat schutzlos der gänzlichen „Italianità“ anheimzufallen. Obschon die meisten für Deutschland optierten, verhinderte der Zweite Weltkrieg die kollektive Umsiedlung.

1946 lehnten die Alliierten die Forderung nach einer Volksabstimmung in Südtirol ab,

woraufhin sich in Paris die Außenminister Österreichs und Italiens auf eine Übereinkunft zugunsten der Südtiroler verständigten, die Bestandteil des Friedensvertrags mit Italien wurde. Das Gruber-DeGasperi-Abkommen vom 5. September 1946 sah die politische Selbstverwaltung vor, und im Kulturellen wurden muttersprachlicher Unterricht sowie die Gleichstellung der deutschen mit der italienischen Sprache auf allen Feldern des gesellschaftlichen Lebens garantiert.

Der Rosstäuscher DeGasperi

Zwar erließ Rom dann 1948 das vorgesehene Autonomie-Statut und deklarierte es – wie zwischen Vertragspartnern und Siegermächten verabredet – zum Bestandteil der italienischen Verfassung. Allerdings wurde die Provinz Bozen-Südtirol mit der Nachbarprovinz Trient in einer Region („Trentino-Alto Adige“) zusammengefasst. Dieser Trick DeGasperis führte die Majorisierung der deutschen und der ladinischen Volksgruppe durch die italienische herbei, die im Trentino absolut dominant war.

Dagegen und gegen die vom demokratischen Italien ungebrochen fortgeführte Ansiedlung weiterer Italiener protestierten die Südtiroler 1957 unter der Parole „Los von Trient“. Mit Anschlägen auf „Volkswohnbauten“ und andere italienische Einrichtungen machte der „Befreiungsausschuss Südtirol“ (BAS) die Welt auf die verweigerte Selbstbestimmung und die uneingelösten vertraglichen Zusicherungen Roms aufmerksam.

1960 trug der damalige österreichische Außenminister Bruno Kreisky (SPÖ) den Konflikt vor die Vereinten Nationen, und da Italien trotz zweier UN-Resolutionen nicht einlenkte, erreichten die Anschläge im Sommer 1961 ihren Höhepunkt. Rom verlegte 22.000 Soldaten sowie Carabinieri in den Norden und stellte das Land unter Ausnahmezustand mit all den damit verbundenen rigorosen Gewaltmaßnahmen gegen die Bevölkerung, insbesondere das Foltern von inhaftierten BAS-Aktivistinnen. Südtirol rückte infolgedessen auch international in den Mittelpunkt des Weltgeschehens.

„Paket“ und zweites Statut

Nach unzähligen Verhandlungsrunden zwischen Wien und Rom im Beisein von Vertretern beider Tirol einigte man sich auf die Entschärfung des Konflikts, indem man 137 Einzelmaßnahmen an einen „Operationskalen-

der“ band – also an eine zeitliche Vorgabe für die Umsetzung – und in einer sogenannten „Paket-Lösung“ verschnürte. Bevor diese am 20. Januar 1972 als „Zweites Autonomiestatut“ in Kraft treten konnte, musste ihm die Südtiroler Volkspartei (SVP), die seit 1945 maßgebliche politische Kraft im Bozener Landhaus, zustimmen. Auf der SVP-„Landesversammlung“ in der Kurstadt Meran kam 1969 eine knappe Mehrheit dafür zustande.

Es sollte weitere 20 Jahre und ungezählte Verhandlungen in Anspruch nehmen, die Bestimmungen über die Selbstverwaltung umzusetzen sowie die annähernde Gleichstellung der deutschen mit der italienischen Sprache im öffentlichen Leben sowie die Stellenbesetzung gemäß ethnischem Proporz zu verwirklichen. Erst 1992 konnte das „Paket“ für erfüllt und am 11. Juni der Südtirol-Konflikt durch Abgabe der „Streitbeilegungserklärung“ vor den Vereinten Nationen für beendet erklärt werden. Zuvor hatte der damalige italienische Ministerpräsident Giulio Andreotti im römischen Parlament sowie mittels eines Briefes nach Wien die Zusicherung gegeben, dass Änderungen daran nur mit Zustimmung der Südtiroler vorgenommen werden dürften.

Letzteres ist seitdem vielfach nicht eingehalten oder im Sinne der von Rom in Anspruch genommenen zentralstaatlichen „Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnis“ (AKB) stark verwässert worden. Die SVP fand sich immer öfter bereit, von Rom dekretierte Änderungen an Substanz und Charakter des Statuts hinzunehmen, um den Anschein von „Convivenza/Zusammenleben“ aufrechterhalten und die angeblich „beste Autonomie der Welt“ nach innen und außen als „modellhaft“ anpreisen zu können. Nicht zuletzt auch, um ihre politische Macht in der Provinz zu erhalten, von deren ökonomisch-finanziellen wie sozialen Pfründen das Gros ihrer Funktionsträger profitiert.

Sehnsucht nach der Einheit Tirols

Von der „Autonomie-Partei“ SVP, deren einstiges geduldiges, mitunter bis zur Selbstverleugnung reichendes politisches Wirken für ein erträgliches Dasein der Südtiroler nicht gering geschätzt werden soll, ist daher unter ihrer gegenwärtigen Führung nicht zu erwarten, dass sie je an eine Änderung des Status quo auch nur denkt.

Demgegenüber zeigen mehrere demoskopische Erhebungen der letzten Jahre – sowohl in Südtirol als auch in Österreich –, dass sich die überwiegende Mehrheit der Befragten stets für die Beseitigung beziehungsweise Überwindung des Teilungszustands ausgesprochen hat. Es kann daher nicht verwundern, dass die Tiroler im Zusammenhang mit dem deutschen Staatsfeiertag am 3. Oktober die Frage stellten, was „das Bundesland Tirol, die Autonome Provinz Bozen-Südtirol und die Republik Österreich zur Vereinigung Süd-, Ost- und Nordtirols unternehmen“.

Vereinigungen wie Schützen (SSB), Heimatbund (SHB) und deutschtiroler Landtagsopposition halten indes daran fest, immer wieder das völkerrechtswidrige Zerreißen Tirols und die stete Verweigerung der Selbstbestimmung ins Gedächtnis zu rufen. Beispielhaft sind in diesem Zusammenhang das „Kenntlichmachen der Mitte Tirols“ durch einen geweihten Markierungsstein, den der Schützenbezirk Brixen in unmittelbarer Nähe des Schutzhauses „Latzfonsner Kreuz“ errichtete, sowie die von Trient bis Wien organisierte Plakataktion des SHB unter der Losung „100 Jahre Unrecht schaffen keinen Tag Recht“.

● Prof. Dr. phil. Dr. h.c. Reinhard Olt war von 1985 bis 2012 Redakteur der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und von 1994 bis zu seinem Ausscheiden deren politischer Korrespondent in Wien. Er hatte Lehraufträge an diversen deutschen, österreichischen und ungarischen Hochschulen inne.

● MELDUNGEN

Zerstörungen durch Moslems

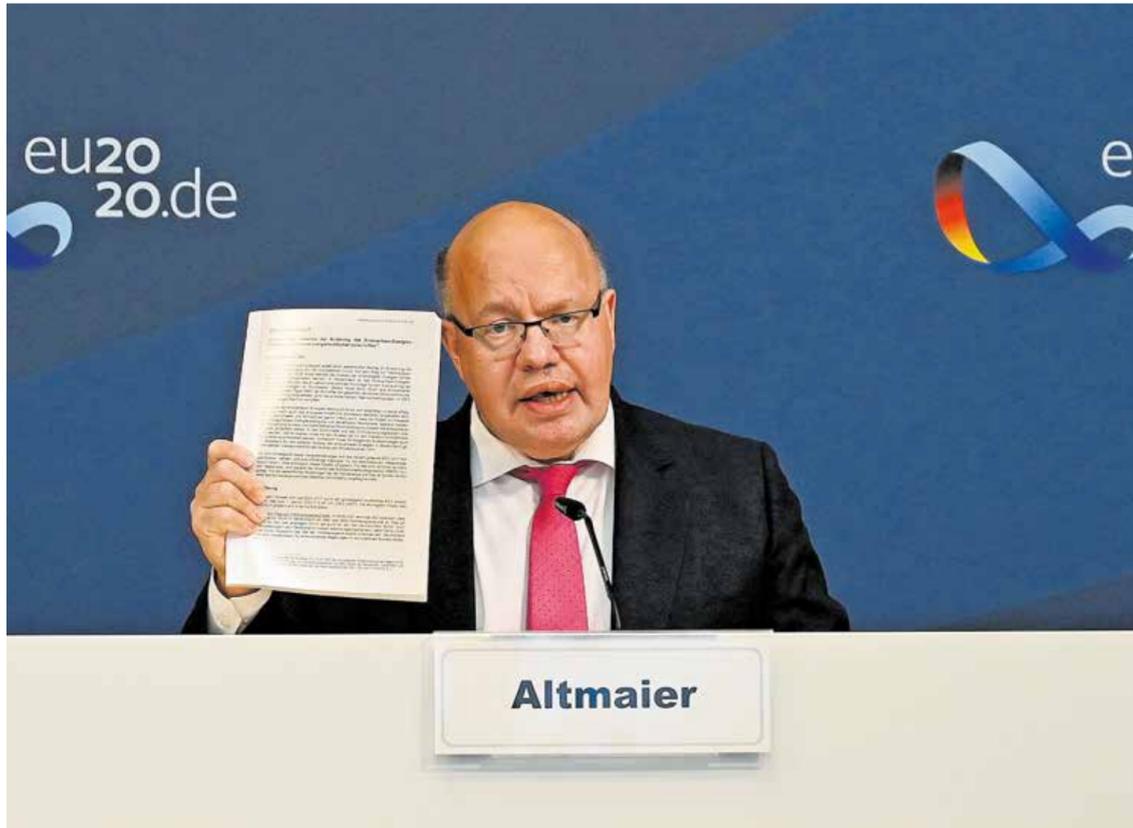
Pirna – In der Großen Kreisstadt Pirna sind mittlerweile rund 2000 angebliche Flüchtlinge untergekommen, die meisten aus dem islamischen Raum stammend. Einige der „Schutzsuchenden“ begannen unlängst, ihr neues Revier zu markieren. Zunächst geschah dies mit „Allahu akbar“-Schmierereien an den restaurierten historischen Brunnen und Gebäuden im Stadtzentrum. Und nun wüteten die zerstörungswütigen Moslems auch noch auf dem Kohlberg am südlichen Rand Pirnas. Wie der Stadtrat André Liebscher von den Freien Wählern publik machte, tragen zwei der dortigen Kulturdenkmäler, die Gedenktafel für das Friedensfest Junger Sozialisten im Jahre 1917 und das uralte Steinkreuz, das die Flurgrenze zwischen Pirna und Zehista markiert, jetzt den arabischen Schriftzug „Gott ist groß“. Dabei setzten die Täter in beiden Fällen sogar Hammer und Meißel ein. W.K.

Linke legt ihre Pläne dar

Berlin – Die Fraktionschefin der Linkspartei im hessischen Landtag, Janine Wissler, die mit Susanne Hennig Wellsow für den Vorsitz der Bundespartei kandidiert, hat in einem Interview mit der „Welt“ ihre politische Agenda dargelegt. Auf ihre – inzwischen beendete – Mitgliedschaft in der linksextremen Organisation „marx21“ angesprochen, die durch den Verfassungsschutz beobachtet wird, ließ sie wissen, dessen Einschätzung sei für sie „kein Maßstab“. Der ehemalige Behördenleiter Hans-Georg Maaßen sei „ein rechter Verschwörungstheoretiker“. In Fällen wie etwa dem des Immobilienkonzerns Vonovia hält Wissler „Enteignungen für richtig“, ebenso im öffentlichen Nahverkehr, bei Krankenhäusern oder in der Energiewirtschaft. Es dürfe nicht sein, „dass große Konzerne die Energiewende blockieren“. Gegenüber einer Koalition mit SPD und Grünen im Bund ist sie skeptisch. Ansprechpartner wolle die Linke auch „für Bewegungen wie Fridays for Future, Seebrücke und Black Lives Matter“ sein. E.L.

Balkanregelung verlängert

Berlin – Das Bundeskabinett hat die Westbalkanregelung um drei Jahre bis Ende 2023 verlängert. Die seit 2016 existierende Regelung gewährt Bürgern aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Nordmazedonien, Montenegro sowie Serbien einen erleichterten Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt. Auf Grundlage der Regelung dürfen Personen aus den Westbalkanstaaten unabhängig von einer formalen Qualifikation zur Erwerbstätigkeit nach Deutschland einreisen. Mit der Verlängerung führte das Bundeskabinett als Neuerung ein Kontingent für bis zu 25.000 Personen jährlich ein. Orientierungsgröße war hierbei die Zahl der Arbeitskräfte, die im letzten Jahr über die Westbalkanregelung eine Beschäftigung in Deutschland aufgenommen hat. Arbeitgeber im Baugewerbe und im Gastgewerbe haben die Möglichkeit der Westbalkanregelung in den vergangenen Jahren intensiv genutzt. N.H.



Mit der EEG-Novelle 2021: Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier

Foto: BMWi/Andreas Mertens

EEG-NOVELLE 2021

Notstandsgesetz ohne Notstand

Wie Berlin unter Hinweis auf „öffentliches Interesse“ und „öffentliche Sicherheit“ die Energiewende gegen Bürgerwiderstand durchsetzen will

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Fast ohne mediales Echo hat das Bundeskabinett am 27. September den vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie vorgelegten Entwurf für die bis 2030 gültige Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG-Novelle 2021) verabschiedet. Kommenden Freitag wird die Gesetzesnovelle in erster Lesung im Bundestag beraten und anschließend an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie überwiesen. Kaum Zeit bleibt also für die Prüfung der Anliegen von Verbänden aus insgesamt 141 Stellungnahmen, da die Novelle bereits am 1. Januar 2021 in Kraft treten soll.

Alles wäre lautlos über die Bühne gegangen, hätte nicht die „Welt“ am 11. Oktober eine Bombe platzen lassen. „Die Er-

richtung von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien liegt im öffentlichen Interesse und dient der öffentlichen Sicherheit“, lautet ein Passus der Gesetzesnovellierung.

Damit ist klargestellt, dass der Windindustrie künftig ein rechtlicher Vorrang gegenüber dem Natur- und Umweltschutz und den Belangen der Bürger eingeräumt werden soll. Insinuiert wird, dass sich der Klimawandel ohne einen fortlaufend starken Zuwachs der Windstrom-Produktion ausgerechnet in Deutschland, wo im Verhältnis zur Landfläche die weltweit höchste Windstromleistung installiert wurde, verstärken werde. Andernfalls sei die öffentliche Sicherheit gefährdet.

Umweltschützer bezeichnen das Vorgehen der Bundesregierung als „Lizenz zum Töten“. Der FDP-Abgeordnete Lukas

Köhler äußerte gegenüber der „Welt“ die Befürchtung, dass die EEG-Novelle das demokratische Beteiligungsverfahren und die Akzeptanz gefährden könnten, denn: „Ohne die Bevölkerung ist keine Energiewende zu machen.“

„Lizenz zum Töten“

Auch der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) fordert von der Bundesregierung Aufklärung darüber, welche Konsequenzen durch diese Richtlinie in der Praxis zu erwarten sind. Offenbar soll der Deutsche Bundestag ein Notstandsgesetz absegnen, obwohl überhaupt kein Notstand besteht. Durch das heutige Stromerzeugungs- und Speichersystem ist eine umweltfreundliche, flexible und effiziente Elektrizitätsversorgung bereits garantiert. Insofern bietet

die offenkundig von der Windindustrie diktierte Klausel eine breite Angriffsfläche für rechtlichen Einspruch.

Verspätet und verhalten reagierte die Medien auf die inhaltsschwere EEG-Novelle. Bei der Berichterstattung des Norddeutschen Rundfunks (NDR) beispielsweise dienten der Vermittlung brisanter Inhalte Schlagworte wie „Planungserleichterungen“ und „mehr Bürgerbeteiligung“. Letzteres zielt auf ein vom Wirtschaftsministerium eingesetztes „Instrument für mehr Akzeptanz des weiteren Ausbaus der erneuerbaren Energien“. Dabei handelt es sich um das Angebot einer finanziellen Beteiligung der Kommunen an den Erträgen neuer Windparks als Gegenleistung für die Durchsetzung von Baugenehmigungen.

Das Lockmittel könnte dazu führen, dass sich die vielerorts schon bestehenden Gräben zwischen Windkraftbefürwortern, meist persönlich Profitierenden, und Windkraftgegnern durch das ganze Land ziehen. Die EEG-Novelle hat das Potenzial einer Projektionsfläche für bereits verbitterte Bürger, aber auch für eine beschleunigte Landflucht, welche die Bundesregierung eigentlich aufhalten wollte.

Versagen der Medien

Während der geplante starke Ausbau der Offshore-Windenergie vom NABU kritisiert wird, weil damit ernst zu nehmende Risiken für die Meeresumwelt einhergehen, dürften die neuen Zielvorgaben für den Windstrom an Land für erhebliche Unruhe in den Gemeinden sorgen. Offshore will die Bundesregierung bis 2030 15 Gigawatt (GW) Erzeugungskapazitäten installieren.

Derzeit sind bereits 7,35 GW Offshore-Leistung in Betrieb. An Land soll der Anteil der Erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch bis 2030 auf 65 Prozent steigen. Ab 2050 soll der gesamte in Deutschland verbrauchte Strom „treibhausgasneutral“ erzeugt werden. Vorgegeben sind bis 2030 71 GW Windkraft an Land (derzeit noch 54 GW), 100 GW Photovoltaik und 8,4 GW Biomasseanlagen-Kapazität.

Für Windkraft an Land werden die Ausschreibungsmengen Jahr für Jahr erhöht. So sind für 2025 an zu installierender Windstromleistung 3200 Megawatt (MW) als Sollwert vorgegeben, für 2028 bereits 5800 MW. Damit bildet der sogenannte Ausbaupfad eine Erhöhung der installierten Gesamtkapazität der Windkraft an Land real und netto um eineinhalb bis zwei GW pro Jahr bis 2030 ab.

Grundlage der Ausbauziele ist die Annahme des Wirtschaftsministeriums, dass der Stromverbrauch in zehn Jahren bei 580 Terawattstunden liegen wird, und damit in etwa so hoch wie heute. Viele Experten gehen jedoch von einem deutlich höheren Verbrauch aus.

AFD

Rückgang nun auch im Osten

Enttäuschendes Abschneiden der Rechtspartei bei Kommunalwahlen in Sachsen

Erst rund ein Jahr ist es her, dass Sebastian Wippel für die AfD in Cottbus um ein Haar das Amt des Cottbuser Oberbürgermeisters geholt hätte. Mehr als 44 Prozent der Stimmen erzielte der Kriminalbeamte in der Stichwahl, und die ersten Verwaltungsposten für die Rechtspartei schienen nur eine Frage der Zeit zu sein. Doch im Herbst 2020 ist die Situation eine andere. Gespalten, zerstritten und ohne klare Linie sinken die Umfragewerte und Wahlergebnisse der AfD nicht mehr nur in Westdeutschland, sondern auch in den mitteldeutschen Hochburgen.

„Auf dem Weg zu einer Art NPD 2.0“

Bei den Kommunalwahlen in 20 Städten und Gemeinden Sachsens ist es der AfD

nicht gelungen, auch nur ein Bürgermeisteramt zu erringen. Die Partei hatte sich in mehreren Regionen Chancen ausgerechnet, schaffte es aber nur vereinzelt bis in die Stichwahl.

Besondere Aufmerksamkeit galt dabei der Oberbürgermeisterwahl in Chemnitz. Bei der Stadtratswahl vor einem Jahr war die AfD auf knapp 18 Prozent gekommen und damit zweitstärkste Kraft hinter der CDU geworden. Da auch die rechte Wählergruppe „Pro Chemnitz“ mit 7,6 Prozent erstaunlich stark abgeschnitten hatte, witterte die AfD eine reelle Chance auf einen Sieg bei der Oberbürgermeisterwahl. Doch weit gefehlt. Der Sozialdemokrat Sven Schulze wurde zum neuen Oberbürgermeister gewählt. Auf Platz

zwei landete CDU-Kandidatin Almut Patt mit 22,0 Prozent, gefolgt von Susanne Schaper von den Linken mit 16,1 Prozent. Der AfD-Politiker Bernhard Oehme verbuchte von den fünf Kandidaten das schlechteste Ergebnis mit 13,2 Prozent.

„Innerparteiliches Chaos“

Noch größer war die Ernüchterung bei der Landratswahl in Meißen. Dort schienen die Siegchancen der AfD noch größer zu sein. Doch der parteilose Kandidat der CDU Ralf Hänsel siegte schon im ersten Wahlgang überraschend klar mit 51 Prozent. Die AfD hatte mit dem Landtagsabgeordneten Thomas Kirste ein echtes Schwergewicht ins Rennen geschickt. Doch er kam auf nur 29 Prozent.

Für den Politikwissenschaftler Werner Patzelt haben die parteiinternen Streitereien der vergangenen Monate „vor allem gemäßigten Anhänger frustriert. Solange sich die AfD auf dem Weg zu einer Art NPD 2.0 befindet, gerät sie zunehmend in eine strategisch missliche Lage. Sie hat ihre Anschlussfähigkeit ins bürgerliche Lager verloren“, sagte er der „Bild“-Zeitung. Es gibt weitere Umfragen, die diesen Trend belegen. Noch vor einem Jahr wäre die AfD bei einer Bundestagswahl im Osten der Republik stärkste Kraft geworden. Nun rangiert sie mit 18 Prozent weit hinter der CDU und auch der Linkspartei. AfD-Experte Patzelt spricht von „innerparteilichem Chaos“, das die Wähler abschrecke. Peter Entinger

GENEHMIGUNGSVERFAHREN

Zügel für den Amtsschimmel

Während die Politik Tesla den Rote Teppich ausrollt, leiden Kleinbetriebe unter der Bürokratie

VON NORMAN HANERT

Während der neue Großflughafen BER nun erst mit neun Jahren Verspätung an den Start geht, gilt das Tesla-Werk in Grünheide als schnellste Großbaustelle Deutschlands. Tesla greift für das hohe Tempo auf vorzeitige Baugenehmigungen für einzelne Abschnitte zurück, obwohl die komplette umweltrechtliche Genehmigung des Projekts noch aussteht. Damit laufen Genehmigungsverfahren und Bau nicht nacheinander, sondern parallel. Auf diese Möglichkeit hat bereits der Papierhersteller Leipa bei seiner 164-Millionen-Investition in Schwedt an der Oder zurückgegriffen.

Durchaus privilegiert kann sich das kalifornische Unternehmen durch den politischen Rückenwind fühlen. Im Mai wurde in der Potsdamer Staatskanzlei eine Arbeitsgruppe gegründet, die Planung, Bau und Inbetriebnahme der „Gigafactory“ in Brandenburg unterstützen soll: „Es ist klarer gemeinsamer Wille, dass das Projekt nicht nur gelingt, sondern schnell an den Start gehen kann“, so der SPD-Regierungschef Dietmar Woidke. Auch in der Region haben sich Kommunalpolitiker in einer Steuerungsgruppe zusammengesetzt, um für die Tesla-Ansiedlung den notwendigen Ausbau der Verkehrswege und den Bau von Wohnungen zu koordinieren.

Realsatire um einen Suppenladen

Im Kontrast zu dieser Unterstützung für das Großprojekt stehen leidvolle Bürokratie-Erfahrungen, die kleine Firmen und Existenzgründer zuweilen in Brandenburg machen müssen. Eine besonders bizarre Amtssposse im märkischen Oranienburg nördlich von Berlin sorgte vor zwei Jahren sogar für derart viel Aufmerksamkeit, dass die NDR-Satiresendung „Extradrei“ Interesse zeigte. Ausgangspunkt der Realsatire war der Plan zweier Geschäftspartner, einen Suppenladen zu eröffnen. Auf der Suche nach einem geeigneten Ladengeschäft wurden die beiden in Bahnhofsnahe fündig.

Dort stand in einem Geschäftshaus scheinbar ein passender Laden leer. Fördermittel der EU ermöglichten den Um-



Darf schon gebaut werden, während Genehmigungen noch ausstehen: Tesla-Fabrik bei Berlin Foto: imago images/Jan Huebner

bau zu einem Schnellrestaurant. Nur wenige Wochen vor der geplanten Eröffnung machte jedoch die Kreisbaubehörde einen Strich durch die Pläne: Aufgefallen war der Behörde, dass die zum Gastronomiebetrieb umgebauten Räume zuvor als Dessous-Geschäft genutzt worden waren. Im Amtsdeutsch lag eine Nutzungsartenänderung vor, und aus Sicht der Bauaufsichtsbehörde war damit auch eine neue „Kampfmittelfreiheitsbescheinigung“ fällig.

Damit nicht genug: Die Behörde verlangte diesen Nachweis nicht nur für den gemieteten Laden, sondern gleich für das gesamte Grundstück. Zwar war das Terrain bereits vor dem Bau des Hauses im Jahr 1992 vom Kampfmittelräumdienst komplett abgesucht worden, die Baubehörde wollte die alte Bescheinigung jedoch nicht anerkennen. Nach einer mo-

natelangen Hängepartie erhielten die Unternehmer schließlich doch noch grünes Licht, ihr Lokal zu eröffnen: mit Stehtischen und Hockern – aber ohne Sitzbänke für die Gäste. Basis dieser Lösung war eine alte Baugenehmigung für einen „Backshop“, der in dem Laden vor Jahren existiert hatte. Die Notlösung erlaubte den beiden Gründern, endlich loszulegen, auch wenn die ursprüngliche Geschäftsidee teilweise auf der Strecke blieb.

Unsinniger Formalismus

Unter der Bürokratie-Posse litt auch das Ansehen der Bauaufsichtsbehörde: Diese hatte offenbar schon bei früheren Bauanträgen versäumt, sich eine Kampfmittelfreiheitsbescheinigung vorlegen zu lassen. Obendrein machte der schließlich gefundene Kompromiss deutlich, welcher Formalismus zuweilen hinter Vorschrif-

ten und Behördenentscheidungen steckt. Folgt man der Logik der ausgehandelten Lösung, dann geht von etwaig noch immer vorhandenen Weltkriegsblindgängern nur eine Gefahr aus, wenn die Gäste des Lokals ihre Suppe im Sitzen auslöfeln, während bei einem stehenden Verzehr das Restrisiko in die Luft zu fliegen, gebannt scheint.

Die Oranienburger Amtssposse leistete immerhin einen Beitrag dazu, dass der Brandenburger Landtag in diesem Frühjahr eine Neuordnung der Bauordnung auf den Weg gebracht hat. Antragsteller sind damit bei Nutzungsartenänderung in bestehenden Gebäuden unter bestimmten Voraussetzungen von einer Nachweispflicht über eine Kampfmittelfreiheit entlastet. Doch von Privilegien wie für Tesla können Klein- und Mittelbetriebe weiterhin nur träumen.

PARTEIEN

Rätselraten um Pläne von Marcel Luthe

Der profilierte Innenpolitiker hat die Berliner FDP verlassen – Wohin wird er sich wenden?

Im Juli schloss die FDP-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus ihren bisherigen innenpolitischen Sprecher Marcel Luthe aus. Nun ist Luthe auch aus der Partei ausgetreten. Die Ursache für diesen Krach dürfte – trotz gegenteiliger Beteuerungen beider Seiten – nicht in inhaltlichen, sondern in machtpolitischen Erwägungen zu suchen sein.

Luthe ist populär. Das erfolgreiche Volksbegehren zur Erhaltung des Flughafens Tegel soll auf ihn zurückgehen. Der FDP-Fraktionschef Sebastian Czaja sprach indes von einem „zerrütteten Vertrauensverhältnis“, ohne nähere Einzelheiten zu benennen. Czaja selbst soll den Ausschluss von Luthe als Machtprobe verstanden haben, heißt es aus Parteikreisen. Jahre zuvor – 2005 – hatte Czaja die CDU verlassen. Nach einem Machtkampf mit seinem Bruder, Mario Czaja, im Kreis-

verband Marzahn Hellersdorf wechselte er von der Union zur FDP. Landeschef und eigentlicher Machthaber der Berliner Liberalen ist der Bundestagsabgeordnete Christoph Meyer. Czaja selbst ist nicht einmal Mitglied des Landesvorstands.

Luthe erklärte, er wolle weiter politisch tätig sein. Da er eher am rechten Flügel seiner Partei angesiedelt ist, kommt für ihn die SPD wohl nicht in Frage. SPD-Innenpolitiker Tom Schreiber mag ihn trotzdem. Er schätze das „Stöhnen der Verwaltung“ über Luthes Dauerfragerei. Er habe dem CDU-Fraktionschef und innenpolitischen Sprecher Burkard Dregger „die Butter vom Brot genommen“. Dieses Lob ist aber wenig wert, weil Schreiber in der eigenen Fraktion eher isoliert ist.

Bei der Linkspartei hat Luthe keine Freunde. Im Gegenteil: In einer Parlamentsdebatte warf er der Ex-SED Extre-

mismus vor, und auch den Grünen machte er entsprechende Vorhaltungen.

Freie Wähler oder doch die AfD?

Nun wird in Berlin heftig darüber spekuliert, für welche Partei sich Luthe entscheiden könnte. Er kommt nicht mit leeren Händen. Der profilierte Innenpolitiker hatte bei der Abgeordnetenhauswahl 2016 in seinem Wahlkreis in Grunewald das mit Abstand beste Ergebnis aller FDP-Kandidaten bei den Erst- und Zweitstimmen geholt. Gelegentlich ist zu hören, Luthe strebe zu den Freien Wählern, die in Brandenburg und Bayern den Sprung in den Landtag geschafft haben. Ein ähnlicher Erfolg ist in Berlin allerdings unwahrscheinlich. Und in der CDU sind die „goldenen Zeiten“ einer zahlenmäßig üppigen Fraktion vorbei. Gerade im Westteil der Stadt treten sich viele Bewerber ge-

genseitig auf die Füße. Ein weiterer Konkurrent um die rar gewordenen Posten wäre kaum willkommen.

Bleibe nur noch die AfD. Aus gut informierten Kreisen wird jedoch kolportiert, da Luthe in Sachen Antisemitismus sehr stringente Auffassungen vertrete, sei die AfD keine Option, solange der Machtkampf in der Partei zwischen dem formal nicht existierenden „Flügel“ und den liberal gesinnten Protagonisten nicht entschieden sei. Immerhin würde Luthe bei der AfD auf seinen früheren Parteifreund Ronald Gläser treffen, der dort stellvertretender Fraktionsvorsitzender ist. Egal, für wen sich Luthe entscheiden sollte – er wäre für jede bürgerliche Partei ein Gewinn. Und die Berliner FDP, die ohnehin in den Umfragen nur zwischen fünf und sechs Prozent liegt, könnte am Ende das Nachsehen haben. Frank Bücker

KOLUMNE

Einkaufsmeile versenkt

VON THEO MAASS

Erste Alarmzeichen der Geschäftsleute in der berühmten Friedrichstraße im Herzen Berlins lassen die verantwortlichen Grünen kalt. Nils Busch-Petersen, Chef des Einzelhandelsverbandes, weiß von einem Umsatzminus um 20 Prozent bei den Geschäften in der traditionsreichen Einkaufsmeile zu berichten, seitdem sie „autofrei“ ist. Einige Geschäftsinhaber beklagten sich bei den Hauptstadtmedien über weit höhere Einbußen. Die für Wirtschaft zuständige Senatorin Ramona Pop (Grüne) geht auf Tauchstation.

Die ebenfalls grüne Verkehrsministerin Regine Günther ließ ihre Sprecherin Dorothee Winden erklären: „Das Konzept wurde zwischen Land und Bezirk sowie mit den Anrainern abgestimmt.“ Sie behauptet, die Stimmung sei positiv. Dass die Verkehrsministerin und der Bezirksbürgermeister von Berlin-Mitte, Günthers Parteifreund Stephan von Dassel, das Konzept abgestimmt haben, mag sein. Die Anwohner, insbesondere die Geschäftsinhaber, waren jedoch ebenso wie die drei Oppositionsparteien CDU, AfD und FDP gegen die „autofreie Friedrichstraße“. Lediglich radikal Autofahrer-feindliche Organisationen wie der „Fachverband Fußverkehr Deutschland“ oder das „Netzwerk fahrradfreundliche Mitte“ zeigten sich von den grünen Plänen begeistert.

Aber deren Wunsch- und Traumwelt hat nichts mit der Realität zu tun. Dort mehren sich bereits die Zeichen des Niedergangs. Die unterirdische Passage zwischen Galerie Lafayette und Quartier 206 steht beispielsweise schon jetzt leer. Dass Bezirksbürgermeister und Verkehrsministerin ihren „Modellversuch“ wie geplant bis zum 31. Januar 2021 weiterführen wollen, dürfte die Lage noch einmal spürbar verschlechtern. Den Gewerbetreibenden, den betroffenen Beschäftigten und der gesamten Einwohnerschaft wird auf diese Weise demonstriert, was sie mit einer Stimmabgabe für die Grünen bewirken.

MELDUNG

Ab 17. Dezember ins Schloss

Berlin – Teile des Humboldtforums im wiederaufgebauten Berliner Schloss werden nach Angaben des Generalintendanten Hartmut Dogerloh noch vor dem Jahresende für die Öffentlichkeit zugänglich sein. Auf einer Pressekonferenz kündigte Dogerloh an, dass ab dem 17. Dezember zunächst das Unter- und das Erdgeschoss öffnen. Für die Öffentlichkeit zugänglich werden damit zunächst nur der Schlüterhof, der Schlosskeller und das Erdgeschoss. Von Januar an sollen dann erste Teile des Kultur- und Ausstellungszentrums zunächst für vier Tage pro Woche öffnen. Erst im Laufe des Jahres 2021 werden für Besucher dann auch die Ausstellungen im zweiten und dritten Obergeschoss sowie die Aussichtsplattform auf dem Dach zugänglich werden. Ursprünglich sollte das Humboldtforum bereits 2019, zum 250. Geburtstag des namengebenden Forschers Alexander von Humboldt, öffnen. N.H.

● MELDUNGEN

Abschiebung
nach St. Helena

London – Großbritanniens Innenministerin Priti Patel (Konservative) hat auf einem Online-Parteitag für das kommende Jahr eine Generalüberholung des Asylrechts angekündigt. Die indischstämmige Ministerin sagte: „Wir werden zum ersten Mal selbst darüber bestimmen, wer in unser Land kommt und wer nicht.“ Wie aus Papieren aus Regierungskreisen hervorgeht, die „The Guardian“ veröffentlicht hat, gibt es im Innenministerium Überlegungen, den Grenzschutz auch militärisch zu unterstützen, um die illegale Einwanderung über den Ärmelkanal zu unterbinden. Nach dem Vorbild Australiens soll die Regierung auch die Unterbringung von Asylbewerbern außerhalb Großbritanniens erwägen. Als mögliche Orte für Auffanglager für Asylbewerber werden in den Regierungsdokumenten Moldawien, Marokko, Papua-Neuguinea und britische Überseegebiete wie Ascension Island oder St. Helena im Südatlantik genannt. N.H.

Fidesz behält
ihre Mehrheit

Budapest – Bei einer Nachwahl in der Stadt Szerencs in Nordostungarn konnte die Regierungspartei Fidesz ihre Zweidrittelmehrheit im Parlament verteidigen. Obwohl mehrere Oppositionsparteien sich auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt hatten, holte die Fidesz-Kandidatin Zsófia Konz mit 51 Prozent der abgegebenen Stimmen die absolute Mehrheit. Der gemeinsame Kandidat der Oppositionsparteien, der Jobbik-Politiker László Bíró, erzielte 46 Prozent. Fidesz verfügt damit im ungarischen Parlament weiterhin über 133 von 199 Sitzen. Eine Niederlage der Fidesz-Kandidatin hätte die Zweidrittelmehrheit von Fidesz beendet und die Opposition vor der Parlamentswahl 2022 gestärkt. Die durch einen Todesfall notwendig gewordene Nachwahl war auch als Testfall für die Strategie der Oppositionsparteien angesehen worden, bei den Parlamentswahlen im Jahr 2022 in allen Wahlbezirken mit gemeinsamen Kandidaten gegen Fidesz anzutreten. N.H.

Kampfdrohnen
für Kiew

Ankara/Kiew – Während des Besuchs von Wladimir Selenskiy bei Recep Tayyip Erdoğan vor einer Woche vereinbarten beide Staatschefs eine intensive militärische Zusammenarbeit. Sie unterzeichneten ein Paket von Dokumenten, die der Türkei eine Beteiligung an der Entwicklung und Produktion von militärischer Ausrüstung und Waffen in der Ukraine ermöglichen. Es soll eine Zusammenarbeit beim Motorenbau, der Entwicklung von Luftabwehrsystemen sowie bei der Produktion von Schiffen und Drohnen geben. Letztere könnten im Donbass und auf der Krim bei „Operationen zur Wiederherstellung der territorialen Integrität des Landes“ zum Einsatz kommen. Eine Weiterentwicklung der türkischen Kampf- und Aufklärungsdrohne Bayraktar TB2, die zurzeit im Bergkarabach-Konflikt auf aserbaidschanischer Seite zum Einsatz kommt, soll künftig in der Ukraine gebaut werden. MRK

NICHTRIEGUNGSGRUPPEN

Die fieseren Tricks der „Retter“

Griechische Polizei greift im NRO-Milieu durch – Heimliche Allianz selbsternannter „Helfer“ mit Schleppern

VON BODO BOST

Die griechische Polizei hatte Ende September auf Lesbos nicht nur vier afghanische Brandstifter verhaftet, die das Lager zuvor in Brand gesteckt hatten, die Polizei konnte gleich darauf auch einen Schlepperring sprengen, der viele der 15.000 Asylsucher auf die Insel gebracht hatte. Dabei waren den Schleppern auch einige vor Ort tätige Nichtregierungsorganisationen (NRO) behilflich.

Laut der griechischen Zeitung „Proto Thema“ wurden 33 NRO-Mitarbeiter aus der Bundesrepublik, Österreich, Spanien, Norwegen, Frankreich, Bulgarien und der Schweiz verhaftet. Sie sollen mit den Schleppern 32 Mal Überfahrten organisiert und dabei mehr als 3000 illegale nach Griechenland gebracht haben.

Die NROs hatten dem Bericht zufolge dem Schmugglerring Informationen über das Lager zukommen lassen, die Schmuggler hatten im Gegenzug den NGO Auskünfte über die Zeiten und Orte der Bootsankünfte mitgeteilt. Die Polizei er-

mittelt auch, ob Geld von beiden Seiten geflossen ist. Ein Schlepper hatte im vergangenen Jahr italienischen Journalisten bestätigt, er arbeite mit der sogenannten Flüchtlingshilfsorganisationen zusammen. Bereits während der Asylkrise 2015/16 hatte es Berichte gegeben, dass Immigranten bei ihrer Einreise vom türkischen Festland aus von Nichtregierungsorganisationen unterstützt würden.

Die Konzentration der aus der Türkei kommenden Asylsucher auf den der Türkei vorgelagerten griechischen Inseln geschah nach dem EU-Türkei-Migrationsdeal von 2016. Dies hatte zu einem großen Anstieg der Immigrantenzahlen auf einigen Inseln geführt, deren Betreuung die damalige linke Tsipras-Regierung internationalen NROs mit oft undurchsichtigen Zielen angeboten hatte.

„Papa, bitte hilf uns“

Schon 2016 waren Berichte über die Verfolgungen von christlichen und jesischen Flüchtlingen in den Lagern bekannt geworden, gegen die die Organisationen, die ihre Arbeit eher politisch als humani-

tär verstanden, nichts unternahmen. Als Papst Franziskus mit großem Medieninteresse 2016 die Insel Lesbos und deren Asylsucher besuchte, standen auf einem Foto neben ihm Jesiden mit Plakaten: „Papa, bitte hilf uns“.

Der Papst aber nahm nicht die Jesiden, sondern drei muslimische Familien aus Syrien mit in den Vatikan. Christen hätte der Papst im Lager keine mehr vorgefunden, die waren vor den Verfolgungen, die durch militante Muslime auch im Lager weitergingen, in die Wälder geflohen. Aufs Festland durften auch sie nicht, weil die meisten aus Pakistan stammten. Da Pakistan kein Kriegsland ist, mussten die Pakistani ihr Asylverfahren auf der Insel durchlaufen.

Seit der Abwahl des Sozialisten Tsipras und der Regierungsübernahme durch den Konservativen Mitsotakis 2018, erlaubt Griechenland auch immer mehr einheimischen Organisationen in den Lagern tätig zu werden. Auch die katholische Pfarrei, die es auf Lesbos gibt, die der Papst jedoch nicht besucht hatte, wurde jetzt in der Asylsucherhilfe aktiv.

An Hilfe der Einheimischen waren die internationalen NROs nie interessiert. Sie bezeichneten diese als schlecht ausgebildet und wollten sie nicht in die Lager lassen, so als ob es ein Monopol zu verteidigen gelte. Die Erstbetreuung durften nur die NROs vornehmen, die katholische Pfarrei durfte lediglich eine Caritasstation neben der Kirche in der Inselhauptstadt Mytilene eröffnen. Eine Willkommenskultur wie in anderen Ländern konnte somit in Griechenland gar nicht entstehen. Dabei sind auch die Griechen in ihrer Mehrheit nicht fremdenfeindlich eingestellt. Das negative Bild wurde durch NROs erst nach außen vermittelt, um Griechenland an den Pranger zu stellen.

Erst die Verhaftungen im NRO-Milieu in Griechenland vom 30. September haben deutlich gemacht, wie weit die NROs in kriminelle Machenschaften verstrickt waren und weshalb ihnen ihr Monopol so wichtig war. Wie weit die Träger der NROs, die oft auch mit linksgrünen Parteien zusammenarbeiten, von den kriminellen Machenschaften ihrer Mitarbeiter wussten, wird noch zu ermitteln sein.



Ein häufig nicht uneigennütziger Freund und Helfer zur See: NGO-Mitarbeiter holen vor Lesbos Immigranten von ihrem kleinen Schlauchboot ins größere Boot der „Retter“

KUBA

Nur keine nassen Füße bekommen

USA schicken kubanische Bootsflüchtlinge zurück – Aber wer es bis Florida geschafft hat, darf bleiben

Weitgehend unbeachtet von den Medien in Westeuropa sterben fast täglich viele Kubaner bei dem Versuch, die Wasserstraße zwischen Kuba und Key West in Florida zu überwinden. Der Wirtschaftskrieg der USA gegen die Insel brachte seit dem Wegfall der UdSSR als Hilfsmacht viele Kubaner in eine existenzielle Krise.

Seit der Machtergreifung Fidel Castros verließen mehrere Millionen Menschen die Insel. Bis in die 80er Jahre hinein förderten die USA die Migranten mehr oder weniger. Zuletzt waren die kubanischen Flüchtlinge aber weniger willkommen. Von den 1990er Jahren bis zum Amtsantritt von Barack Obama waren noch 600.000 Kubaner über das Meer in die Vereinigten Staaten gekommen.

Auf dem Meer aufgegriffene Kubaner wurden zurückgeschickt, doch wer seinen Fuß an Land setzen konnte, erhielt Asyl. Sprichwörtlich wurde zwischen Kubanern mit nassen Füßen und Kubanern mit trockenen Füßen unterschieden. Wer es also geschafft hatte, in Florida an Land zu gehen, hatte es „geschafft“.

Obama hatte zum Ende seiner Präsidentschaft die Einreisebestimmungen für Kubaner verschärft. Nunmehr wurden alle kubanischen Zuwanderer inhaftiert und zurückgeschickt. Ob die politische Einstellung der Exilkubaner dabei eine Rolle spielte, bleibt Spekulation. Obamas Nachfolger, der grundsätzlich immigrationskritische Donald Trump, hat an dieser Praxis nichts geändert. Im vergangenen

Jahr zählten die US-Behörden 454 kubanische Bootsflüchtlinge, die unverzüglich zurückgeschickt wurden.

Die kubanische Regierung unternimmt große Anstrengungen, den eigenen Landsleuten die Flucht so schwer wie möglich zu machen. Den Kubanern bleiben nur selbst gebaute Flöße für eine Handvoll Menschen. Es ist ihnen sogar gesetzlich untersagt, in ein Boot zu steigen, selbst in der Freizeit. Was den Touristen erlaubt ist, Katamarane und Surfbretter zur Erholung, das ist den Einheimischen verboten.

Die wenigen, die es über das Meer schaffen, haben hingegen Aussicht, dauerhaft in den USA zu bleiben. Da es in den USA keine Meldegesetze im europäischen

Sinne gibt, ist es dort durchaus möglich, sich eine neue Identität zuzulegen, wenn man erst einmal an Land gegangen und untergetaucht ist. Ein schlecht bezahlter Job als Hausangestellter oder Ähnliches stattet den Arbeitsimmigranten dann mit dem entsprechenden Kleingeld aus. Sozialhilfe oder andere Segnungen wie in Westeuropa gibt es hingegen nicht.

Die Exilkubaner assimilieren sich rasch in die Gesellschaft. Mit anderen Worten: Sie sind – anders als die nach Europa einwandernden Moslems – nützliche Glieder der Gesellschaft. Der „eiskalte“ Kapitalismus ist offenbar anziehender als ein real existierender Sozialismus, den sich mancher linke Demonstrant in Westeuropa herbeisehnt. Frank Bücker

VON NORMAN HANERT

Die polnische Wettbewerbsbehörde UOKiK hat wegen des Baus der Ostseegaspipeline Nord Stream 2 ein Milliardenbußgeld verhängt. Der russische Gazprom-Konzern soll eine Strafe von umgerechnet rund 6,5 Milliarden Euro zahlen, da er die Leitung ohne Genehmigung der Behörde gebaut habe. Behördenchef Tomasz Chrostny erklärte, eine Fertigstellung der Ostseepipeline verstärke die Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen, was das Risiko von Preiserhöhungen beinhalte.

Betroffen sind von der Entscheidung neben Gazprom auch das Düsseldorfer Unternehmen Uniper, die BASF-Tochter Wintershall Dea, sowie die OMV aus Österreich, der französische Konzern Engie und der britisch-niederländische Energiemulti Shell. Von diesen Firmen will die polnische Behörde eine Strafe im zweistelligen Millionenbereich kassieren. Zusätzlich fordert die polnische Wettbewerbsbehörde Gazprom und dessen Partner auf, innerhalb von 30 Tagen die Finanzierungsvereinbarungen zu beenden, um den Wettbewerb wiederherzustellen, wie es heißt.

Die Wettbewerbsbehörde in Warschau hatte bereits im Jahr 2016 ein Veto eingelegt, als die fünf Unternehmen und Gazprom ein Gemeinschaftsunternehmen für den Pipelinebau gründen wollten. Uniper, Wintershall und die anderen Firmen ließen daraufhin den Plan zu einem Joint Venture fallen und beschränkten sich auf die Rolle von Kreditgebern. Dessen ungeachtet sieht die polnische Wettbewerbsbehörde die Firmen nun trotzdem als Teilhaber des Projekts Nord Stream 2 an.

Der Düsseldorfer Versorger Uniper stellte allerdings klar, dass Finanzierungsvereinbarungen auch nach polnischem Fusionskontrollrecht keinen anmeldspflichtigen Zusammenschluss darstellen. Zudem verwies das deutsche Unternehmen darauf, dass es in der bisherigen Praxis der Wettbewerbsbehörden auch keinen entsprechenden Präzedenzfall gebe.

Die meisten Beobachter gehen inzwischen davon aus, dass die verhängte Rekordstrafe die Fertigstellung der Pipeline nicht verhindern wird. Bis Polens Gerichte letztinstanzlich in dem Fall entschieden haben, könnten vier bis fünf Jahre vergehen. Erst dann wäre auch die Zahlung der Strafe fällig.

6,5 Milliarden Euro Bußgeld

Sollte das ungewöhnlich hohe Bußgeld allerdings tatsächlich eingetrieben werden, könnte es das Projekt unrentabel machen. Zum Vergleich: Die Gesamtkosten von Nord Stream 2 sind mit 9,5 Milliarden Euro kalkuliert. Die höchste Kartellstrafe, die von den EU-Wettbewerbsbehörden je-



Russlands Gaskonzern Gazprom soll ein Bußgeld in Milliardenhöhe an die Polen zahlen: Zentrale von Gazprom Germania in Berlin

NORD STREAM 2

Querschüsse aus Warschau

Polnische Wettbewerbsbehörde verhängt hohe Bußgelder gegen Gazprom und dessen Geschäftspartner in der EU

mals gegen ein Einzelunternehmen verhängt worden ist, betrug im Fall des Internetgiganten Google 4,34 Milliarden Euro.

Dabei hat Polen lange Zeit davon profitiert, dass andere EU-Länder und die EU-Kommission beim Thema Wettbewerbsrecht Zurückhaltung gezeigt haben. Eigentlich war es über Jahrzehnte Politik der Europäischen Union und der Europäischen Gemeinschaften, aus Gründen der Chancengleichheit auf dem gemeinsamen Markt keine Sonderwirtschaftszonen entstehen zu lassen. So stieß es in Brüssel auf vehementen Widerstand, als der damalige Treuhand-Manager Klaus von Dohnanyi Anfang der 90er Jahre vorschlug, in den neuen Bundesländern Sonderwirtschaftszonen einzurichten.

Und bei den EU-Beitrittsverhandlungen mit Polen und Ungarn war die Frage nach den Steuervergünstigungen, mit denen ausländische Investoren in Sonderwirtschaftszonen gelockt wurden, einer

der härtesten Brocken. Polen hatte in den 90er Jahren mehrere solcher Zonen begründet und lockte ausländische Investoren mit Steuervergünstigungen.

Warschau setzte sich bei den Verhandlungen zu seinem EU-Beitritt allerdings insoweit durch, als die bereits bestehenden 14 Zonen einen Bestandsschutz erhielten. Damit waren innerhalb der EU Sonderwirtschaftszonen etabliert. Obendrein zeigte sich, dass die EU beim Bestandsschutz für die Sonderwirtschaftszonen schlecht verhandelt hatte.

„In dieser Regelung gab es ein Schlupfloch: Die Größe der Zonen war nämlich nie festgelegt worden. Mit dem Resultat, dass zwar keine neuen Zonen gegründet wurden, die alten aber einfach weitergewachsen sind. Sie sind dabei noch nicht einmal auf einen Ort festgelegt. Sie verteilen sich über ganz Polen“, so der Ökonom Iwo Augustynski von der Universität Breslau. Als Folge der juristischen Hinter-

tür wucherten im Laufe der Zeit Hunderte Ableger der Sonderwirtschaftszonen.

Polnische Sonderwirtschaftszonen

Die Sonderwirtschaftszone Küstrin/Frankfurter Dammvorstadt gründete beispielsweise 2005 eine Unterzone in Posen, in welcher der Volkswagen-Konzern ein Werk baute. Noch größer war die Distanz bei einer Fabrik des koranischen Unternehmens LG in der Nähe von Breslau. Die eigentliche Sonderwirtschaftszone Tarnobrzeg lag über 400 Kilometer weiter östlich.

Seit zwei Jahren können polnische Kommunal- und Wirtschaftspolitiker sogar ganz auf die Gründung von Unterzonen verzichten. Im Jahr 2018 verabschiedete der Sejm eine Reform des Sonderwirtschaftszonengesetzes, durch die theoretisch jede polnische Gemeinde kommunales Land zu einer Sonderwirtschaftszone erklären kann.

GELDPOLITIK

Wirklich „schnell, einfach und sicher“?

Vorletzten Montag startete die Europäische Zentralbank ihren Testlauf für den digitalen Euro

Der digitale Euro soll in Zukunft das virtuelle Gegenstück zu den physisch existenten Eurobanknoten und -münzen darstellen. Die Entscheidung für die endgültige Einführung der sogenannten Central Bank Digital Currency (Digitale Zentralbankwährung) dürfte Mitte nächsten Jahres fallen.

Euphorisch preist die Europäische Zentralbank (EZB) bereits jetzt das elektronische Zahlungsmittel als „schnell, einfach und sicher“ an. So erlaube der digitale Euro, finanzielle Transaktionen deutlich effizienter und kostengünstiger abzuwickeln. Derlei Verlautbarungen klingen vielversprechend und verheißungsvoll, verschweigen aber diverse Risiken für Geschäftsbanken wie Bürger.

Dadurch, dass die Bürger künftig auch Konten bei der EZB einrichten könnten, was bisher anderen Zentralbanken, den Geschäftsbanken und den Regierungen vorbehalten ist, wäre ein extrem schnelles Umschichten der Guthaben möglich, wenn die Geschäftsbanken in Schwierigkeiten geraten. Das wiederum birgt die Gefahr von blitzartigen Konkursen der Geldinstitute aufgrund mangelnder Liquidität mit verheerenden volkswirtschaftlichen Folgen.

Angeblich nur eine „Ergänzung“

Für die Bürger bestünde der größte Pferdefuß der digitalen Währung darin, dass deren Nutzung mit einem deutlich schlechteren Datenschutz als bei anderen

Zahlungsmitteln verbunden wäre. Schließlich würde der virtuelle Euro auf der sogenannten Blockchain-Technologie basieren. Und die erlaubt es aufgrund der umfassenden Verkettung von Datensätzen, den Weg jedes einzelnen elektronisch transferierten Geldbetrages bis ganz zu dessen Anfang zurückzuverfolgen. Das wäre ein perfektes Geschenk für Schnüffler aller Art, denn noch gläserner kann ein Bankkunde kaum werden. Deshalb bastelt auch der Überwachungsstaat China emsig an einer digitalen Version seiner Währung. Deren Einführung soll 2022 erfolgen.

Darüber hinaus behielt die EZB die volle Kontrolle über die nur in elektronischer Form bestehenden Euros. Entspre-

chende Guthaben ließen sich ganz besonders einfach per Mausclick sperren, löschen oder besteuern.

Und das neue Zahlungsmittel könnte ein wichtiges Instrument zur Bargeldabschaffung sein, obzwar die von der französischen Justiz früheren fahrlässigen Umgangs mit öffentlichen Geldern schuldig gesprochene EZB-Chefin Christine Lagarde entsprechende Vorhaben vehement bestreitet. Es gehe wirklich nur um eine „Ergänzung“ zu den Scheinen und Münzen der europäischen Gemeinschaftswährung. Die Zukunft wird zeigen, ob tatsächlich niemand die Absicht hat, den digitalen Euro zu nutzen, um dem Bargeld den Todesstoß zu versetzen.

Wolfgang Kaufmann

● MELDUNGEN

Swatch und andere erpresst

Brüssel – Cyber-Kriminelle erpresen zunehmend Großunternehmen, indem sie deren Datensätze verschlüsseln und erst gegen die Zahlung von Beträgen in Millionenhöhe wieder entschlüsseln. Innerhalb einer Woche traf es neben dem Schweizer Uhrenhersteller Swatch Group auch den auf Containerfrachten spezialisierten französischen Schifffahrts- und Logistikkonzern CMA CGM, die rund 400 Kliniken betreibende US-amerikanische Krankenhauskette Universal Health Services (UHS) sowie die global tätige Versicherungsmakler- und Risikomanagementfirma Arthur J. Gallagher & Co. (AJG). Die Verbrecher nutzten bei ihren Taten meist kapitale Sicherheitslücken in den Zugangssystemen und Servern von Anbietern wie Citrix Systems oder F5 Networks. Im Falle der Citrix-Software reichte bis vor Kurzem bereits die Eingabe des Benutzernamens „Nobody“ (Niemand), um die Administratorenrechte zu erlangen, die für Manipulationen an den Dateien erforderlich sind. W.K.

DAX-Kandidat wird Berliner

München/Berlin – Die Konzernleitung von Siemens Energy wird in Berlin angesiedelt, der Verwaltungssitz des neuen Energietechnik-Konzerns bleibt aber München. Siemens-Energy-Chef Christian Bruch sagte, den Ausschlag für Berlin habe gegeben, dass das Unternehmen die öffentliche und politische Debatte um die Energiewende als Unternehmen „aktiv und intensiver mitgestalten“ müsse. Siemens Energy stellt außer Kohle- und Gaskraftwerken auch Windkraftanlagen her. Aus Aufsichtsratskreisen hieß es, die Entscheidung für Berlin werde nur wenige Mitarbeiter betreffen. Neben der Hauptstadt waren auch Erlangen, München und die Rhein-Ruhr-Region um Mülheim in der engeren Wahl für das Hauptquartier gewesen. Siemens Energy gilt nach der Abspaltung vom Mutterkonzern als Kandidat für einen Aufstieg in den Aktienindex DAX. N.H.

Kein neuer Stahl aus Polen

Warschau – ArcelorMittal, der weltgrößte Stahlkonzern, stellt die Produktion in seinem Werk in Krakau ein. Nach Angaben des Unternehmens soll der Betrieb des Hochofens und des Stahlwerks noch im Oktober heruntergefahren werden. Einige Wochen später soll die Anlage stillgelegt werden. In Krakau will der Stahlherzeuger nur noch die Kokerei weiterbetreiben. Seine Aktivitäten auf dem polnischen Markt will ArcelorMittal künftig auf sein Werk in Schlesien konzentrieren, in dem zwei Hochöfen stehen. Das Unternehmen verwies zur Begründung darauf, dass der Stahlsektor in der EU von der Pandemie stark getroffen wurde und „die gesamte stahlverarbeitende Industrie ihre Aktivitäten zurückgefahren“ hat. Als weitere Gründe nannte das Unternehmen hohe Strompreise in Polen und die Entscheidung der EU, in einer Zeit sinkender Nachfrage die Quote zollbefreiter Stahlimporte aus Nicht-EU-Staaten zu erhöhen. N.H.

KOMMENTARE

Vor die Tür gesetzt

ERIK LOMMATZSCH

Monika Maron „lässt sich nicht vereinnahmen, sie erhebt Widerspruch und mischt sich ein, ist unbequem“. So formulierte es der S. Fischer Verlag 2010 werbend im Klappentext eines Essaybandes seiner vielfach preisgekrönten Autorin. Bereits der erste Roman – „Flugasche“ – der damals in der DDR lebenden Maron war vor 40 Jahren bei S. Fischer erschienen. Das Buch setzt sich kritisch mit den Zuständen in der zweiten deutschen Diktatur auseinander, insbesondere mit der Umweltverschmutzung, sodass eine Veröffentlichung dort nicht möglich war.

Umso grotesker wirkt es, dass derselbe Verlag Monika Maron nun die Tür gewiesen hat. Die prominente Schriftstellerin lässt sich weiterhin „nicht vereinnahmen“. Allerdings ist das 2020 ein nachteiliger Aspekt. Die Zusammenarbeit wurde aufgekündigt. Das Ganze mache sie „traurig und fassungslos“, so Maron.

Die Grenzen des sich immer weiter verengenden Gesinnungskorridors wa-

ren für sie nie maßgeblich. Nicht erst mit ihrem 2018 erschienen Roman „Munin“ wurde sie öffentlich nach „rechts“ geschoben. Maron wehrt sich „gegen die immer irrer werdende Gendersprache“ und hält „das muslimische Kopftuch für ein Zeichen der Unterdrückung“. Bewusst sei ihr, dass S. Fischer nicht mit all ihren „politischen Äußerungen zum Islam und zur Flüchtlingspolitik glücklich ist“.

Besonders verübelt wurde der Autorin wohl, dass sie im Frühjahr eine Auswahl von Texten zur Reihe EXIL beige-steuert hat. Initiiert von der Dresdner Buchhändlerin Susanne Dagen, werden hier auch Titel mit Inhalten jenseits des nahezu allerorten drückenden Meinungsklimas publiziert.

Maron sagt, heute sei vielen „offenbar das Argumentieren zu mühsam, moralische Ausgrenzung verkürzt die Debatte“. S. Fischer mag zu Debatten gar nichts mehr beitragen. Die einst als „unbequem“ gefeierte Autorin ist jetzt „zu unbequem“ geworden. Rauswurf. In der Geschichte des renommierten Verlages ein erbärmlicher Tiefpunkt.

Teures Kanzleramt

NORMAN HANERT

In Zeiten einer schweren Wirtschaftskrise und neuer Staatsschulden verfolgen Beamte des Bundeskanzleramts alte Pläne zum Ausbau des Regierungssitzes im Berliner Spreebogen. Wie aus Berichten des Bundesrechnungshofes hervorgeht, soll sich die Fläche des größten Regierungssitzes der Welt nochmals verdoppeln. Mit über 25.000 Quadratmetern Nutzfläche deklariert das in der Amtszeit von Helmut Kohl entworfene Kanzleramt schon jetzt Zentralen der politischen Macht wie das Weiße Haus in Washington, Großbritanniens Downing Street und selbst Frankreichs pompösen Élysée-Palast.

In den Erweiterungsplänen für den „Zweckbau“, die in Berlin aus den Schubladen geholt wurden, sind 400 neue Büros sowie eine Kindertagesstätte, ein weiterer Hubschrauberlandeplatz und eine zusätzliche Kantine vorgesehen. Zu dem schon vorhandenen „Kanzleramtssteig“ ist in den Plänen auch eine weitere Spreequerung für das Kanzleramt enthalten.

Wie aus der Zeit gefallen erscheint auch der Plan für eine weitere, 250 Quadratmeter große Kanzlerwohnung. Bei den Luxusplänen zeichnet sich schon in der Planungsphase eine Kostenexplosion ab. In früheren Berichten hieß es noch, „die Kosten der baulichen Erweiterung belaufen sich auf rund 460 Millionen Euro“. Der Bundesrechnungshof nennt nun die Summe von 600 Millionen Euro Baukosten für den neuen Bau auf der westlichen Seite des Spreeufers.

Zudem warnt der Rechnungshof vor der Gefahr, dass es auch bei dieser Summe nicht bleiben wird. In einem Bericht an den Haushaltsausschuss des Bundestags haben die Rechnungsprüfer zudem Abstriche angemahnt. Bewirkt hat die Kritik bislang nur wenig. Auch der Bund der Steuerzahler ist angesichts der zu erwartenden Kostensteigerung alarmiert. Mit Blick auf die Rekordschulden der öffentlichen Haushalte und die Sorgen vieler Bürger um ihre Arbeitsplätze wegen der Corona-Krise bezeichnete der Steuerzahlerbund-Präsident Reiner Holzengel die Erweiterung des Bundeskanzleramts als ein „falsches Signal“.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Die Pommer-sche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem

Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADE3333 oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDE33 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Aus der Weihnachtskrippe im Ulmer Münster: Die Heiligen Drei Könige mit Melchior in ihrer Mitte

Foto: paz

KOLUMNE

Menschenverachtend

FLORIAN STUMFALL

Das Ulmer Münster zu Unserer Lieben Frau besitzt den höchsten Kirchturm der Welt und darüber hinaus eine Kirchengemeinde mit ebenso hohen moralischen Ansprüchen. Dies wurde offenbar, als genau 100 Jahre, nachdem die Figuren der Heiligen Drei Könige geschnitzt worden waren, sichtbar wurde, dass es sich bei der Figur des Melchior um ein schändliches Machwerk des Rassismus handelt. Man hätte das wahrlich schon eher bemerken können. Die angedeutete Körperschwere, die fülligen Lippen, ja, natürlich, die schwarze Haut und zu allem Überfluss die Federn auf seinem Kopfputz! Mit einem Wort: menschenverachtend.

Höchste Zeit also, dass die Kirchengemeinde den notwendigen Anstoß nahm und daraufhin den Beschluss fasste, zur kommenden Weihnachtszeit die drei Figuren aus der Kirche und dem Blickfeld der Öffentlichkeit zu verbannen. Eine mutige Tat wider den Rassismus und ein Beispiel für andere! Allerdings müssen sich die Hüter der Ulmer Kirchen-Moral vorwerfen lassen, dass sie nicht die Ersten sind, die hier wacker durchgreifen. Um im religiösen Umfeld zu bleiben: In den Niederlanden ist der „swarte Piet“, ein Begleiter des Heiligen Nikolaus, bereits verfemt, und hierzulande ist es nicht mehr politisch korrekt, im Fasching als Afrikaner zu gehen.

So weit, so gut. Allerdings bleiben, was die Drei Könige angeht, gewisse Zweifel. Ein wesentlicher Grund für Ärgernis und Empörung ist ja die Darstellung der schwarzen Haut des einen Königs. Jedoch sind die beiden anderen auch keine Europäer, sondern kommen „aus dem Morgenland“, Araber vielleicht oder Perser. Man muss befürchten, dass auch sie keine reinweiße Haut haben und hier beginnt das Problem. Ab welchem Grad der Pigmentierung beginnen Schändlichkeit und Menschenverachtung? Geht eine mallorquinische Sommerbräune noch durch, oder soll man doch politische Korrektheit beim erhöhten Lichtschutzfaktor suchen?

Und ach! Mit dem Melchior ist es ja nicht getan! Unter den berühmten Moriskentänzern – allein schon der Name! – des Erasmus Grasser aus dem Jahr 1480 befindet sich einer, dem sein afrikanisches Herkommen unverkennbar anzusehen ist. Ein Skandal! Und beim Münchner Stadtmuseum denkt man sich offensichtlich nichts dabei, das Schandwerk dem

Publikum zugänglich zu machen. Mehr noch: Im Prado zu Madrid hängt ein Bild des Diego Velazquez, eine Anbetung der Könige, ebenfalls mit dem bewussten Melchior-Ärgernis! Albrecht Dürer hat sich nicht geschämt, eine „Mohrin Katharina“ zu zeichnen, anno 1521, Francisco Goya glaubt, bei seiner „Erschießung der Aufständischen“ nicht auf einen Schwarzen verzichten zu können, und auf ungezählten Deckengemälden werden die Allegorien der Erdteile als Menschen dargestellt, Afrika natürlich rücksichtslos als

tiefsitzendes Gefühl davon, dass hier etwas Minderwertiges gezeigt werde, gegen man sich zu empören habe? Wer ein Ärgernis sucht, wird es finden, und das Problem ist deshalb nicht lösbar, weil es kein Problem ist, sondern absichtlich als solches aufgeplustert wird.

Man kann die Sache ja auch umdrehen. Wenn Europäer von den Chinesen „Langnasen“, von den Arabern „Giaur“, den Zigeunern „Gadsche“, den Westafrikanern „Tubaab“ genannt werden, so ist das keineswegs als Kompliment gedacht. Es gibt zudem noch genug Franzosen, für die ein Deutscher der „boche“ geblieben ist, und Engländer, die uns nach wie vor als „Hunnen“ bezeichnen. Was soll's? Freundlichkeit unter den Menschen oder gar ein herzliches Empfinden kann man nicht befehlen; dass man aber kein Gegenüber beleidigen soll, ist eine Angelegenheit der guten Erziehung und nicht der Politik. Es sollte auch kein Gegenstand sein für beleidigte Dünnhäutigkeit in anderer Leute Namen.

Angesichts der Ungereimtheiten in dieser Rassen-Hysterie spricht es dafür, nach deren Grund zu suchen. Und sieh: Er ist bald gefunden. Was sich nämlich beleidigt fühlt, ist der Wahn von der Gleichheit der Menschen, die Ideologie, welche die Einmaligkeit des Individuums bestreitet und in der Feststellung eines Unterschiedes zwischen zwei Menschen jedenfalls eine Herabsetzung eines der beiden sieht. Dabei sind die Menschen, rechtlich gesehen, nur in einem gleich, nämlich vor dem Gesetz, und, in Anbetracht ihrer Natur, in dem Recht, Besonderheit zu sein.

Ein weiteres Empfinden ergänzt den Gleichheits-Topos auf wirksame Weise. Für den Wahn nämlich wird der Anspruch erhöhter sittlicher Qualität erhoben. Wer ihm folgt, darf sich – im eigenen Verständnis – im Bewusstsein sonnen, zu einer moralisch erhabenen Gruppe zu gehören. Und weil hier von Dingen der Ethik die Rede ist, soll auch das Neue Testament zu Wort kommen: Diese selbsternannten Edelmenschen erinnern an den Pharisäer bei Lukas 18, 11, der da sagt: „Ich danke dir, Gott, dass ich nicht bin wie die anderen Leute, Räuber, Ungerechte, Ehebrecher, oder auch wie dieser Zöllner.“ Und die Dummen spenden ihm Beifall und folgen ihm.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Es wird endlich Zeit,
Afrikaner so
darzustellen, dass
sie nicht als solche
erkennbar sind

Afrikaner, so bei Tiepolo im Treppenaufgang der Würzburger Residenz.

Und dann die anderen Künste: In Mozarts „Entführung“ lautet eine Textpassage „weil ein Schwarzer hässlich ist“. Da kann es nur heißen: Schikaneder an die Laterne! Und Mozart gleich mit dazu, weil er dieses auswürfige Wort geduldet, ja, mehr noch, vertont hat! Oder Othello, den sein Schöpfer Shakespeare den „Mohren von Venedig“ nennt! Die Perle der Adria sollte sich genieren, damit in Verbindung gebracht zu werden! Oder Schiller mit seinem Fiesco, der seinen Mohren sklavisch schlecht behandelt, unter dem Beifall des Publikums.

Wo man hinsieht: Der Rassismus hat System. Es wird endlich Zeit, Afrikaner so darzustellen, dass sie nicht als solche erkennbar sind. Vielleicht liegt hierin der tiefere Sinn der gegenstandslosen Malerei, der es leichtfallen müsste, diese Vorgabe des menschlichen Anstands zu erfüllen.

Doch es ist noch kein Ende der quälenden Fragen. Wenn es unstatthaft ist, Afrikaner in ihrer wirklichen Erscheinungsform darzustellen, muss man dann daraus schließen, dass es einen Nachteil bedeute, schwarz zu sein? Liegt denn nicht, gleich der Schönheit, auch die Hässlichkeit im Auge des Betrachters? Offenbart derjenige, der Anstoß an der Darstellung eines Schwarzen nimmt, nicht ein

Ein schräges Stück Heimat

Besser spät als nie: In München wurde nach jahrzehntelangem Warten das Sudetendeutsche Museum eröffnet

VON SUSANNE HABEL

Zur offiziellen Eröffnung des Sudetendeutschen Museums waren wegen der Pandemie nur wenige prominente Gäste geladen, darunter der bayerische Ministerpräsident Markus Söder, die Kulturstaatsministerin Monika Grütters und Bernd Posselt, der Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe. Die ersten Besucher zeigten sich begeistert vom Rundgang durch den Prachtbau im Münchener Osten unweit vom Gasteig. Das Museum, das für die Öffentlichkeit vom 30. Oktober an geöffnet ist, erstreckt sich auf einer Fläche von 1200 Quadratmetern direkt im Anschluss an das Sudetendeutsche Haus und zeigt auf fünf Etagen und mit 900 Exponaten die Geschichte dieser Volksgruppe.

Drei Millionen Sudetendeutsche wurden nach dem Zweiten Weltkrieg aus Böhmen, Mähren und Sudetenschlesien vertrieben. Davon landeten viele in der damaligen DDR, wo sie als „Umsiedler“ galten und sich nicht organisieren durften. Im Westen entstanden Vertriebenenverbände und auch etliche „Heimatstuben“ der Sudetendeutschen, die teilweise in kommunale Museen integriert wurden – aber kein zentraler Erinnerungsort.

CSU machte sich fürs Museum stark

Vor 30 Jahren, nach der deutschen Vereinigung, stellte die Bundesregierung den Vertriebenenverbänden den Bau von Landesmuseen für ehemalige deutsche Siedlungsgebiete in Aussicht. Unter den sudetendeutschen Institutionen und Heimatverbänden entbrannte eine heftige, lange Diskussion über ein zentrales Landesmuseum. Das erste Ergebnis war die Entscheidung für sudetendeutsche „Regionalmuseen“, von denen zwei inzwischen verwirklicht wurden: das Egerlandmuseum im oberfränkischen Marktredwitz und das Isergebirgsmuseum im schwäbischen Kaufbeuren-Neugablonz. Ferner gab es die Ostdeutsche Galerie in Regensburg mit Werken sudetendeutscher Künstler



Die Prominenz fror draußen vor der Tür: Bernd Posselt, Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe, Landtagspräsidentin Ilse Aigner, Bayerns Ministerpräsident Markus Söder und Kulturstaatsministerin Monika Grütters (v. l.) eröffneten das neue Gebäude

und das Böhmerwaldmuseum im Oberhausmuseum in Passau.

Um die Jahrtausendwende startete der damalige Vorstandsvorsitzende der Sudetendeutschen Stiftung, der CSU-Politiker Fritz Wittmann, eine Spendenaktion, um in München – wo schätzungsweise 200.000 Sudetendeutsche leben – ein zentrales Sudetendeutsches Museum zu schaffen. 2007 wurde ein Wissenschaftlicher Beirat gegründet. Mehrere Gründungsbeauftragte versuchten, eine Konzeption für ein Sudetendeutsches Museum zu erarbeiten.

Schließlich entschied man sich für das von der Volkskundlerin Elisabeth Fendl vorgelegte Konzept: Danach sollte auf der Basis der sudetendeutschen Sammlungen mit dinglichem Kulturgut ein modernes,

an Exponaten orientiertes Museum geschaffen werden. So hatte das Sudetendeutsche Archiv, das bis zur Schließung 2006 in München rege tätig war, eine riesige Sammlung von Kulturgütern aus dem Sudetenland angelegt, die durch Sachspenden und Leihgaben ergänzt wurde.

Bei der Finanzierung teilten sich der Freistaat Bayern zu zwei Dritteln und der Bund zu einem Drittel die Baukosten von etwa 25 Millionen Euro. Die Sudetendeutsche Stiftung als Träger des Museums trug außerdem drei Millionen bei. Nachdem das Münchner Architekturbüro pmp architekten den Wettbewerb gewonnen hatte, baute man von 2015 bis Ende 2019 und nahm seither die Einrichtung und Bestückung des Museums mit seiner schrägen Fassadenkonstruktion vor.

Nun steht der wuchtige Bau mit Steinplattenverkleidung am Isarhochufer und lädt zur Zeitreise. Der Museumsrundgang beginnt im obersten Geschoss, das man über einen Lift vom Foyer aus erreicht. Von dort geht es über die Ausstellungsetagen immer treppab nach unten. Vom Treppenhaus öffnen sich dem Besucher aus auch Ausblicke ins Freie über die Isar auf München aus dem ansonsten aus konservatorischen Gründen fensterlosen, bunkerähnlichen Gebäude.

Geschichte, Wirtschaft und Kultur

Chronologisch werden zunächst die Vorgeschichte der Sudetendeutschen, von der ersten Besiedlung bis zur Epoche von Kaiser Joseph II., erläutert und die Landschaften vom Egerland im Westen bis zur

Wischauer Sprachinsel im Südosten vorgestellt. Wirtschaft und Kultur sind die Hauptthemen der nächsten Etage mit Erzeugnissen sudetendeutscher Produzenten: Noch heute kennt man Kunert-Strümpfe, Znamer Gurken, Pilsner Bier oder Gablonzer Schmuck. Auch Vereinswesen, Theater, Musik und literarisches Leben werden dargestellt.

Die Etage darunter ist der Geschichte der Nationalitäten- und Sprachenkonflikte gewidmet, die in den 1930er Jahren eskalierten und nach der Gründung der Tschechoslowakei nach Ende des Ersten Weltkriegs zum Aufstieg der Sudetendeutschen Partei bis hin zum „Anschluss“ an den NS-Staat führten. Schließlich geht es um die Vertreibung der Volksgruppe und die Nachkriegszeit mit dem harten Neubeginn und der Aufbauleistung der Heimatvertriebenen.

Alle Abteilungen sind barrierefrei und dreisprachig deutsch, tschechisch und englisch beschriftet. Wem all die Exponate, Texte, Filme und Medienstationen nicht genügen, der kann über einen Mediatheke vertiefende Informationen zu den einzelnen Abteilungen, Interviews mit Zeitzeugen oder Details zu Exponaten abrufen. Das Haus bietet Modelle zum Anfassen, Bücher und Zeitungen und Medienstationen. Damit richtet es sich besonders stark an ein junges Publikum, das durch zusätzliche Veranstaltungen im Museumspädagogikbereich im Untergeschoss sowie im benachbarten, technisch generalüberholten Sudetendeutschen Haus angesprochen werden soll. Dort gibt es die Alfred-Kubin-Galerie für Sonderausstellungen und den großen Adalbert-Stifter-Saal für Feiern.

● **Sudetendeutsches Museum**, Hochstraße 10, 81669 München. Ab 30. Oktober geöffnet täglich außer montags von 10 bis 18 Uhr. Bis Jahresende ist der Eintritt frei. Gruppen mit bis zu zehn Teilnehmern nur nach Anmeldung: Telefon (089) 4800 0337 oder E-Mail: museum-anmeldung@sudetendeutsche-stiftung.de

KUNSTAUSSTELLUNG

Freispruch erster Klasse

Den Gender-TÜV bestanden – Die weibliche Seite des „Selfie“-Malers Max Beckmann in Hamburg

Max Beckmann hat gerade noch einmal die Kurve gekriegt. Auch wenn er in seinen Porträts nackte Frauengestalten abgebildet hat, ist ihm kein Sexismus-Vorwurf zu machen. In Zeiten von „MeeToo“ und Genderwahn hat man den Künstler in der Porträt-Ausstellung „Max Beckmann – weiblich-männlich“, die bis zum 24. Januar 2021 in der Hamburger Kunsthalle zu sehen ist, einem Verträglichkeits-TÜV unterzogen. Ergebnis: Seine Bilder müssen nicht in die Asservatenkammer.

Eigentlich ist es sogar ein Freispruch erster Klasse. Anhand von 140 Gemälden, Plastiken und Grafiken soll gezeigt werden, dass sich Beckmann schon früh mit Androgynität und unterschiedlichen Geschlechterrollen befasst hat. Als Beweis dient etwa der Steinguss „Adam und Eva“ von 1936, in dem eine männliche Figur wie ein Gebärer mit winzigem Neugeborenen mit schlangenähnlicher Nabelschnur auftritt. Ähnlich ambivalent ist auch das Porträt des homosexuellen Regisseurs und Autors Ludwig Berger, dem Beckmann

zwei Lotusblüten als Ausdruck seines femininen Charakters in die rechte Hand gedrückt hat.

Andererseits haben die Frauen bei genauerem Hinsehen die Hosen an. Beck-



Zeigt seine feminine Seite: „Bildnis Ludwig Berger“ mit Lotusblüten, 1945

mann porträtiert sie mit stolzem Blick und selbstbewusster Pose, gleichwohl sie meistens noch rollentypisch Rock und Kostüm tragen. Die Herrschaft der Frau, so will es diese Ausstellung suggerieren, habe er in seinem mythologischen Gemälde „Odysseus und Kalypso“ von 1943 vorhergesehen. Darin umklammert eine – nichtsdestotrotz – völlig nackte Nymphe den Seefahrer und hält ihn sieben Jahre als Sexsklaven auf ihrer Insel gefangen.

Solche erotischen Phantasien scheinen Beckmann interessiert zu haben. Auch wenn er sich in seinen vielen Selbstbildnissen mit kahlem, aber entschiedenem Rammschädel darstellte, kann man eine verletzte weibliche Seite an ihm entdecken. Seine gemalten „Selfies“ sind wie bei vielen heutigen Instagrammern vielleicht Ausdruck eines durch innere Unsicherheit verursachten Narzissmus.

Die Suche nach der eigenen Rolle als Mann und als Künstler hat Beckmann zu einem Anhänger der Esoterik gemacht. Seine Lektüre der Schriften der Okkultis-

tin Helena Blavatsky führten schließlich zu amorphen Porträts, in denen Männer und Frauen ineinander verschmelzen.

Mit dieser interessanten Schau scheint die Kunsthalle ihren großen Bestand an Beckmann-Werken noch bedeutsamer machen zu wollen, als er ohnehin schon ist. Dabei hätte es Beckmann nicht nötig gehabt, ihm nachträglich das Gender-Siegel zu verleihen. Er ist auch so modern genug. Wer aber in diese Ausstellung geht, sollte im Hauptgebäude nicht Hans Markarts monumentales, 50 Quadratmeter großes Bild „Der Einzug Karls V. in Antwerpen“ (1878) verpassen, das man nach vier Jahren nebst damaliger Salonmalerei erstmals wieder präsentiert. Harald Tews

● **Hamburger Kunsthalle** Glockengießerwall 5, 20095 Hamburg, geöffnet täglich außer montags. Einlassfenster-Karten für 14 Euro unter www.hamburger-kunsthalle.de. Ein Katalog zur Beckmann-Ausstellung ist im Prestel Verlag erschienen (240 Seiten, 29 Euro).

● MELDUNGEN

Sanierte Kirche

Berlin – Nach acht Jahren wird am 27. Oktober die Friedrichswerdersche Kirche mit der Schau „Ideal und Form. Skulpturen des 19. Jahrhunderts“ wiedereröffnet. Die Kirche am Werderschen Markt wird von der Stiftung Preussischer Kulturbesitz als Ausstellungsraum für ihre Skulpturensammlung benutzt. Neubauten in direkter Nähe erforderten eine Totalsanierung der einsturzgefährdeten Schinkel-Kirche (die PAZ berichtete). *tws*

Sisis Fotoalben

Köln – In der Ausstellung „Sisi privat. Die Fotoalben der Kaiserin“ stellt das Kölner Museum Ludwig vom 24. Oktober bis 24. Januar 2021 insgesamt 18 Alben der österreichischen Kaiserin mit zirka 2000 Fotografien vor. Zu sehen sind Adelige – viele Mitglieder von Elisabeths Familie –, Berühmtheiten und Kunstwerke. Infos im Internet: www.museum-ludwig.de *tws*

FRITZ WALTER

„Mentaler Gründervater“ der Republik

Für den einstige Mannschaftskameraden sowie späteren Ministerialdirigenten und Funktionär des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) Karl Schmidt war Fritz Walter „neben Konrad Adenauer und Theodor Heuss einer der Gründer der Bundesrepublik“. Auch der Historiker Joachim Fest nannte drei Gründungsväter der Bundesrepublik Deutschland. Politisch sei es der Bundeskanzler Konrad Adenauer, wirtschaftlich der Bundeswirtschaftsminister



Sonderbriefmarke zum 100. Geburtstag Fritz Walters am 31. Oktober

ter Ludwig Erhard und mental der Kapitän der ersten deutschen Fußballweltmeisterei gewesen. Eigentlich sei der 4. Juli 1954, der Tag des Finales der Fußballweltmeisterschaft 1954 in Bern, das Gründungsdatum der Bundesrepublik gewesen.

Doch lässt sich die Popularität des ersten Ehrenspielführers des DFB, die zu Recht gerne mit der seines erklärten Vorbildes und Idols Max Schmeling verglichen wird, nicht nur mit seiner Rolle als Kapitän der DFB-Auswahl beim „Wunder von Bern“ erklären. Walter war ein Urgestein. Die Verbundenheit mit den Roten Teufeln vom 1. FC Kaiserslautern (FCK) zieht sich wie ein roter Faden durch seine Biographie. In Kaiserslautern kam der Pfälzer vor 100 Jahren, am 31. Oktober 1920, als ältestes von fünf Kindern einer waschechten Berlinerin und des Gastwirts der Vereinsgaststätte des FCK zur Welt. Wie seine beiden Brüder Ludwig und Ottmar zog es auch ihn in die Reihen des FCK. 1928 spielte er erstmals in der Schülermannschaft. Mit einer Sondergenehmigung stieß das früh entdeckte Ausnahmetalent bereits als 17-Jähriger zur Ersten Mannschaft. Trotz verlockender Angebote aus dem Ausland blieb der bodenständige Pfälzer bis zum Ende seiner Sportlerkarriere seinem Verein treu und führte ihn in eine erfolgreiche Ära. Dieser dankte es ihm nicht zuletzt damit, dass er zu dessen 65. Geburtstag und damit noch zu dessen Lebzeiten sein Betzenberg- in Fritz-Walter-Stadion umbenannte.

1940 absolvierte Walter – damals schon unter dem Trainer Sepper Herberger – sein erstes Länderspiel. Der Zweite Weltkrieg mit Wehrdienst einschließlich Kriegsgefangenschaft kostete ihn wichtige Jahre. Beim ersten Länderspiel der Bundeself 1950 fehlte er verletzungsbedingt, doch ab 1951 war er wieder dabei, und das von Beginn an als Kapitän. Drei Jahre später erreichte das innige Trainer-Kapitän-Gespann Herberger-Walter mit dem Weltmeistertitel den Olymp. 1958/59 beendete Walter als National- und FCK-Spieler seine Sportlerkarriere. Der gelernte Bankkaufmann blieb auch anschließend beruflich erfolgreich. Am 17. Juni 2002 verstarb er friedlich in seinem Bungalow in Enkenbach-Alsenborn unweit Kaiserslauterns. Manuel Ruoff

EUROPÄISCHE VERTEIDIGUNGSGEMEINSCHAFT

Mit der „wahren europäischen Armee“ greift Macron einen alten Plan auf

Vor 70 Jahren plädierte mit dem damaligen Ministerpräsidenten René Pleven schon einmal ein Spitzenpolitiker Frankreichs für die Ausweitung der europäischen Integration auf das Militär

VON WOLFGANG KAUFMANN

Manche europäischen Länder sind Mitglied der Europäischen Union, jedoch nicht der NATO. Andere wiederum gehören dem Nordatlantikkpakt an, aber nicht der EU. Russland wird immer stärker als Bedrohung wahrgenommen. Und die USA zeigen sich zunehmend unwillig, ihre Ressourcen für die Verteidigung Europas einzusetzen. Vor diesem Hintergrund hat der französische Staatspräsident Emmanuel Macron eine Vertiefung der europäischen Einigung auf militärischem Gebiet, eine „wahre europäische Armee“ gefordert. Damit könnte der sogenannte Plevan-Plan des vom 12. Juli 1950 bis zum 10. März 1951 und vom 11. August 1951 bis zum 20. Januar 1952 amtierenden französischen Ministerpräsidenten, René Pleven, in aktualisierter Form wieder aufs Tapet kommen.

Diskriminierung der Bundesrepublik

Nachdem sich die USA angesichts der Verschärfung des Kalten Krieges und ihrer Verwicklung in den Korea-Konflikt am 11. September 1950 für eine gemeinsame westeuropäische Armee unter Beteiligung der damals noch demilitarisierten Bundesrepublik ausgesprochen hatten, ergriff Pleven die Initiative und offerierte der Nationalversammlung in Paris am 24. Oktober 1950 einen Plan, der im Kern das Folgende vorsah: Westdeutschland solle sich wieder bewaffnen dürfen, allerdings

„Für uns Deutsche insgesamt ist die neue Organisation viel besser, als es die EVG gewesen ist“

Konrad Adenauer
vor dem CDU-Bundesvorstand am
11. Oktober 1954

nicht im Rahmen der bereits bestehenden NATO, sondern einer noch zu schaffenden Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) aus den Mitgliedern der Montanunion. In deren Armee müssten die neu aufzustellenden bundesdeutschen Landstreitkräfte – auf Marine- und Luftwaffeneinheiten könne man zunächst verzichten – dergestalt integriert werden, dass die Deutschen im Gegensatz zu den anderen Mitgliedstaaten überhaupt keine eigenen nationalen Verbände besäßen und ihre in die EVG-Streitkräfte eingebundenen Kampfgruppen faktisch unter französischem Oberbefehl stünden.

Nachdem die USA den Plevan-Plan am 7. Februar 1951 im Grundsatz gebilligt hatten, begannen in der Woche darauf Verhandlungen über den genauen Inhalt des Vertrages zur Gründung der EVG. In deren Verlauf zerpfückten die Experten fast alle Vorschläge des französischen

Premiers. So wollten sie der Bundesrepublik statt der von Pleven vorgesehenen kleineren Kampfgruppen von maximal 5000 Mann zwölf Divisionen mit jeweils 14.000 Mann zugestehen – also genau so viele wie Italien und nur zwei weniger als Frankreich. Darüber hinaus opponierten die Vertreter der Beneluxstaaten gegen die vorgesehenen Beschränkungen ihrer nationalen Souveränität im Rahmen der EVG.

Es bedurfte erst eines Ultimatums der USA während der NATO-Konferenz im November 1951, dass Frankreich, Italien, Belgien, die Niederlande und Luxemburg sowie die Bundesrepublik Deutschland sich einigten. Die Übereinkunft lief letztlich auf eine Niederlage für Frankreich hinaus, da sie umfassende Modifizierungen des Plevan-Plans beinhaltete. Beispielsweise erkämpften die Beneluxstaaten verschiedene Vetomöglichkeiten zugunsten der einzelnen Mitgliedsländer, von denen auch die Bundesrepublik hätte profitieren können. Und es blieb bei den geplanten zwölf Divisionen für die Bundesrepublik – aus französischer Sicht waren das deutlich zu viele.

Trotzdem stimmte die französische Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Antoine Pinay dem EVG-Vertrag schließlich zu, sodass ihr Außenminister am 27. Mai 1952 zusammen mit dessen Amtskollegen aus den anderen Mitgliedstaaten der Montanunion das Abkommen unterzeichnete. Damit reagierte die französische Regierung auf neuerliche

Interventionen der Vereinigten Staaten, die auf eine baldige Entlastung des US-Militärs durch die europäische Streitmacht hofften.

Allerdings verweigerte die Assemblée Nationale (Nationalversammlung) in Paris am 30. August 1954 die Ratifizierung des EVG-Vertrages mit 319 zu 264 Stimmen. Grund hierfür war nicht zuletzt die Abneigung der erstarkten Gaullisten gegen jegliche Abgabe von französischen Souveränitätsrechten an die EVG sowie die ihres Erachtens zu weit gehende Gleichberechtigung der Bundesrepublik innerhalb dieser Gemeinschaft.

Scheitern in der Assemblée Nationale

Um Westdeutschland dennoch militärisch einbinden zu können, initiierten Frankreich, Italien und die Beneluxstaaten sowie nun auch Großbritannien die Gründung der Westeuropäischen Union (WEU), die am 23. Oktober 1954 vollzogen wurde. Deren Zweck bestand indes nicht mehr in der Schaffung einer europäischen Armee, sondern in der Ermöglichung des NATO-Beitritts der Bundesrepublik. Der erfolgte dann am 9. Mai 1955, nachdem Bonn die Pariser Verträge unterzeichnet und sich mit zahlreichen Einschränkungen einverstanden erklärt hatte.

Diese Einschränkungen waren allerdings weniger gravierend als jene im ursprünglichen Plevan-Plan. So verzichtete Westdeutschland auf atomare, biologische und chemische Waffen sowie den Bau schwerer Kriegsschiffe. Außerdem unterstellte Bonn seine Truppen der NATO – und zwar auch in Friedenszeiten. Hieraus ergab sich, dass die Bundesrepublik im Gegensatz zu den anderen Mitgliedern des Atlantischen Bündnisses zunächst keinen Generalstab unterhalten durfte. Durch all diese Regelungen war Westdeutschland auf die Sicherheitsgarantien der NATO angewiesen.

Und die Bundesregierung musste der Stationierung von Truppen aus NATO-Partnerländern zustimmen. Trotzdem hatte Bundeskanzler Konrad Adenauer recht, als er den teilweise sehr skeptischen CDU-Vorstand am 11. Oktober 1954 beschwor: „Für uns Deutsche insgesamt ist die neue Organisation viel besser, als es die EVG gewesen ist.“ Denn letztlich ermöglichte die NATO-Mitgliedschaft die Aufstellung eigener nationaler Streitkräfte, die nicht unter Kuratel der Franzosen standen.

Die aktuellen Vorstöße Macrons hinsichtlich der Schaffung einer EU-Armee als Ersatz für die angeblich „hirtote“ NATO könnten im Endeffekt auf ein Reaktivieren der EVG-Planungen der 1950er Jahre hinauslaufen. Und das läge keinesfalls im nationalen Interesse Deutschlands. Denn eine nach 70 Jahren plötzlich doch noch Realität werdende Europäische Verteidigungsgemeinschaft würde die Bundesrepublik extrem zurückwerfen, was die Kontrolle über ihr Militär und somit auch ihre nationale Souveränität betrifft. Daran ändern selbst die bis heute fortbestehenden Einschränkungen nichts, die mit der NATO-Mitgliedschaft verbunden sind. Europäische Streitkräfte, die nach Lage der Dinge von der Atommacht Frankreich dominiert werden würden, können für eine an den Interessen der Bundesbürger orientierte Europa- und Verteidigungspolitik der Bundesrepublik keine Alternative zur NATO sein.



Während seiner ersten Amtszeit, in der er den nach ihm benannten Plan vorstellte: Ministerpräsident René Pleven am 14. Juni 1951

HYGIENEREGELN

„Ein unabdingbarer Bestandteil sozialistischer Lebensweise“

In der DDR sicherten die Staatsorgane nicht nur „die grundlegenden Voraussetzungen zur Einhaltung der hygienischen Verhaltensnormative für alle Bürger“

VON HEIDRUN BUDDÉ

Die SED-Funktionäre wussten, dass Teile der Bevölkerung die aufgezwungene „Diktatur des Proletariats“ ablehnten. Der Machterhalt konnte nur durch die Abschaffung der Individualität und durch eine lückenlose Kontrolle erfolgen. Im Ergebnis entstand ein Heer von Mitläufern, das dieses politische System wesentlich stützte.

In der Rostocker Stadtordnung vom 23. Dezember 1977 findet man Worte wie „gegenseitige Erziehung“, „bewusste Disziplin“, „erzieherische Aussprache“ und bei Missachtung der Vorgaben die Einleitung von „entsprechenden erzieherischen Maßnahmen durch Bürger, Kollektive und gesellschaftliche Gremien“. Die Arbeitsplätze sowie Wohn- und Erholungsgebiete waren so zu gestalten, dass „sich in ihnen das neue Lebensgefühl sozialistischer Menschen“ äußerte. Selbst der Umfang der persönlichen Hygiene war Regelungsgegenstand (Paragraf 47):

„(1) Die Einhaltung der persönlichen Hygiene und Sauberkeit ist unabdingbarer Bestandteil sozialistischer Lebensweise. Der Rat der Stadt sichert die grundlegenden Voraussetzungen zur Einhaltung der hygienischen Verhaltensnormative für alle Bürger.

(2) Die Vernachlässigung der Sauberhaltung von Körper, Kleidung und Wohnung stellt einen Gefahrenherd für die Allgemeinheit dar und ist durch erzieherische Einflussnahme der Betriebe, gesellschaftlichen Kräfte und Bürger rechtzeitig zu unterbinden. Bleibt die erzieherische Einflussnahme ohne Erfolg, sind rechtliche Mittel anzuwenden.“

Abschaffung der Individualität

Ein Bürger, der schmutzige Kleidung trug oder unangenehm roch, wurde nach dem Willen der Funktionäre zum Objekt der kollektiven Erziehung, denn im Paragraphen 70 der Stadtordnung wurde diese Legitimation erteilt: „Jeder Bürger hat das Recht, Personen – einschließlich der gesetzlichen Vertreter von Betrieben und Einrichtungen –, die den Grundsätzen dieser Ordnung zuwiderhandeln, zu ermahnen und zur Unterlassung aufzufordern bzw. die Hilfe der dafür zuständigen staatlichen Organe für die Durchsetzung berechtigter Forderungen in Anspruch zu nehmen.“

Gegenseitiges Aufpassen, Ermahnen, Erziehen und Einmischen in die private Intimsphäre wurden ausdrücklich verlangt. Dass diese Verfahrensweise den Artikel 30 der DDR-Verfassung konterkarierte, nachdem die Persönlichkeit und Freiheit der Bürger „unanantastbar“ waren, spielte dabei gar keine Rolle. Der Zweck heiligte die Mittel.

Spießbürgerliche Aufpasser, auch ohne Zugehörigkeit zur Staatssicherheit, bekamen ein nahezu unbegrenztes Betätigungsfeld, und sie waren durchaus eine Macht. Ihre „Erkenntnisse“ hinter vorgehaltener Hand wurden immer dann zur Entscheidungsgrundlage, wenn ein Bürger Wünsche äußerte, die dem Regime nicht passten, wie bei Eheschließungswünschen mit Bundesbürgern, Reiseanträgen ins „kapitalistische Ausland“ oder bei der Vergabe von Berufserlaubnissen für Seeleute.

1986 wollte beispielsweise Heike M. als Touristin nach Algerien reisen. Ihr Antrag scheiterte aus diesem Grund: „Wurde



In der hier beschlossenen Stadtordnung war selbst der Umfang der persönlichen Hygiene Regelungsgegenstand: Rostocks Rathaus zu DDR-Zeiten (1965)
Foto: FORTEPAN / Erky-Nagy Tibor

im November 1985 von der Funktion des FDJ-Sekretärs entbunden. Keine positive politische Meinung zur Politik der DDR. Oft Männerbekanntschaften und häufiger Alkoholgenuss.“ Herr B. wollte gerne Frankreich besuchen, und auch er musste zu Hause bleiben, weil diese Informationen aus unbekannter Quelle kamen: „Als Begründung wird die zerrüttete Ehe des B., die nur noch nach außen hin besteht, angeführt. Durch die gestörten Familienverhältnisse kann ein ungesetzliches Verlassen nicht ausgeschlossen werden.“

Lückenlose Kontrolle

Hervorzuheben ist, dass die Antragsteller selbst niemals eine Begründung für die Ablehnung bekamen und es auch kei-

nen Rechtsweg gab. Die Bürger wussten nur, dass sie von nebulösen Entscheidungen abhängig waren, gegen die sie sich nicht wehren konnten. Diese Verunsicherung und das Gefühl des Ausgeliefertseins führten oft zu vorausweisendem Gehorsam. So entstand ein Heer von Mitläufern, das die politische Bevormundung akzeptierte und den inszenierten Selbstbetrug unterstützte.

Beispielsweise fand 1980 eine „propagandistische Großveranstaltung mit internationaler Beteiligung zu Fragen des Kampfes gegen den Antikommunismus und Antisowjetismus“ in Rostock statt. Es wurden rund 700 Teilnehmer erwartet. Am 9. April 1980 genehmigte die SED-Betriebsleitung eine „Konzeption“ zur Durchführung dieser Veranstaltung und gab dieses Ziel vor: „Wir stellen uns die Aufgabe, parteiliche Haltungen zum sozialistischen Patriotismus und proletarischen Internationalismus zu vertiefen und das Feindbild, insbesondere über den BRD-Imperialismus, stärker auszuprägen und politische Standhaftigkeit im Sinne der 11. Tagung des ZK der SED und der Rede des Generalsekretärs des ZK der SED vom 25.1.1980 zu fördern.“

Die Konzeption sah mehrere Redner vor. Doch jeder, der das Wort ergreifen durfte, bekam von der SED strikte Anweisungen, was er zu sagen hatte, wie beispielsweise: Ein Vertreter der Seeverkehrs- und Hafengewirtschaft: antikommunistische und antisowjetische Störmanöver gegen die Seeverkehrs- und Hafengewirtschaft.

Ein Vertreter der Volksmarine: die permanente Bedrohung des Sozialismus durch die NATO. Ein Vertreter des Volkstheaters: die Verkörperung der besten Traditionen des kulturellen Erbes durch die DDR und die Auseinandersetzung mit dem Imperialismus im kulturellen Bereich. Ein Vertreter des Sports: die Verleumdung der sozialistischen Sportbewegung durch den Imperialismus unter besonderer Berücksichtigung von dessen Störmanövern gegen die Olympischen Spiele 1980 in Moskau. Ein Jugendlicher: die Aneignung eines festen Klassenstandpunktes und sozialistischer internationalistischer Verhaltensweisen im Sinne des KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann.

Die SED-Funktionäre zwangen den Menschen ihr „Feindbild“ vom „BRD-Imperialismus“ auf und blendeten dabei das eigene Versagen völlig aus. Missstände wurden in Erfolge uminterpretiert und selbstbestimmtes Denken und Sagen wurden im DDR-Sozialismus unterdrückt. Die politische Bevormundung bestimmte den Alltag. Als die öffentlichen Lügen für die Menschen immer unerträglicher wurden, gingen sie 1989 zu Tausenden auf die Straße. Der SED-Staat brach zusammen und die Bürger hofften mit der Vereinigung auf ein Leben ohne Erziehung, Ermahnung, Zurechtweisung und Einmischung in ihre Privatsphäre. Vor allem wollten sie endlich ihre freie Meinung äußern dürfen, ohne Sorge vor Nachteilen und ohne Denk- und Sprechverbote.

TIERGARTEN

West-Berlins sowjetisches Ehrenmal

Etwa 80.000 Rotarmisten sind bei der Schlacht um Berlin gefallen. An sie erinnern in der deutschen Hauptstadt die sowjetischen Ehrenmale im Trepptower Park, der Schönholzer Heide, dem Bucher Schlosspark und dem Tiergarten. Letzteres nimmt insofern eine Sonderstellung ein, als es sich nicht in Ost-, sondern West-Berlin befindet beziehungsweise befand. Der Standort ist wohl überlegt. Er liegt unweit des Reichstages, der trotz der geringen Bedeutung des Parlamentes im nationalsozialistischen Regierungssystem den Sowjets als Zentrum des Deutschen Reiches galt. Und an der Ost-West-Achse, der heutigen Straße des 17. Juni, der früheren Charlottenburger Straße. Wie ein Riegel wurde das Ehrenmal quer zu der einstigen triumphalen Nord-Süd-Achse, der Siegesallee, errichtet.

Wie die drei anderen sowjetischen Ehrenmale ist es nicht nur als stalinistisches Siegeszeichen, sondern auch als Kriegsgräberstätte konzipiert. Unter der zum Ehrenmal gehörenden Rasenfläche liegen die sterblichen Überreste von 2000 bis 2500 gefallenen Sowjetsoldaten, die zu großen Teilen bei der Eroberung des Reichstages gefallen sind.

Von den vier Ehrenmalen ist das im Tiergarten das älteste. Bereits gut sieben Monate nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht erfolgte am 11. November 1945 die Einweihung mit einer alliierten Militärparade. Die einzige Ansprache hielt der sowjetische Generalleutnant Konstantin Telegin, der für die Wahl des Standortes und die Einleitung der Baumaßnahmen verantwortlich gewesen sein soll. Die Sowjetarmee war prominent vertreten. Der Oberbefehlshaber der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland und Oberste Chef der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), Marschall Georgij Schukow, ließ es sich nicht nehmen, persönlich dabei zu sein. Die anderen Besatzungsmächte begnügten sich mit der zweiten Garde, woraus man auf den beginnenden Kalten Krieg schließen mag.

Wie so vieles im Stalinismus erfolgte auch die Errichtung dieser ungefähr 27.000 Quadratmeter umfassenden Anlage überstürzt und unter Zeitdruck. So waren bei der Einweihung nicht nur die gärtnerischen Arbeiten noch lange nicht abgeschlossen, es fehlte sogar noch das zentrale



Vor 75 Jahren eingeweiht: Sowjetisches Ehrenmal im Tiergarten

Element der Anlage, die acht Meter hohe Bronzeplastik eines Rotarmisten mit geschultertem Gewehr. Erst im Frühjahr 1946 konnte die bei der Gießerei Hermann Noack in Friedenau gegossene Figur auf dem Mittelpfeiler der Anlage platziert werden. Bei der Einweihungsfeier vor 75 Jahren hat deshalb noch eine bronzierte Gipsfigur als Provisorium herhalten müssen.

Manuel Ruoff

Der SED-Staat brach zusammen und die Bürger hofften mit der Vereinigung auf ein Leben ohne Erziehung, Ermahnung, Zurechtweisung und Einmischung in ihre Privatsphäre

VON ROLF STOLZ

Im Prinzip mit den gleichen Augen, aber mit völlig verschiedenen Gesichtspunkten schauen Menschen auf die Welt. Ohne Zorn und Zetern sollte, wenn ein Gewaltherrscher sich fremdes Gut aneignet, der Historiker beschreiben, was ist und warum es so ist. Ein politischer Aktivist oder ein Dichter dagegen werden den Räuber als Räuber brandmarken und – angetrieben von Wut und Trauer – dafür kämpfen, das Verbrechen zu sühnen und rückgängig zu machen.

Das Vordringen der muslimischen Araber im einst christlichen Nordafrika und seit 711 in Südeuropa, der Untergang des Oströmischen Reiches 1453 und der Vormarsch der Osmanen 1683 bis Wien hatten verheerende Folgen für die europäische Kultur, aber sie weckten auch Gegenkräfte von Karl Martell bis zur Reconquista, vom Prinzen Eugen bis zum griechischen Freiheitskampf. Auch die heutige Offensive des orthodoxen und politischen Islam, um in einem weltweiten Dschihad sein politisch-religiöses System kulturell wie politisch durchzusetzen, darf und wird nicht ohne Antwort des Westens und des Abendlandes bleiben.

Als der türkische Präsident Erdoğan aus der Hagia Sophia erneut eine Moschee machte, hat er nicht allein seine fanatischen Anhänger begeistert. Auch außerhalb des Islam gibt es Menschen, die unter dem Motto „Hauptsache ein Gotteshaus“ Blindheit und Totschweigen als politisch korrekte Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anpreisen. Dass Erdoğan die zentrale Kirche eines einstigen Weltreichs zur Zentralmoschee des zukünftigen Großtürkischen Reiches bestimmt, dient inmitten der türkischen Wirtschaftskrise seinem Machterhalt und weiterer Expansion.

Mit dem Schwert in der Hand

Mit Phrasen wurde immer schon eine solche Macht- und Realpolitik bemäntelt. Aber soll man schweigen, soll man wie der Papst lediglich seine große Trauer aussprechen, oder ist hier nicht machtvoller Widerstand erforderlich – vom sofortigen Abbruch aller EU-Beitrittsverhandlungen und von Wirtschaftssanktionen bis hin zum Verbot radikal-islamischer Auslandsorganisationen des Regimes? Wenn schon die Rückgabe der Hagia Sophia an die Orthodoxe Kirche in der heute dezidiert antichristlichen Türkei keine Chance hat, so war die von Atatürk durchgesetzte Museumslösung bei Weitem das kleinere Übel.

Mit ihr wurde den verfolgten Christen in der Türkei – ehemals die Mehrheit, nun eine marginalisierte Randgruppe – ein Raum der Erinnerung an ihre Geschichte und Kultur gegeben, in dem die christlichen Bilder nicht mit grünen Laken verhängt waren. Erdoğan hat seinen Kirchen-



Mit dem Symbol des Krieges: Imam Ali Erbas trug in der Hagia Sophia am 24. Juli demonstrativ ein Schwert

Foto: pa

RELIGIONSKAMPF

Symbole der Eroberung

Von Konstantinopel bis Córdoba: Islamische Fanatiker drängen immer heftiger auf die Umwandlung von Kirchen in Moscheen – es ist ein Feldzug

sturm im August 2020 fortgeführt, als er die aus dem 6. Jahrhundert stammende Chora-Kirche in Istanbul, reich an Fresken und Mosaiken, zur Moschee erklärte. Das war sie schon 1511 geworden, aber 1945 wurde sie in der damals Anschluss an den Westen suchenden Türkei zum Museum. Hass und Gewalt wurden so zumindest reduziert, während am 24. Juli 2020 bei der ersten muslimischen Predigt in der Hagia Sophia der oberste Imam der Türkei, Ali Erbas, mit einem Schwert auftrat und erklärte, dies sei eine Tradition in Moscheen, die ein Symbol der Eroberung seien.

„Fatih“, der Eroberer, ist der Beiname des Sultans Mehmet II., der Konstantinopel eroberte – daran sollten jene Europäer denken, deren Städte vom Islam mit einer Fatih-Moschee beglückt wurden. Hunderte Christen, die sich 1453 in die Hagia Sophia geflüchtet hatten, wurden dort ermordet, tausende zu Sklaven gemacht – die türkische Geschichte ist nicht erst seit dem Völkermord von 1915 mit Blut geschrieben worden. Sie ist weiterhin eine Geschichte osmanischer Besatzungsre-

gime wie in Teilen Syriens oder in Nordzyprien, 1974 von dem Sozialdemokraten und Hobby-Lyriker Bülent Ecevit erobert und in einen nur von Ankara anerkannten Satellitenstaat verwandelt, in dem etliche Kirchen in Viehställe oder Lagerräume umgewandelt wurden.

Fleißige Helfer im Westen

Offener als die Proklamationen von Erdoğan und Erbas können Kriegserklärungen nicht sein. Aber dieser Feldzug endet nicht am Bosphorus. Längst erschallt aus der islamischen Welt die Forderung, Europa müsse den Muslimen alle einstigen Moscheen zurückgeben. Gekämpft wird vor allem um die Maria-Himmelfahrt-Kathedrale von Córdoba in Spanien. Sultan bin Muhammad al-Qasimi, Herrscher des Golf-Emirats Schardscha, tönt: „Als Allermindestes verlangen wir die Rückgabe der Moschee von Córdoba.“ Türkische Historiker wie Mehmet Özdemir und Lütfi Seyban pflichten bei, aber auch im Westen gibt es bildungsferne Mythenfreunde, die das Märchen vom sieben Jahrhunderte nur to-

leranten, menschenfreundlichen arabischen Andalusien glauben.

Die raue Wirklichkeit sah anders aus: Die herrschende muslimische Minderheit benötigte die Mitarbeit von Christen und Juden und hoffte, die andersgläubigen Schutzbefohlenen würden sich unter dem Druck ihrer Diskriminierung zum Islam bekehren. Der Wissenschaftler Darío Fernández-Morera, Autor des Buches „Der Mythos vom andalusischen Paradies“, weist zudem nach, dass die Große Moschee in Cordoba mit höchster Wahrscheinlichkeit auf dem Baugrund der im 9. Jahrhundert zerstörten Kirche des Heiligen Vinzenz aus dem 6. Jahrhundert und mit deren Materialien errichtet wurde.

Ähnlich hatten die Umayyaden nach 708 die Johannes dem Täufer geweihte Kathedrale in Damaskus zerstört und als Steinlager zum Moscheebau genutzt. Angesichts dessen mutet es verheerend an, wenn nicht allein die von öl- und geldreichen islamischen Potentaten stark beeinflusste UNESCO die islamische Reconquista unterstützt, sondern auch von Selbsthass und Hass auf

die christliche Kultur getriebene Spanier. Knapp 200.000 von ihnen haben in einer Petition der Plattform „Moschee-Kathedrale von Córdoba“ gefordert, der Kirche das Gotteshaus wegzunehmen und es multifunktional zu vernutzen – ganz im Sinne der lokalen islamischen Gemeinde, die bereits 2004 vor dem Mirhab beten wollte, um so die Umwandlung in eine Moschee einzuleiten, und im Sinne österreichischer Islam-Touristen, die 2010 dort das Nachmittagsgebet anstimmten und ein Handgemeine auslösten.

Weil nicht sein kann, was nicht sein darf, versuchen linksradikale Archäologen mit allen Tricks die christliche Vorgeschichte der zeitweiligen Moschee zu vertuschen. Diese Geschichtsklitterungen bewegen sich auf einem ähnlichen Nullniveau wie das Märchen vom 700 Jahre polnischen Schlesien. Im Zusammenprall der Kulturen hat längst ein Kulturkampf eingesetzt, in dem Europa entweder seine christlichen und jüdischen Werte sowie den Geist der Aufklärung erfolgreich verteidigen oder untergehen wird.

VÖLKERKUNDLICHE SAMMLUNGEN

Der Rückgabe-Eifer kennt keine Bedenken mehr

Objekte werden an die Herkunftsländer übergeben – was dort mit ihnen geschieht, interessiert nicht

„Wird Radebeul nun ein Skalp abgezogen?“, fragte die „Frankfurter Allgemeine“ im Frühjahr 2014. Das Karl-May-Museum in der sächsischen Stadt hatte ein Schreiben der nordamerikanischen Ojibwa-Indianer erhalten. Die Rückgabe eines Skalps aus den Beständen des Hauses wurde gefordert. Dessen Zurschaustellung sei „respektlos, beleidigend und unverschämte“.

Das Museum teilte damals mit, der Skalp – einer von mehreren hier vorhandenen – sei 1904 durch den späteren Museumsmitbegründer Patty Frank dem Stamm „ordentlich abgekauft“ worden. Respektlosigkeit liege gerade nicht in der Absicht der Ausstellung. Indianische Besucher hätten sich positiv geäußert, Be-

schwerden habe es bislang nicht gegeben. Die zu dieser Zeit amtierende Direktorin Claudia Kaulfuß ließ wissen, man zeige „die Geschichte der Indianer und ihrer Kultur“, das „Skalpieren als religiöses Ritual gehört dazu“. Informiert werde auch darüber, dass erst Weiße kommerzialisierte Jagd auf Skalps gemacht hätten. Rückgabeforderungen erteilte Kaulfuß eine klare Absage.

Skalp an Indianer überreicht

Im Herbst 2020 stellen sich die Dinge anders dar. Nun soll der Skalp den Ojibwa-Indianern zurückgegeben werden. Laut „Junge Freiheit“ berät man „derzeit darüber, wie das Vorhaben umgesetzt werden könne“, der Prozess sei aufwendig.

Mit seinem Vorhaben liegt das Karl-May-Museum im Trend. Andere völkerkundliche Sammlungen in Deutschland haben bereits damit begonnen, Objekte zurückzugeben. So wurden beispielsweise 2017 aus Dresdner Beständen menschliche Gebeine, die um 1900 dorthin gelangt waren, wieder nach Hawaii gebracht. Ende 2019 wurden im Rahmen einer feierlichen Zeremonie in Leipzig Überreste von australischen Ureinwohnern übergeben, die einst Bestandteile einer „Skelettgalerie“ des Museums für Völkerkunde der Stadt waren.

Ein Kulturbotschafter der Aborigines sagte, es sei „gut, hier zu sein, damit wir unsere Ahnen mit nach Hause nehmen“. Dies war nicht die erste Rückgabe des

Landes Sachsen an Australien. Und auch anderswo grassiert der Rückgabe-Eifer. Das Berliner Ethnologische Museum will demnächst mumifizierte Maori-Köpfe mit Gesichtstätowierungen an Neuseeland übergeben.

Rückführung um jeden Preis

Das Ganze ist nicht auf menschliche Überreste beschränkt. Anfang vergangenen Jahres wurden eine Bibel sowie eine Peitsche, die sich seit 1902 im Stuttgarter Linden-Museum befanden, nach Namibia gebracht. Die Gegenstände stammen aus dem Besitz des afrikanischen Clan-Führers Hendrik Witbooi (um 1830–1905).

Die Frage, was mit den Dingen passiert, nachdem sie abgegeben wurden, ist

durchaus präsent. Kulturstaatsministerin Monika Grütters hat in einem entsprechenden ARD-Beitrag etwas ausweichend darauf hingewiesen, dass sie in der „Museumswelt“ ein „Fürsorgepflichtgefühl“ für das „Menschheitskulturerbe“ beobachte, was auf Vorbehalte der Politikerin zumindest gegenüber einer Rückführung um jeden Preis schließen lässt.

Ganz anders der Verfasser des Buches „Unser Raubgut“, Moritz Holfelder, im selben Beitrag, der meinte, wenn ein Auto gestohlen worden sei, müsse es ja auch dem Besitzer zurückgegeben werden, „egal, was der dann mit dem Auto macht“. Dies entspricht der derzeit praktizierten Linie der deutschen Museen.

Erik Lommatzsch

SENSATIONELLE ENTDECKUNG

Taucher finden Wrack der „Karlsruhe“

Erforschung des Schiffswracks in 88 Metern Tiefe – Neue Spekulationen um Bernsteinzimmer

VON WOLFGANG KAUFMANN

Lange war unklar, wo genau die „Karlsruhe“, die 1945 an der Evakuierung von Flüchtlingen und Verwundeten aus Ostpreußen beteiligt war, auf dem Meeresgrund ruht. Erst im vergangenen Monat konnte die polnische Tauchergruppe Baltictech um Lukasz Piotrewicz und Tomasz Stachura diesbezüglich fündig werden, nachdem sie ein Jahr lang nach dem Wrack gesucht hatte. Es liegt einige Dutzend Seemeilen vor Stolpmünde [Ustka] in 88 Metern Tiefe und wurde – obzwar kopfüber liegend, stark beschädigt und stellenweise mit zwei Meter dickem Schlack bedeckt – anhand seiner Schraube und Aufbauten zweifelsfrei identifiziert.

War das Bernsteinzimmer an Bord?

Dabei waren die Tauchgänge hinunter zur „Karlsruhe“ kompliziert und gefährlich: Die Dekompression beim Wiederaufstieg dauerte geschlagene zweieinhalb Stunden, was die Einsatzzeit vor Ort auf lediglich 30 Minuten begrenzte. Dennoch konnten die Baltictech-Mitglieder das gesunkene Schiff und dessen Ladung gründlich von außen inspizieren. Sie sichteten die Reste von Militärfahrzeugen, Geschirr aus der 1763 gegründeten Königlichen Porzellan-Manufaktur Berlin sowie zahlreiche verschlossene Kisten. Deren Inhalt ist noch völlig unklar – aber mittlerweile wird immer lauter gemunkelt, dass es sich um das Bernsteinzimmer handeln könne. Eine Überprüfung dieser Theorie ist freilich erst dann möglich, wenn das hierfür zuständige Meeresamt in Gdingen [Gdynia] die Bergung genehmigt und das heikle Unternehmen anschließend auch gelingt. Dann könnte eines der letzten großen Rätsel des Zweiten Weltkrieges und der ostpreußischen Geschichte gelöst werden.

Einstmals diente das Bernsteinzimmer als Unterpand für gute Beziehungen zwischen Preußen und Russland: 1716 machte der „Soldatenkönig“ Friedrich Wilhelm I. die auch als „achtes Weltwunder“ bezeichneten Wandvertäfelungen aus ostpreußischem



Kopfüber am Meeresgrund liegend: Könnte sich in den verschlossenen Kisten im Umfeld des Schiffswracks das verschollene Bernsteinzimmer befinden? (o.), Flüchtlingsschiffe 1945 im Hafen von Pillau (u.r.)

schem Bernstein Zar Peter dem Großen zum Geschenk. Bis 1941 befand sich das Kunstwerk im Katharinenpalast in Zarskoje Selo. In den Wirren des Zweiten Weltkrieges wurde es nach Königsberg verlagert und im dortigen Schloss ausgestellt. Als dieses in die Reichweite alliierter Bomberverbände geriet, packte man das einzigartige Kulturdenkmal in 28 Kisten, deren Spur sich nach den verheerenden Luftangriffen auf Königsberg im August 1944 verlor. Allerdings gibt es Ernst zu nehmende Hinweise darauf, dass das ursprünglich 30.000 Taler teure „pretieuse Getäffel ... eines Cabinets“ aus dem dekorativen fossilen Harz bis in den April des Jahres 1945 hinein in der ostpreußischen Hauptstadt verblieb und erst dann per Schiff den Weg nach Westen antrat.

Nach dem Zweiten Weltkrieg avancierte das Bernsteinzimmer quasi zum „Heiligen Gral“ der Schatzsuchergemeinde, welche bereits an etwa 130 Plätzen rund um

den Globus nach der verschollenen Kostbarkeit gesucht hat. Darunter in Bunkern im einstigen Mauerwald [Mamerki] in Ostpreußen, Schloss Friedland in Tschechien, dem Stollensystem im Walpersberg bei Kahla in Thüringen sowie in Königsberg selbst. Darüber hinaus wurde aber auch immer wieder gemutmaßt, dass die besagten 28 Kisten mit einem der vielen Schiffe, die Anfang 1945 an der von der deutschen Kriegsmarine organisierten groß angelegten Evakuierung von Flüchtlingen und Verwundeten aus Ostpreußen teilnahmen und dabei durch Feindeinwirkung verloren gingen, auf den Grund der Ostsee sanken.

„Karlsruhe“ an Evakuierung beteiligt

Zu den möglichen Kandidaten für den im Geheimen durchgeführten Abtransport des Bernsteinzimmers zählt der 1905 in Dienst gestellte zivile Dampfer „Karlsruhe“ der Ernst Russ Reederei. Das lediglich

897 Bruttoregistertonnen große Frachtschiff erreichte nur eine Geschwindigkeit von rund sieben bis acht Knoten. Und das wurde der „Karlsruhe“ zum Verhängnis. Nachdem sie am 11. April 1945 mit 1083 Flüchtlingen und Soldaten sowie 360 Tonnen Fracht an Bord den Hafen von Pillau verlassen hatte und dann am Folgetag im Geleitzug mit dem Dampfer „Santander“ und drei Minensuchern der Kriegsmarine weitergelaufen war, blieb sie schließlich am Morgen des 13. April hinter dem Konvoi zurück. Damit wurde das Flüchtlingsschiff eine leichte Beute für die sowjetischen Seeflieger, die gegen 9.15 Uhr nördlich der pommerschen Hafenstadt Stolpmünde angriffen und die „Karlsruhe“ mit Bomben, Torpedos und ihren Bordgeschützen attackierten, bis der Frachter schließlich in zwei Teile zerbrach und innerhalb weniger Minuten unterging, wobei wohl über 900 Menschen starben.

KÖNIGSBERG

Gripeschutzimpfung in Zeiten der Pandemie

Mobile Impfstationen sind im nördlichen Ostpreußen unterwegs – Viele warten lieber auf die Corona-Impfung

Am 9. September hat im Königsberger Gebiet eine Kampagne zur diesjährigen Gripeschutzimpfung begonnen. Die Möglichkeit, sich impfen zu lassen, wird wie in den Vorjahren an mobilen medizinischen Punkten angeboten, die mit allem ausgestattet sind, was zur Immunisierung der Bevölkerung notwendig ist. Ihre Öffnungszeiten sind unterschiedlich, die meisten orientieren sich aber an der üblichen Arbeitszeit. Für die Impfung müssen die Patienten einen Personalausweis und ihre Versicherungskarte mitbringen. Geimpft werden in Königsberg alle Bürger über 18.

Die meisten Impfmobile sind in der Nähe von Läden der Ketten „Spar“ und „Viktoria“ platziert. Zwar können die Patienten sich nach wie vor auch in einer Poliklinik ihres Wohnorts impfen lassen, aber die meisten ziehen die mobilen Impfstationen vor, weil sie bequem und zeitsparend er-

reichbar sind. Darüber hinaus befinden diese sich im Freien, sodass Impfwillige die Prozedur über sich ergehen lassen können, ohne sich lange in geschlossenen Räumen aufhalten zu müssen.

In Königsberg sind es Busse, die auf dem Platz am Haus der Räte und auf dem

Hansaplatz stehen. Letzterer erfreut sich besonderer Beliebtheit. Es sind vor allem Menschen mittleren Alters, die sich impfen lassen. Nach Angaben von Jelena Babura, der leitenden Sanitätsärztin des Königsberger Gebiets, wurden im September etwa 230.000 Einwohner der Region

gegen Grippe geimpft. Im laufenden Monat werden die Impfungen fortgesetzt.

Allerdings gibt es über Sinn und Effektivität einer Gripeschutzimpfung in Zeiten der Corona-Pandemie unterschiedliche Meinungen. Einige glauben, dass eine Impfung gegen Influenza die körpereigenen Abwehrkräfte schwäche und den Organismus daran hindere, das Coronavirus zu bekämpfen, falls man sich damit anstecke. Viele Menschen fragen sich, ob es überhaupt noch angebracht sei, sich gegen Grippe impfen zu lassen, und ob es nicht besser sei, die angekündigte Massenimpfung gegen Corona abzuwarten, zumal der erste russische Impfstoff „Sputnik V“ bereits registriert und am 8. September in Umlauf gebracht wurde.

Zunächst wurden Menschen aus Risikogruppen damit geimpft, allen voran medizinisches Personal und Lehrer. Offen-

MELDUNGEN

Burg wartet auf Käufer

Mehlsack – Der Bauzustand von Burg Mehlsack wird immer schlechter. Die Stadt sucht daher einen Investor, der sie kauft und restauriert. Es soll ein Kultur- und Bildungszentrum, ein Kongresszentrum oder ein Hotel entstehen. Die Burg ist eines der ältesten Gebäude in der Region. Erbaut wurde sie im 14. Jahrhundert durch die ermländischen Bischöfe. Die Restaurierung des Gebäudes ist mit enormen Kosten verbunden. Allein die Sanierung des Daches erfordert umgerechnet etwa 222.000 Euro. Im Jahr 2000 hatte die Stadt die Burg bereits einem privaten Unternehmer verkauft, der jedoch seiner Verpflichtung zum Erhalt des historischen Denkmals nicht nachkam. 2014 hat das Amtsgericht in Braunsberg die Rückgabe der Immobilie an die Stadt verfügt. Jetzt will sie das Denkmal erneut verkaufen. Die Stadt Mehlsack führt Gespräche mit potenziellen Investoren, die neues Leben in das historische Objekt bringen sollen. PAZ

Ratsmitglied gesucht

Reimannswald – Nach den Nachwahlen in Reimannswald, Kreis Treuburg, gibt es Probleme, den Gemeinderat zu besetzen. Die Nachwahlen wurden aufgrund des Fehlens von Kandidaten bereits zweimal verschoben. Im November vorigen Jahres verstarb das Ratsmitglied Zdzislaw Kosobudzki. Sein Mandat erlosch. Die Nachwahl sollte in diesem Jahr am 1. März stattfinden, aber sie wurde abgesagt, weil es an interessierten Kandidaten mangelte. Der neue Termin wurde auf den 25. Oktober festgelegt. Aber bislang hat sich niemand beworben, und der Wahlleiter entschied, dass das Mandat bis zum Ende der Wahlperiode unbesetzt bleibt. Der Rat der Gemeinde wird nun mit 14 Mitgliedern weiterarbeiten. PAZ



Ein Impfmobil in der Nähe des Hansaplatzes in Königsberg: Angesichts der Marktreife des russischen Corona-Impfstoffs „Sputnik V“ diskutieren viele eifrig über den Sinn einer gleichzeitigen Grippeimpfung

Foto: J.T.

Jurij Tschernyschew

Wir gratulieren...



ZUM 103. GEBURTSTAG

Regge, Elfriede, geb. Lipka, aus Treuburg, am 28. Oktober

ZUM 102. GEBURTSTAG

Wiedenhöft, Frieda, geb. Strauß, aus Nalegau, Kreis Wehlau, am 23. Oktober

ZUM 100. GEBURTSTAG

Baumgart, Erwin, aus Georgenforst, Kreis Elchniederung, am 24. Oktober
Kock, Elsbeth, geb. Kinski, aus Lyck, am 24. Oktober

ZUM 99. GEBURTSTAG

Grube, Christel, geb. Meier, aus Wargienen, Kreis Wehlau, am 23. Oktober
Maseizik, Heinz, aus Lyck, Morgenstraße 32, am 28. Oktober
Nothhorn, Christel, geb. Mischkewitz, aus Lyck, Memeler Weg 1, am 28. Oktober

ZUM 98. GEBURTSTAG

Eberhardt, Gertrud, geb. Gnosa, aus Treuburg, am 23. Oktober
Gürges, Helene, geb. Adamus, aus

Nußberg, Kreis Lyck, am 28. Oktober
Stanko, Edith, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 28. Oktober
Taulien, Erna, aus Heiligenbeil, am 7. Oktober

ANZEIGE
Masuren und Danzig
Reisen mit der MS CLASSIC LADY
Tel. 07154/131830 www.dnv-tours.de

ZUM 97. GEBURTSTAG

Hartel, Irmgard, geb. Schmidt, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 26. Oktober
Kalkowski, Heinz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Klein, Gisela, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 24. Oktober
Niebaum, Helga, geb. Liedtke, aus Neuendorf, Kreis Elchniederung, am 29. Oktober
Packhäuser, Hertha, geb. Kuberka, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 24. Oktober
Porr, Kurt, aus Powayen, Kreis Fischhausen, am 29. Oktober
Soth, Irmgard, geb. Kukowski, aus Lyck, Bismarckstraße 57, am 23. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Pankuweit, Heinrich, Kreisgemeinschaft Wehlau, am

23. Oktober
Peter, Herta, aus Lyck, am 26. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Büssenschütt, Frau, aus Königsberg, Kreis Heiligenbeil, am 26. Oktober
Frommberg, Gerhard, aus Niedenau, Kreis Neidenburg, am 25. Oktober
Heinemann, Annemarie, geb. Moselewski, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 24. Oktober
Kotowski, Dr. Hartmut, aus Lyck, am 25. Oktober
Maak, Luci, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 26. Oktober
Neumann, Ernst, aus Langendorf, Kreis Wehlau, am 26. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bergmann, Ursula, geb. Monsehr, aus Treuburg, am 23. Oktober
Grunert, Hildegard, geb. Jerosch, aus Alt Kiwitten, Kreis Ortelsburg, am 28. Oktober
Kollo, Irmgard, geb. Pokar, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 28. Oktober
Koyro, Friedhelm, aus Lissen, Kreis Lyck, am 25. Oktober
Szeimies, Arno, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 28. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Albin, Kurt, aus Treuburg, am 26. Oktober
Mendritzki, Agnes, geb. Bittkowski, aus Balden, Kreis Neidenburg, am 28. Oktober
Putzler, Irmgard, geb. Hahn, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Oktober
Rothkamm, Hans, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 24. Oktober
Scherwinzky, Otto, aus Scharfenneck, Kreis Ebenrode, am 26. Oktober
Sedat, Horst, aus Argental, Kreis

Elchniederung, am 27. Oktober
Weinfurter, Ruth, geb. Bratumil, aus Lyck, Falkstraße 2, am 28. Oktober
Wesolowski, Herta, geb. Tiburski, aus Luckau, Kreis Ortelsburg, am 29. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bodenstein, Hugo, aus Soltmahren, Kreis Lyck, am 27. Oktober
Grigsdat, Manfred, aus Amtal, Kreis Elchniederung, am 28. Oktober
Hesse, Ruth, geb. Napierski, aus Neidenburg, am 28. Oktober
Hinze, Lydia, geb. Preuß, aus Schatzberg, Kreis Preußisch Eylau, am 24. Oktober
Holstein, Bruno, aus Tölteninken, Kreis Wehlau, am 27. Oktober
Marzik, Eva, geb. Baschek, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 29. Oktober
Werlich, Irmgard, geb. Bolk, aus Kreuzborn, Kreis Lyck, am 26. Oktober

ANZEIGE
Wendelin Schlosser
„Die Deutschen unter dem Damoklesschwert“
August von Goethe Literaturverlag:
ISBN: 978-3-8372-2220-3
314 Seiten, € 18,80

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bormann, Ruth, geb. Schröter, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 29. Oktober
Brzoska, Lotte, geb. Taday, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 23. Oktober
Cittrich, Georg, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 26. Oktober
Dohmann, Käthe, geb. Jakubzik, aus Keinheidenau, Kreis Ortelsburg, am 23. Oktober
Himmel, Liesbeth, geb. Klingschat, aus Germingen, Kreis Ebenrode, am 26. Oktober
Hofmann, Helene, geb. Scherel-

Io, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 26. Oktober
Knaack, Lieselotte, geb. Milewski, aus Kiöwen, Kreis Treuburg, am 29. Oktober
Plöhn, Margarete, geb. Krebsties, aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, am 23. Oktober
Rogowski, Brigitte, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 28. Oktober
Schiller, Ruth, geb. Hafke, aus Königsberg, am 28. Oktober
Trzaska, Max, aus Rauschken, Kreis Ortelsburg, am 26. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Coswig, Karl-Heinz, aus Haselberg, Kreis Schloßberg, am 29. Oktober
Fallenbeck, Brigitta, geb. Borchert, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 28. Oktober
Franke, Anneliese, geb. Piayda, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 25. Oktober
Gande, Ursula, aus Groß Herme-nau, Kreis Mohrunen, am 26. Oktober
Hinze, Dieter, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 26. Oktober
Konietzko, Paul, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 27. Oktober
Kopatz, Ostfried, aus Ortelsburg, am 29. Oktober
Krahn, Elisabeth, geb. Przetak, aus Mohrunen, am 29. Oktober
Nagorny, Irmgard, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 28. Oktober
Peterson, Christel, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 29. Oktober
Sczegan, Reinhold, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 27. Oktober
Topp, Waltraud, geb. Domnowski, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 27. Oktober
Wasilewski, Ursel, geb. Kamin-ski, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 25. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Arndt, Ingrid, geb. Hoppe, aus Wehlau, am 26. Oktober
Blücher, Rosemarie, geb. Wruck,

aus Niedenau Abbau, Kreis Neidenburg, am 28. Oktober
Brekle, Ursula, geb. Slomianka, aus Dullen, Kreis Treuburg, am 23. Oktober
Buttkewitz, Lydia, aus Seliggen, Kreis Lyck, am 27. Oktober
Galka, Gustav, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 24. Oktober
Grundmann, Peter, aus Neidenburg, am 26. Oktober
Henrichs, Inge, geb. Broyer, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 27. Oktober
Lockowandt, Christel, aus Laschmieden, Kreis Lyck, am 23. Oktober
Makrutzki, Jürgen, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 26. Oktober
Niedzwetzki, Edeltraud, aus Dingeln, Kreis Treuburg, am 27. Oktober
Niemzik, Jörg, aus Treuburg, am 28. Oktober
Paczenski, Gerda, geb. Moldenhauer, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 27. Oktober
Saager, Siegfried, geb. Maurer, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 26. Oktober
Slopianka, Peter, aus Rastenburg, Hindenburg-Straße 10, am 28. Oktober

ZUM 75. GEBURTSTAG

Kemmereit, Hans, aus Ebenrode, am 27. Oktober

Wirken Sie mit an der Stiftung »Zukunft für Ostpreußen!«
Fürst Fugger Privatbank
IBAN: DE66 7203 0014 1001 8349 83
BIC: FUBKDE71

Vilko vaikai = Wolfskinder

11 Lebensberichte mit deutschen Untertiteln: <https://www.youtube.com/playlist?list=PLLRjhgCi9YJ6nZ-3dTbvKY--EAWYDF>

Mehr zum Thema: <https://www.myheimat.de/2698711> + <https://www.myheimat.de/2949122>

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

- Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
- Prämie Nr. 1 (Moderner Leuchtglobus) oder
- Prämie Nr. 2 (Renaissance-Leuchtglobus).

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

- Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-04-R



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Prämie 1: Moderner Leuchtglobus



Prämie 1: Moderner Leuchtglobus
Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebenen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.



Prämie 2: Renaissance-Leuchtglobus

Prämie 2: Renaissance-Leuchtglobus
Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfönd, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouen von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Baden-Württemberg

Vorsitzende: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luetlich@web.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219 (Sprechstunden nach Vereinbarung)

Geburtstag - Landsmannschaft Ost- und Westpreußens feierte 70-jähriges Bestehen. Auflösung der Kreisgruppe zum Jahressende

Die Reutlinger Seele Ostpreußens
Reutlingen - Am Samstag feierte die Reutlinger Kreisgruppe der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen (LOW) ihr 70-jähriges Bestehen, in dessen Rahmen Oberbürgermeister Thomas Keck der langjährigen Vorstandsvorsitzenden Ilse Hunger die Verdienstmedaille der Stadt Reutlingen verlieh. Es wird die letzte Feier sein: Die Kreisgruppe wird zum 31. Dezember aufgelöst, weil sich trotz längerer Suche kein Nachfolger für Ilse Hunger fand.

Vor zehn Jahren, bei der 60-jährigen Jubiläumsfeier, hatte Ilse Hunger auf die Frage von Barbara Bosch, ob sie hier angekommen sei, noch mit „nein“ geantwortet. Doch vor gut zwei Jahren stellte ihr die damalige Oberbürgermeisterin dieselbe Frage und dieses Mal sagte sie „ja“. Obwohl sich die 89-jährige Vorsitzende der Kreisgruppe Reutlingen inzwischen in ihrem Wohnort Betzingen zu Hause fühlt, war und bleibt Ostpreußen ihre Heimat. In ihrer bewegenden Begrüßungsansprache erinnerte Ilse Hunger an ihre rund zwölf Millionen Landsleute, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs Haus und Hof verließen, um vor der Roten Armee in Richtung Westen in eine ungewisse Zukunft zu fliehen: „Viele erreichten vor 75 Jahren das rettende Ufer nicht und Tausende verloren ihr Leben.“

Grenzüberschreitende Arbeit
Oberbürgermeister Thomas Keck betonte in seinem Grußwort, dass die Wunden, die Flucht und Vertreibung verursacht haben, auch heute noch nicht verheilt seien. Aber die Reaktion der Heimatvertriebenen sei nicht Rache oder Vergeltung gewesen, sondern vielmehr der in ihrer Satzung verankerte Anspruch, „Frieden in einem vereinten Europa einzufordern“. Dabei trafen damals viele Vertriebene im Westen „auf gedämpfte Gastfreundschaft und nicht selten auf Ablehnung“, so der Oberbürgermeister. Nachgeborene könnten heute schwer erfassen, wie es damals in den Menschen aus Ost- und Westpreußen aussah. Umso beeindruckender, wie sie trotz aller Widerstände „die enorme Kraft für einen Neuanfang aufgebracht haben“.

In seinem Grußwort würdigte Thomas Keck das Engagement von Ilse Hunger, deren Biografie in die 70-jährige Vereinszeit der Reutlinger Landsmannschaft eingebettet war. Ilse Hunger, seit 15 Jahren Vorsitzende der Reutlinger Kreisgruppe, leistete nicht nur fürsorgliche und grenzüberschreitende Arbeit für die Landsmannschaft, „sie verkörperte hier die Seele Ostpreußens“, so Thomas Keck. In der Zeit nach 1990 habe sie 22 Fahrten nach Ostpreußen als Helferin unternommen, Reisen für Landsleute in ihre Heimat organisiert und ein

Waisenhaus mit Stühlen, einem ersten Computer und „sogar mit zwei Kühen versorgt“. Thomas Keck würdigte Ilse Hunger „als wichtige Zeitzeugin deutscher Geschichte und kulturschaffende Persönlichkeit“. Dafür verlieh er ihr die Verdienstmedaille der Stadt Reutlingen „mit einem kleinen finanziellen Gruß“.

Auch Uta Lüttich, die Landesvorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen, rühmte Ilse Hunger als eine Frau, „die immer mit beiden Beinen auf dem Boden stand“. In ihrer Festansprache ging sie auf die 750-jährige Geschichte des heutigen polnischen und russischen Gebiets östlich der Oder-Neiße-Linie ein und erinnerte an die großen Dichter, Denker und Künstler Ost- und Westpreußens von der Christianisierung des Deutschen Ordens bis heute: „Unser wertvollstes Gut ist die Erinnerung“, so ihr Credo, denn Geschichte sei viel zu wichtig, „um sie den Historikern zu überlassen.“ Ost- und Westpreußen gehörten ebenso wie Schlesien zur deutschen Identität und habe „nicht nur eine deutsche, sondern auch europäische Kulturgeschichte.“

Die wegen der Corona-Pandemie mit weniger Gästen ausgetragene 70-Jahr-Feier wurde mit Glockenläuten vom Königsberger Dom und der Marienkirche offiziell eröffnet, Andreas Praß übernahm die Totenehrung und zwischen den Gruß Worten sorgten die Professoren-Band und der Trompeter Aaron Kaltwasser für die musikalische Unterhaltung. (GEA)

Für ihr langjähriges Engagement in der Reutlinger Kreisgruppe der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen verlieh Oberbürgermeister Thomas Keck der 89-jährigen Ilse Hunger die Verdienstmedaille der Stadt.

Von Jürgen Spiess



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Einladung zur Landeskulturtagung 2020 der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen in Bayern am 31.10.2020 in Ansbach / am 01.11.2020 in Ellingen

Landesgruppe - Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Landsleute, liebe Freunde Ost- und Westpreußens, angesichts der bekannten Einschränkungen können wir bei unserem Tagungsteil am Samstag, den 31. Oktober 2020, in dem „Grünen Saal“ der Orangerie in Ansbach einem größeren Kreis die Teilnahme ermöglichen. Bei dem folgenden Tagungsteil am Sonntag, den 1. November 2020 kann nur eine begrenzte Anzahl von Teilnehmern zugelassen werden. Hier kann es zu Absagen kommen, wofür ich schon heute um Verständnis bitte.

Bitte melden Sie sich daher sobald, jedenfalls bis spätestens 26. Oktober 2020, eingehend bei mir an, damit wir den Überblick behalten. Bitte füllen Sie dazu das Anmeldeformular vollständig aus. Geben Sie bitte diese Einladung an Landsleute und Freunde Ost- und Westpreußens weiter, die wir nicht per ePost erreichen können. Bitte haben Sie Verständnis, dass eine Teilnahme ohne rechtzeitige An-

meldung nicht möglich ist.

Gerne sind uns, wie immer, interessierte Gäste willkommen. Sprechen Sie daher alle Freunde Ost- und Westpreußens an und melden Sie diese gegebenenfalls auch an. Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung und freue mich auf eine interessante Kulturtagung mit einer ganzen Reihe interessanter Vorträge, mit guten Gesprächen.

Ich freue mich auf unsere Landeskulturtagung 2020, die nun endlich stattfinden kann und bin mit heimatischen Grüßen

Ihr
Dr. Jürgen Danowski
Landeskulturreferent
Ost- und Westpreußen in Bayern

Tag der Heimat 2020, Bund der Vertriebenen (BdV), Kreisgruppe Hof

Hof - Sie haben viel verloren - oft alles -, vieles erlitten und dann in der neuen Heimat mit angepackt, diese gestaltet und bereichert, auch in Hof. So lautete die Quintessenz von Oberbürgermeisterin Eva Döhla bei ihrem ersten Grußwort anlässlich der Veranstaltung zum Tag der Heimat 2020 in Hof. Corona geschuldet traf man sich im Freien vor dem Ehrenmal der Vertriebenen an der Blücherstraße. Entworfen vom ehemaligen Vorsitzenden der Hofer Ortsgruppe der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Rolf Burchard, und gebaut von der Firma Czarnetzki, deren Besitzer als Flüchtling nach dem Krieg in Hof Fuß gefasst hatte, steht es sinnbildlich für das geteilte Deutschland und die verlorenen Ostgebiete. BdV-Vorsitzender Christian Joachim begrüßte eine große Schar Kommunalpolitiker aus Stadt und Landkreis Hof sowie Heimatvertriebene aus Hof und Naila. Das Leitwort „70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ war das Thema seiner Ausführungen. Das Ganze geht zurück auf die Proklamation am 6. August 1950, bei der die Charta der deutschen Heimatvertriebenen verkündet wurde. In ihr wird ein Verzicht auf Vergeltung für das erlebte Leid ausgesprochen und als Ziel ein gemeinsames friedliches Europa formuliert. Anlässlich dieses Jahrestages gilt es nach Christian Joachim daran zu erinnern, dass Flucht, Vertreibung, Deportation und Zwangsarbeit zwar Massenschicksale waren, aber auch millionenfaches individuelles Leid verursachten. Auch in der heutigen Zeit ist ein kritischer Blick auf Geschichte und Gegenwart nötig, um ein friedliches Zusammenleben zu sichern und Vertreibungen für immer zu ächten. Das Totengedenken von Jochen Ulshöfer und die anschließende Kranzniederlegung im Gedenken an die Millionen Opfer der Weltkriege rundeten die Veranstaltung ab. Für die musikalische Gestaltung sorgte in bewährter Weise der Posaunenchor der Lutherkirche.



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151) 148788

Landesbeauftragte besucht BdV-Damen bei 34. Klöppelwoche in der Rhön

Poppenhausen-Rodholz - Seit Jahrzehnten widmet sich eine hessische Frauengruppe des Bundes der Vertriebenen (BdV) der faszinierenden Handwerkskunst des Klöppelns.

Zum 34. Mal kamen die Damen zum gemeinsamen Handarbeiten in der Rhön zusammen und trafen sich wie in vielen Jahren zuvor in Poppenhausen /Rodholz. Landesbeauftragte Ziegler-Raschdorf besuchte die motivierten, fleißigen Damen, erfuhr viel über die Kulturtechnik des Klöppelns und konnte wahre Spitzenkunstwerke in den unterschiedlichsten Schwierigkeitsgraden und Fertigungsstadien bestaunen.

Die alte, seit dem 16. Jahrhundert bekannte, traditionelle Handwerkstechnik des Klöppelns wurde vor allen Dingen in den östlichen Ländern, dem Erzgebirge, dem östlichen Niedersachsen und in Franken gepflegt und von den Heimatvertriebenen Frauen in den Westen Deutschlands mitgebracht. Die Kunst des Klöppelns wurde von Generation zu Generation weitergegeben und ist somit als immaterielles Kulturerbe zu verstehen.

Der Ursprung des Klöppelns liegt in dem Bemühen, den Rändern von Stoffen und Kleidungsstücken eine feste und gleichzeitig dekorative Kante zu geben. Aus Variationen des ursprünglichen Flechtens wurden so aus losen Fransen schmückende Ränder an der Kleidung der Reichen, erst Flechtspitzen und später Klöppelspitzen. Die Technik des Klöppelns beruht auf einem systematischen Wechsel von Verdrehen, Verkneipen und Verknüpfen der Fäden, welche an Holzklöppeln befestigt sind, die bei der Arbeit leise klappern und vermutlich daher zu ihrem Namen gekommen sind. Grundlage jeder Fertigung bildet der „Klöppelbrief“, eine Mustervorlage, deren Wert in der künstlerischen Gestaltung wie auch in der mathematischen und geometrischen Berechnung liegt. Die Klöppelbriefe stehen im Urheberrecht. Nur wenige Handklöppler/innen sind in der Lage neue Muster zu entwerfen und zu entwickeln.

Bei ihrer Arbeit sitzen die handarbeitenden Frauen an ihren rollen-förmigen Klöppelkissen, auf denen die Klöppelarbeit mit Stecknadeln fixiert ist und an denen meist paarweise bis zu mehrere Hundert Klöppel befestigt sind. Durch Kreuzen und Drehen der Klöppel werden die Fäden nach der Mustervorlage des Klöppelbriefes miteinander verschlungen und verflochten. Durch Hinzunahme zusätzlicher Fäden, stetes Wechseln derselben untereinander und Abgrenzen der Formen mittels der eingesteckten Nadeln gelangen die Drehungen und Kreuzungen, Schläge genannt, zur Musterbildung. Die unterschiedlichen Schlagarten, mit denen geklöppelt wird, heißen Flechte, Formen-schlag, Leinenschlag, Löcher-schlag, Gimpenschlag usw. Gegenseitige Beratung und Fachsimpelei über die Handarbeitstechnik und Hilfestellung bei der Ausführung sind innerhalb der Frauengruppe selbstverständlich.

Landesbeauftragte Ziegler-Raschdorf dankte insbesondere Landesfrauenreferentin Frau Rosemarie Kretschmer für ihren jahrzehntelangen Einsatz und die Organisation der Klöppelwoche, die die Frauen immer wieder in vertrauter Runde zusammenführe,

aber auch Neuhinzukommende in die Gemeinschaft einbeziehe. Die Pflege der aufwändigen, zeitintensiven und faszinierenden Handarbeit des Klöppelns sei wertvoll und bewahre diese alte Kulturtechnik vor dem Vergessenwerden. Als Teil der Identität und Kultur der Heimatvertriebenen gelte es, diese zu erhalten und weiterzugeben. „Ich bewundere ihre Ausdauer, Geschicklichkeit und beachtenswerte Geduld mit der Sie diese Tradition weiterführen. Besonders freue ich mich, dass in diesem Jahr der BdV-Landesverband Hessen die traditionsreiche Klöppelwoche in einem Dokumentarfilm festhält und das einzigartige Textilhandwerk dokumentiert“, äußerte Ziegler-Raschdorf im Rahmen ihres Grußwortes beim gemeinsamen Gespräch am Kaffeetisch.

Neben der Handarbeit pflegten die Damen gemeinsame Erinnerungen und tauschten sich über ihre Lebenswege aus. So sei die jährliche Klöppelwoche seit Jahrzehnten ein überaus positiver, identitätsstiftender und gemeinschaftsfördernder Termin, auf den man sich immer wieder aufs Neue freuen könne.



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenu, Tel.: (05901) 2968

Braunschweig-Stadt - Am Mittwoch, 28. Oktober 2020, 15 Uhr, Monatsversammlung in der Gaststätte „Mahlzeit“, Braunschweig, Kälberwiese 13 a

Bericht über unsere Versammlung am 14. Oktober 2020

Oldenburg - Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg traf sich unter Berücksichtigung aller Maßnahmen gegen eine Corona-Infektion zu einem ostpreußischen Nachmittags. Zum Erntedank hatten wir dieses Jahr keinen Basar mit Produkten der diesjährigen Ernte, sondern neben kurzen Textbeiträgen zum Erntedank eine Lesung von der Kammerschauspielerin Elfi Hoppe, gebürtig aus Labiau, Ostpreußen, heute Oldenburg. Sie las uns Erzählungen aus ihrem Buch „Marthelchen“, in dem sie Kurzgeschichten über Erlebtes mit ihrer Tante Martha - „Marthelchen“ - aufgeschrieben hatte. Sie hatte von ihrer Tante die ostpreußische Mundart erlernt und so las sie diese Geschichten auch in Mundart. Verständlich für jedermann und kurzweilig vorgetragen schuf sie eine ostpreußische Atmosphäre, auch ohne Lieder, die uns an die Heimat erinnerten.

Bei unserem nächsten Treffen am 11. November - im Stadthotel, Hauptstraße 38 in 26122 Oldenburg - Eversten, um 15.00 Uhr - sehen wir den Video-Film: „Hindenburg-Kaserne in Oldenburg-Krey-

enbrück, Geschichte einer Kaserne.“ Es wird die Zeit thematisiert, als die Kaserne bis 1955 Flüchtlingslager war. Mitglieder und Freunde sind herzlich willkommen, sie müssen sich allerdings anmelden: Dr. Gisela Borchers, Telefon 0173 451 2585.

Dr. Gisela Borchers
Vorsitzende der Landsmannschaft der Ostpreußen und Westpreußen,
Oldenburg



Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Jürgen Zauner, **Stellv. Vorsitzende:** Klaus-Arno Lemke und Dr. Bärbel Beutner, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel.: (02964)1037. Fax (02964)945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Düren - Die Landsmannschaft Ost-Westpreußen Kreisgruppe Düren feierte am 07.10.2020 im kleinen Kreis ihr Erntedankfest. Der Tisch war festlich geschmückt mit Ernterzeugnissen, Gemüse, Obst, Nüssen, und Blumen.

Es wurde viel erzählt wie es früher in der Heimat zugegangen war, lustige Anekdoten von der Kartoffel- und Rübenenernte. In der Nachbarschaft wurde sich bei der Ernte geholfen, wir Kinder hatten dabei großen Spaß, trotz der schweren Kartoffelkörbe. Wir hatten aber noch einen Grund zum Feiern, die Eheleute Ernst-Joseph und Gerda-Marie Wornowski hatten am 03.10.2020 das Fest der Diamanten-Hochzeit gefeiert. Es wurde mit Sekt angestoßen und gratuliert. Die Vorsitzende vom BdV, Ursula Kluge, überreichte dem Jubelpaar einen Blumenstrauß.

Das Ehepaar Ernst und Gerda Wornowski geb. Motzki ist 1971 aus Allenstein, Ostpreußen, nach jahrelangem Bemühen, mit zwei Töchtern über Friedland, Unna-Massen am 26. Februar 1971 in Düren angekommen. Sie hatten keine Umschulung und sind sofort ins Arbeitsleben eingestiegen. Ernst fand eine Anstellung bei den Ford-Werken in Düren und blieb dort bis zum Renteneintritt. Ehefrau Gerda war 14 Jahre bei der Tuchfabrik tätig, wechselte nach deren Schließung ebenfalls zu den Ford-Werken. Sie hatten sich schnell integriert in Düren, ohne die alte Heimat zu vergessen. Seit fast 50 Jahren gehören sie zur der Landsmannschaft Ost-Westpreußen Kreisgruppe Düren an. Ernst ist seit 1994 Schatzmeister im Verein, Gerda ist seit 2016 Erste Vorsitzende in der Landsmannschaft. Sie wurden mit der Silbernen Nadel für das Engagement und Treue zur Heimat von der Landesgruppe NRW, sowie mit der Goldenen Ehrennadel vom BdV ausgezeichnet.

Ihre Hobbys: Wandern, Tanzen, und Reisen mit dem Wohnmobil, stehen gesundheitliche Probleme entgegen. Sie organisieren die Heimatabende in der Landsmannschaft, durch die Corona-Epidemie ist vieles ausgefallen.

Wir halten uns an die Vorkehrungen und machen unsere Heimatabende im kleinen Kreis weiter. Am 04.11.2020 gedenken wir unseren Toten der beiden Weltkriege, am Volkstrauertag, dem 15.11.2020 gehen wir individuell zum Friedhof, und nicht wie in den vergange-

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

nen Jahren gemeinschaftlich mit Kranz-Niederlegung. Die Adventsfeier ist am 02.12.2020 geplant. Corona bestimmt unser Leben.

Vom Westfälischen Frieden 1648 zum Weltkulturerbe der UNESCO

Wuppertal - Zu den Informationen der im vergangenen Jahr durchgeführten Fahrt nach Münster ist Folgendes nachzutragen: die 1. Vorsitzende Helga Piontek und Kassenwartin Lilia Lau, beide von der LMO haben diesen Sommer an einer Fahrt nach Schlesien teilge-

nommen und die Friedenskirche in Schweidnitz besucht. Diese Kirche ist eine von dreien, die laut Beschluss des Westfälischen Friedens zu Münster/Osnabrück den Evangelischen in Schlesien unter besonderen Bedingungen gestattet zu bauen, daher der Name „Friedenskirche“.

Die Kirche musste innerhalb eines Jahres fertig sein, ein Glockenturm war nicht erlaubt, als Baumaterial durften nur Holz und Lehm benutzt werden und ihr Standort lag außerhalb des Ortes. Die Kirche wurde nach nur zeh-

monatiger Bauzeit in Fachwerkkonstruktion 1656/57 fertiggestellt.

Der Innenraum wurde über mehrere Jahrzehnte von verschiedenen Persönlichkeiten immer prachtvoller und beeindruckender gestaltet, sodass der Besucher über diesen Prunk sehr überrascht ist. Als das Glockenturmverbot aufgehoben wurde, kam ein kleiner Turm mit einer Glocke dazu.

Seit dem Jahre 2002 zählt die Kirche zum Weltkulturerbe der UNESCO. Seit 2000 findet jedes Jahr im Sommer ein Bach-Festival statt, da einst ein Schüler von Johann Sebastian Bach dort Organist war.

Es ist ein besonderes Erlebnis dort inmitten der vielen biblischen Figuren, unter der wunderschönen Deckenbemalung, einem Konzert zu lauschen.



Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

103-Jähriger referiert: Die ersten Jahre nach dem Krieg

Elmshorn - Um die ersten Jahre nach dem 2. Weltkrieg geht es in einer Vortragsveranstaltung des Elmshorner Mehrgenerationenhauses „Forum Baltikum - Dittchenbühne“ am Montag, 23. November 2020, um 15 Uhr. Zeitzeuge und Referent ist der 103 Jahre alte Heinz Oertel aus Bönningstedt, ältester Bewohner des Kreises Pinneberg und Journalist, der noch heute hin und wieder für die Presse schreibt. Oertel war viele Jahre lang

Lehrer an der Ellerbeker Hermann-Löns-Schule und initiierte die Volkshochschule Bönningstedt mit.

In Bezug auf diese Veranstaltungen unterstrich Dittchenbühnen-Chef Raimar Neufeldt: „Die Veranstaltung findet selbstverständlich unter Berücksichtigung der aktuellen Corona-Bestimmungen statt!“

Nähere Informationen und Anmeldung beim „Forum Baltikum - Dittchenbühne“, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn. Telefon: 04121/89710; E-Mail: buero@dittchenbuehne.de, Preis: 10 Euro pro Ticket.

„Herbstblätter in Vicelin“

Kiel - Am 31. Oktober und 1. November 2020 stellt die Arbeitsgemeinschaft „Hilfe für Euch“ wieder ihre wertvollen Handarbeiten im Gemeindehaus Vicelin, Kiel, Harmsstraße/Paul-Fleming-Straße 2 zum Verkauf aus. Diese wurden in Ostpreußen von Frauen hergestellt, die mit ihrer Kunstfertigkeit für ihre Familien oder für sich ein Zubrot erarbeiteten.

Die vorbereiteten Materialien wurden von Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft auf ihren Hilfsfahrten dorthin mitgenommen und fertige Arbeiten wieder abgeholt. Die Mitglieder arbeiten sämtlich ehrenamtlich. In diesem Herbst werden Handarbeiten angeboten, die zum Thema »Herbst« passen und eine Vorschau auf Weihnachten geben - Decken, Kissen und Tischbänder sowie Schönes und Praktisches für Küche und Bad. Für die kalte Jahreszeit fehlen Socken und Handschuhe nicht.

Für diejenigen, die sich etwas Süßes gönnen möchten, bietet die Arbeitsgemeinschaft Kaffee und hausgemachten Kuchen sowie Ho-

ANZEIGE

VERMISST
KÄTHE CLARA KEMPF
geb. 10.02.1898 Königsberg /Pr.

Das Schicksal meiner Großmutter konnte ich bis heute trotz intensivster Bemühungen nicht aufklären. Nach Angaben meiner Eltern sei sie seit 1945 in Ostpreußen vermisst. Nach dem Tod meiner Eltern fand ich ihren Namen in einem dänischen Kirchenbucheintrag in Tönder neben Flüchtlingen aus Pillau. Leider ohne Geburtsdatum. Die Archiv-anfrage ergab, dass die Karteikarte nicht vorhanden sei. Die Anfrage beim DRK Suchdienst im Jahr 2016 ergab, dass meine Großmutter am 16.6.1950 ihre Nachkriegsadresse in Aumühle bei ihrer Tochter angegeben hatte. Sie hat dort aber gesichert nicht gelebt. Sie ist weder in Melde- noch Sterberegistern in Hamburg oder Aumühle verzeichnet. Sie hatte eine Schwester in Berlin und ihre jüngste Schwester in Hamburg, die einen mir unbekanntem Adoptionsnamen getragen hat. Vielleicht kann doch noch jemand Hinweise auf den Verbleib meiner Großmutter geben?
Chiffre 208319

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. im Jahr 2020

Trotz der Corona-Krise sind für die zweite Jahreshälfte folgende Veranstaltungen geplant:

6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden der LO (geschlossener Teilnehmerkreis)

7./8. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)

8. bis 11. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Wegen der Corona-Pandemie kann es zu Absagen einzelner Veranstaltungen kommen. Bitte informieren Sie sich vorab bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 41400826, E-Mail:

info@ostpreussen.de oder im Internet unter www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Der geplante Festakt „100 Jahre Volksabstimmung“ in Allenstein musste wegen der aktuellen Lage leider abgesagt werden. Um dennoch dieses historischen Ereignisses gedenken zu können, haben die Referenten ihre geplanten Vorträge per Kamera aufgezeichnet. Die Videos zu dieser virtuellen Gedenkveranstaltung finden Sie unter: www.paz.de/volksabstimmung

Bitte vormerken für 2021: Jahrestreffen der Ostpreußen, 5. Juni 2021, CongressPark Wolfsburg

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimatarbeit“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt.

Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

nig aus Ostpreußen, Bärenfang, besondere Marmeladen und Konfekt an. Die beliebten Rezeptbüchlein, Fotokarten, Scherenschnitte und andere Geschenkartikel sind ebenfalls zu erwerben. Der Erlös kommt einerseits den Frauen zugute, die die Arbeiten gefertigt haben, sowie ca. 80 Familien, die die Arbeitsgemeinschaft seit Jahrzehnten ehrenamtlich unterstützt.

Wer die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft kennenlernen oder weiterhin unterstützen möchte, hat dazu Gelegenheit, am Sonnabend und Sonntag, 31. Oktober und 1. November, jeweils von 11 bis 17 Uhr.

Zusendungen für die Ausgabe 45/2020

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 45/2020 (Erstverkaufstag 6. November) bis spätestens Dienstag, den 27. Oktober 2020, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: renker@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Rätsel

Markt- preis von Wert- papieren	leitender Minister Ludwigs XIII.	Griechen	Jubi- läum, Ehren- fest	lange, flache Holz- leiste	Agenten- tätigkeit, Aus- scheidung	früherer öster. Adels- titel	Tier- pflege	Ver- kaufs- schlager	landwirt- schaftl. Nutz- fläche	Stadt und Fluss in Böhmen	Binde- wort	engli- sche Prin- zessin	überein- kommen (sich...)
kleines Gebäck- brück- chen			Zaren- name					Idee, Einfall					
			israeli- scher König			US-Film- schau- spieler: ... Clooney					abwer- tend: Lieb- haber	balgen, raufen	
ruhig, lautlos	Gerät zum Verbinden v. Metall- teilen							boshaft necken					
			Vorsilbe: zwischen (lat.)		Heer- Heeres- verband		Hefter, Ordnern	törichter Mensch		Hal- Dichter (Tor- quato)	Ton, Schall	Witte- rungs- verhält- nisse	feier- licher Empfang
Streit; Privat- krieg	griechi- sche Sieges- göttin				Welt- meer								
Auftrag- geber, Mandant				Steigen und Fal- len des Wassers		Haupt- schlag- ader				wässrige Lösung einer Base			
		Tier- pfote				Haupt- stadt von Bran- denburg		Standes- bezeich- nung	befes- tigen, fest- machen				
Frage- und- Antwort- Spiel	Spiel- leitung (Kunst, Medien)				männ- licher Nach- komme	nord- lich- Schick- sals- göttin					Helfer in der Not		ab- knabbern
groß- artig, hervor- ragend			ein Europäer				Aufzug im Gebirge		Material- splitter	Wett- kampf- stätte; Manege			
						Schubs, Anprall; Stapel				fremd- länd. Anzie- hungsk- raft		zeitlos; immerzu	
		jap. Herr- scher- titel	Wint- sportart	acht- armiger Kopf- füßer				Haar- knoten	verraten (Schüler- sprache)				
									Spalt- werk- zeug für Holz			eine Ver- wandte	
						franzö- sisch: Wasser	entbeh- lich, verzicht- bar						
	Arznei- mittel- form	Unter- einheit von Euro u. Dollar	Ballade von Bürger	Dring- lich- keits- vermerk				derb, rau	Gestell z. Trans- portieren v. Lasten		orient. Reis- brannt- wein	bayer. Benedik- tiner- abtei	bibli- scher Prophet
	Dämmer- zustand, Nacht- ruhe						Gefäß mit Henkel		Flug- körper				locker, wacklig
						dt. TV-, Radio- sender (Abk.)	jetzt	Vorname Strawins- kys			schwei- zerischer Sagen- held		
									Nach- kommen- schaft aus Eiern			Geliebte des Zeus	
	Takt- messer (Musik)	Ver- wandter						Süd- frucht					
	dicht bei, seitlich von						Hinder- nis beim Spring- reiten				Trauben- ernte		

Schüttelrätsel

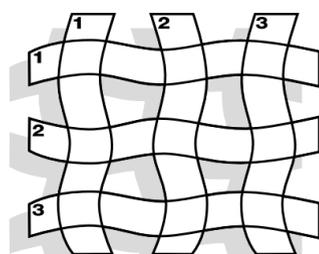
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

BEEKR	EELR	EKNTU	AAIKS	FINO	EIRT	AKNZ
			ISTZ			
DELNO		AAIN RU				
ABEEF NRST						
EELR			KKOR			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein anderes Wort für nervös; ohne Rast.

1	AUTO					KOSTEN
2	START					SCHEIN
3	AUF					BEIN
4	BAHN					ANGST
5	FELS					MENSCH
6	FRUEH					WEIN
7	BOX					FACH



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 unhandlich (Möbel, Gepäck)
- 2 Kinderfahrzeug
- 3 Tabakware

So ist's richtig:

Heimatkreisgemeinschaften



Kreisvertreter: Andreas Galenski, Sauerbruchstraße 2, 42549 Velbert, Tel.: 02051 - 8 77 29, Kreisvertreter-Allenstein@t-online.de, www.allenstein-landkreis.de
Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Tel.: 05401 - 977-0

Der Vorstand der KG Allenstein verabschiedete sich am 15. September 2020 von Oberamtsrat Karl-Heinz Finkemeyer, dem Partnerschaftsbeauftragten des Landkreises Osnabrück.

„Unser Karlo“ – wie er freundschaftlich und mit dem gebührendem Respekt von uns genannt wird, geht nach einem langen erfüllten Berufsleben in Pension. Über 25 Jahre war er als Partnerschaftsbeauftragter tätig. In dieser Zeit wirkte er, um Menschen in Not zu helfen und die Kommunen des Landkreises Allenstein, heute Olsztyn auf dem Weg in die Demokratie zu unterstützen. Dabei hat er zahlreiche LKW-Fahrten mit dringenden Gütern, speziell Maschinen wie Baumschneidern und Schneeräumern, unternommen.

Seit dem Abschluss des Partnerschaftsvertrages zwischen der Gemeinde Hagen a.T.W. und der Stadt Wartenburg / Barczewo am 3. Juli 1994 und der kurz darauf folgenden Landkreispartnerschaft Osnabrück – Allenstein / Olsztyn ist Karl-Heinz Finkemeyer das bindende Glied der deutsch-polnischen Versöhnung auf kommunaler Ebene.

Durch Finkemeyer kamen sich die Menschen beider Landkreise näher, er knüpfte Kontakte zwischen verschiedenen Organisationen und Vereinen, organisierte Bürgerfahrten und Schüleraustauschprojekte.

Er konnte stets seine unzähligen Partnerschaftsideen verwirklichen – das tat er gemeinsam mit drei Osnabrücker und vier Allensteiner Landräten und dem jeweiligen Vorstand unserer Kreisgemeinschaft. Obwohl Karl-Heinz Finkemeyer aus dem Beruf scheidet, wird er noch weiterhin sporadisch seine Nachfolgerin und die Osnabrücker Landrätin Anna Keschull unterstützen.

Bei dem kleinen Abschiedsempfang im Kreishaus Osnabrück war

die KG Allenstein durch Kreisvertreter Andreas Galenski, Stellv. KV Siegfried Keuchel, Schatzmeister Artur Korczak und KG-Ehrenmitglied Horst Tuguntke vertreten.

Der Kreisvertreter überreichte dem scheidenden Partnerschaftsbeauftragten, der Inhaber des Silbernen Ehrenzeichens der LO ist zu Dank einen Blumenstrauß und eine Treueurkunde der KG.



Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. **Erster Stellvertretender Kreisvertreter** (Geschäftsführender Vorsitzender): Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. **Zweite Stellvertretende Kreisvertreterin/Schriftleiterin:** Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Christian Perbandt zum 60. Geburtstag

Christian Perbandt wurde am 26. Oktober 1960 in Berlin geboren. Dennoch ist er ein bekennender Ostpreuße, Ostpreußen liegt ihm im Blut. Sein Großvater väterlicherseits, Otto Perbandt, stammt aus Schirten im Kirchspiel Heiligenbeil-Land und wurde dort 1900 geboren. Der jetzige Jubilar hat umfassend Familien- und Heimatforschung betrieben und kann seine Linie jahrhundertlang im Kreis Heiligenbeil zurückverfolgen. Die Familienglieder sind vornehmlich in den Dörfern Gedligen und Bregden im Kirchspiel ansässig gewesen. Im Kirchspiel Eichholz existierte sogar ein Dörfchen Perbanden, das wir anlässlich einer Heimatreise gemeinsam aufsuchten.

Meine persönlichen Kontakte zu Landsmann Christian Perbandt haben im Jahr 2001 begonnen, denn als Kreisvertreter lernte ich ihn im September beim Kreistreffen in Burgdorf kennen. Schon beim darauffolgenden Kreistreffen 2002 konnte ihn der Kirchspielver-

treter von Heiligenbeil-Land, Rudi Helwing, als Ortsvertreter für die Gemeinde Schirten, wozu auch die Güter Gedligen, Gabditten und Gnadenthal gehören, gewinnen. Bis zum heutigen Tag hat Christian Perbandt dieses Ehrenamt noch immer inne.

In der zurückliegenden Zeitspanne von fast zwanzig Jahren folgte die Übernahme einer Reihe von Aufgaben im Dienst unserer Kreisgemeinschaft. Bereits 2003 folgte die Wahl zum Beisitzer in den Vorstand der Kreisgemeinschaft. Als Aufgabengebiete wurden ihm die Internetbetreuung und die Öffentlichkeitsarbeit übertragen. 2005 übernahm Christian Perbandt ein weiteres Aufgabengebiet, denn beim Kreistreffen in Burgdorf wählten ihn die Mitglieder zum stellvertretenden Kirchspielvertreter von Heiligenbeil-Land. Das Amt des Beisitzers im Vorstand legte Christian auf eigenen Wunsch 2006 nieder. Nach einer mehrjährigen Pause wurde er 2009 erneut in den Vorstand gewählt, jetzt jedoch zum 1. stellvertretenden Kreisvertreter (2.

Vorsitzender). Diese verantwortungsvolle Position im geschäftsführenden Vorstand hat Christian nun schon elf Jahre inne.

Den Aufgabenbereich als stellvertretender Kirchspielvertreter für Heiligenbeil-Land legte er 2013 nieder und übernahm dafür das vakante Ehrenamt des Kirchspielvertreters für Pörschken. Sein ehrenamtliches Wirken zum Wohle für die Landsleute unserer Kreisgemeinschaft über nun fast zwei Jahrzehnte ist ihm ein persönliches Anliegen. Hierfür wurde er 2013 mit der Silbernen Ehrennadel der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil geehrt.

Privat ist Christian, gemeinsam mit seiner Ehefrau Silvia, stark mit der Natur verbunden. Als Eigentümer ihres Gartenbaubetriebes arbeiten beide im großen Umfeld ihres Wohnortes Lehrte-Aligse.

Die Kreisgemeinschaft Heiligenbeil mit Vorstands- und Kreistagsmitgliedern sowie Landsleuten gratulieren Christian Perbandt zur Vollendung seines sechsten Lebensjahrzehnts am 26. Oktober. Sie alle und ich als Ehrenvorsitzender danken dem Jubilar für Treue und Verbundenheit. *Siegfried Dreher*



Bitte füllen Sie das Anzeigenformular mit Ihrem persönlichen Gruß aus und bezahlen Sie später erst nach Rechnungserhalt!

- Kleine Grußanzeige zum Sonderpreis von 20,-€ (inkl. 19% Mwst.)
- Große Grußanzeige zum Sonderpreis von 30,-€ (inkl. 19% Mwst.)

Kleine Grußanzeige

Große Grußanzeige

Ihr Name: _____
 Straße: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Bitte ausfüllen, ausschneiden und einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung (Anzeigenabteilung)
 Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
 E-Mail: anzeigen@paz.de
 Fax an: 040/41 40 08 50

ANZEIGE



Gott schaute in seinen Garten und sah einen freien Platz.
 Dann schaute er zur Erde hinunter und sah dein müdes Gesicht.
 Er sah, dass dein Weg schwer wurde,
 dass er zu schwer war, weiter zu gehen.
 Er schloss deine müden Augen und schenkte dir seinen Frieden.
 Er legte seinen Arm um deine Schultern
 und hob dich empor zur Ruhe.

Hans-Georg "Schorsch" Bromba

* 11. 3. 1935 in Wensen Kreis Angerburg † 8. 9. 2020

In Liebe und Dankbarkeit

**Thomas und Heike
 Bernd und Sabine
 mit David und Christoph
 sowie alle Anverwandten**

Die Trauerfeier mit anschließender Erdbeisetzung fand statt am Dienstag, dem 15. September 2020 um 11.00 Uhr in der Trauerhalle des Nordfriedhofes, Burgholzstraße 240, 44339 Dortmund.

ERINNERUNG

Überlebt wie durch ein Wunder

Karl Bäumchen erzählt die Geschichte Heinerles, eines Jungen vom Haff, der als Kind die Flucht erlebte

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Einfühlsam, heiter bis melancholisch, dramatisch zugespitzt und gleichzeitig informativ schildert Karl Bäumchen in seinem Buch „Heinerle – der Mann vom Haff“ die Geschichte von Heinz Emil Radberger (Name geändert), genannt Heinerle, aus Postnicken [Salownoje] am Südufer des Kurischen Haffs im ostpreussischen Samland.

Der Autor und sein Protagonist sind Einwohner der Gemeinde Schönenberg-Kübelberg in der Westpfalz. Bäumchen, ein pensionierter Mitarbeiter der Oberfinanzdirektion Koblenz, hatte 2018 den damals 84-jährigen, rüstigen Rentner auf einer Reise nach Königsberg, zum Samland, zur Bernsteinküste und in sein Heimatdorf Postnicken begleitet. Für Heinerle war es schon die 13. Reise nach Ostpreußen.

Anrührend wird in dem kleinen Band Heinz' Schicksal stellvertretend für das unermessliche Leid so vieler Flüchtlinge erzählt. Heinerle, wie ihn seine Freunde nennen, war zehn Jahre alt, als er im Januar 1945 Ostpreußen verlassen musste. Auf der Flucht mit seiner Familie wurde er mit dem Elend, der Not und dem Tod von zahllosen Menschen konfrontiert, die in der Eiseskälte mit ihren Gespannen in Richtung der Seebäder Cranz und Rauschen an der Bernsteinküste voran strebten. Ihr Ziel war der Hafen Pillau, um von dort mit einem Schiff über die Ostsee nach Gdingen (Gotenhafen) und weiter nach Swinemünde zu gelangen. Auf derselben Route bahnten sich auch Wehrmachtsfahrzeuge rücksichtslos ihren Weg.

Ende Januar 1945 wurde das Kind in Rauschen bei einem Angriff russischer Jagdflieger auf die hilflosen Flüchtlinge verletzt. Ein Trupp SS-Leute nahm Heinz und eine seiner Schwestern entgegen der Vorschrift auf einem Torpedoboot mit, das Militärangehörige und schwerverletztes militärisches Personal über Pillau nach Gdingen (Gotenhafen) transportierte. Wie durch ein Wunder überlebte Heinz mit seiner schweren Rückenverletzung den lan-



Ein Bild aus besseren Tagen: Die Schule von Postnicken

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

gen Transport „ins Reich“. Am Zielbahnhof Hamburg-St. Pauli erklärte ihm ein Stabsarzt: „Junger Mann, du hast mehr als nur einen Schutzengel gehabt!“

1934 wurde Heinerle in Postnicken als jüngstes von acht Kindern einer Landarbeiterfamilie geboren. Sein Vater arbeitete als Gespannführer auf dem Gutshof eines Bauern, auf dem auch seine Mutter durch ihre Arbeit etwas für die Familie hinzuverdiente. Die Einwohnerschaft des Dörfchens bestand 1939 aus den Familien der vier Großbauern und etwa 900 Angehörigen der Landarbeiterfamilien. Im Dezember 1944 versammelten sich die zunehmend mutlosen Menschen bei den Großbauern, um die neuesten Nachrichten zur Kriegslage zu erfahren. Königsberg brannte. Am Himmel sah man den gelben und roten Lichterschein der Flammen. Insgeheim trafen Heinerles Eltern Anfang Januar 1945 Vorbereitungen für

die Flucht. Am 21. Januar verließen etwa 400 Dorfbewohner mit ihren voll beladenen Wagen und vorgespannten Pferden Postnicken geschlossen im Treck. Das Mitleid mit den zurückgelassenen Tieren, Kühen, Pferden und Hunden, zerriss ihnen das Herz. Die Übrigen blieben, weil sie hierher gehörten, zu diesen Ländereien, auf denen sie ihr Leben lang hart gearbeitet hatten. So schlimm würde es hoffentlich nicht werden, wenn die Russen kommen, dachten sie. Es kam noch viel schlimmer. In seiner 1957 gedruckten Ortschronik berichtete Hauptlehrer Romeike: Von den 430 im Dorf verbliebenen Menschen starben in der Hungerzeit 1946/47 227. 81 Personen wurden von den Russen erschossen, erschlagen oder verschleppt.

Der junge Mann, der nach etlichen Zwischenstationen völlig mittellos als Flüchtling in die Pfalz gekommen war, schaffte es

durch seinen Fleiß, recht schnell Fuß zu fassen. Er gründete eine Familie und erwirtschaftete für sie durch seine Arbeit als Stahlkocher im Saarland und an den Wochenenden in einer Baukolonne das Geld für ein eigenes Haus. Heinz hegt keine bitteren Gefühle, obwohl er innerlich tief mit seiner Heimat verbunden blieb: „Ich will durch meine Geschichte all den sinnlosen Opfern von Krieg, Gewalt, Flucht und Vertreibung meine Stimme leihen. Vergesst uns nicht, vergesst unser Ostpreußen nicht!“



Karl Bäumchen: „Heinerle – der Mann vom Haff“, Verrai-Verlag, Stuttgart 2019, broschiert, 98 Seiten, 10,90 Euro

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Ein Kreuz mit Corona

Gleich zwei katholische Bischöfe der Diözese Opoln sind mit Covid-19 infiziert

Der amtierende Bischof von Opoln [Opole] Andreas (Andrzej) Czaja und einer seiner beiden Stellvertreter, Rudolf Pierskala, sind positiv auf SARS-CoV-2 getestet worden. Darüber informierte am 13. Oktober die Kurie der Diözese Opoln, also die bischöfliche Verwaltung. Beide befinden sich in häuslicher Isolation. Der Krankheitsverlauf sei mild, heißt es.

Joachim Kobia, Sprecher der Kurie, erklärte, dass alle Mitarbeiter der bischöflichen Verwaltung einem Test unterzogen werden und nur bei einem Mitarbeiter der Test positiv ausgefallen seien. Kobia konnte nicht sagen, wo sich die Bischöfe möglicherweise angesteckt haben. Kobia wie auch Czaja und Pierskala stammen aus deutschen Familien.

Besorgte Eltern von Jugendlichen, die am 9. und 10. Oktober im Kandrzin-Coseler [Kędzierzyn] Stadtteil Pogorzellec [Pogorzelec] durch Bischof Czaja gefirmt wurden, meldeten sich. Beim Erteilen des Sakramentes der Firmung zeichnet der Bischof ein Kreuz auf der Stirn des Firmlings und erteilt ihm einen Klaps auf die Wange. „Unsere Kinder wurden also vom Bischof

berührt, und dazu kommt noch, dass auch immer ein Pate des Gefirmten in direkter Nähe zum Bischof stand. Wir sind in großer Sorge“, so Kornelia Wydra aus Pogorzellec.

Der infizierte Bischof Czaja hatte zuvor in Krappitz [Krapkowice] ebenso eine Firmung erteilt, sodass das polnische Gesundheitsamt Sanepid nun mehrere hundert Jugendliche und ihre Familien testen

muss. Zugleich mussten sich alle Geistlichen, die Kontakt zum infizierten Bischof hatten, bis zum 19. Oktober in Quarantäne begeben. „Die Kirche bleibt offen, heilige Messen werden im normalen Rhythmus durch Geistliche gelesen, die keinen Kontakt zum Bischof hatten“, so Pater Mięczyński Halaszko, Pfarrer in der Demaznot-Kirche in Pogorzellec.



Ist mit dem Coronavirus infiziert: Bischof Andreas Czaja von der Diözese Opoln

FOTO: WAGNER

Chris W. Wagner

450 JAHRE GOLDAP

Erzählte Geschichte einer Kleinstadt

Die Kreisgemeinschaft Goldap e.V. würdigt die Geschichte der Stadt aus Anlass ihres 450. Stadtjubiläums durch die Herausgabe eines besonderen „Gedenkbuchs“. Mit seinem Inhalt soll die Erinnerung an das 1945 Verlorene bewahrt und zugleich der Blick auf das danach Entstandene gerichtet werden. Es zeichnet das Bild einer damals wie heute lebendigen Kleinstadt, die seit dem Jahr 2000 den Titel einer Kurstadt tragen darf.

Besonderen Wert haben die Herausgeber darauf gelegt, es nicht bei der Wiedergabe des historischen Gerüsts der Stadtgeschichte in neuer Form zu belassen, sondern eine Erweiterung durch bisher nicht aufgegriffene Aspekte vorzunehmen.

Um neue Aspekte erweitert

Das zeigt sich sowohl in der erstmals vorgenommenen Texttranskription aus dem Stadtplan von 1608 einschließlich einer neuen Betrachtung zur ersten Beschreibung der Stadt als auch in der Wiedergabe der ersten Kirchenrechnung und personenbezogenen Auszügen aus dem Bürgerbuch einschließlich einer Gewerbe- und Berufsliste aus den Jahren 1835 bis 1854.

Sie erweitern den Blick auf die bekannte Stadtgeschichte ebenso wie jenen auf den noch während des Ersten Weltkrieges begonnenen Wiederaufbau der 1914/15 stark zerstörten Stadt.

Eine „Zeittafel Garnison“ weist schließlich darauf hin, dass seit 1718 fast ununterbrochen auch Soldaten zum Stadtbild gehörten. Besonderes Interesse aber dürfte schließlich der Bericht über den bisher weitgehend unbekanntem Aufenthalt Immanuel Kants in Goldap 1765 ebenso wecken wie die Aufnahme der 1855 gebildeten, stets überschaubar gebliebenen Jüdischen Gemeinde in das Gedenkbuch einschließlich deren Schicksal am Beispiel einer Arztfamilie.

„450 Jahre Goldap“ wendet sich insofern nicht nur an die immer kleiner werdende Erlebnisgeneration, sondern an alle, deren Familiengeschichte in Goldap gründet sowie schließlich an jene, die ein anderer Anknüpfungspunkt mit der Stadt verbindet. Dieter Zeigert

450 Jahre Goldap



Erzählte Geschichte einer ostpreussischen Kleinstadt aus vierhundert Jahren

Zusammengestellt von Annelies und Gerhard Trucewitz

● Annelies und Gerhard Trucewitz: „450 Jahre Goldap“, 301 Seiten, DIN-A5-Format, mit zahlreichen Abbildungen verschiedener Art, 16,95 Euro zuzüglich Versand; zu beziehen über Kreisgemeinschaft Goldap verkauf@goldap.de oder Telefon (04142) 3552, per Post über Patenschaftsmuseum, Harsefelder Straße 44a, 21680 Stade

SEHENSWERT

Stettin – Juwel im Herzen Pommerns

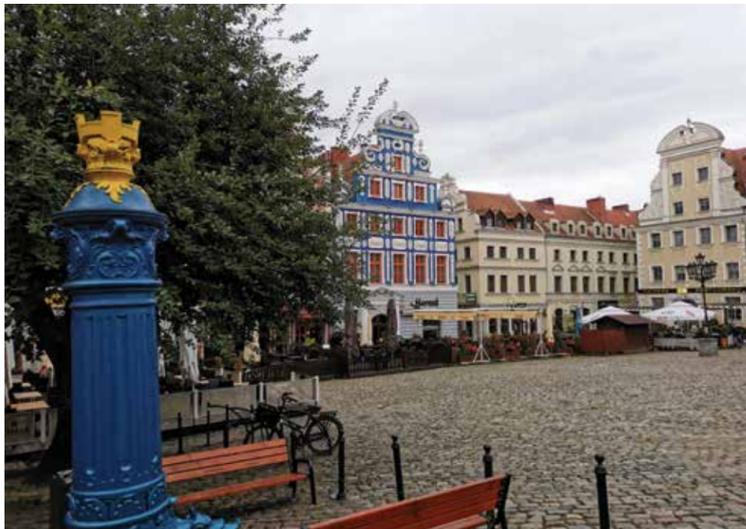
Touristische Stippvisite beim polnischen Nachbarn an der Oder

VON PEER SCHMIDT-WALTHER

Stettin. Nicht nur wenn es Strippen gießt, auch bei Sonnenschein quellen unsere vorpommerschen Innenstädte regelrecht über – vor Touristen und Blech. Das ist gut fürs Geschäft, keine Frage, aber als Einheimischer gerät man da schnell zur Minderheit und verkriecht sich in die vier Wände. Da fragt man sich, ob es nicht noch Alternativen gibt. Ja, die gibt's, zwar im Ausland, aber doch ganz „dichte bi“ und wesentlich preiswerter. Wie wär's da zum Beispiel mit Stettin? Gerade mal gut zwei Stunden Autofahrt von Stralsund – entgegen dem allgemeinen Strom zur Küste – oder ein bisschen mehr per Bahn entfernt. Man verhält sich damit quasi antizyklisch. Klar, da pilgern auch Touristen auf ihren Sightseeing-Pfaden, aber in der Fast-Halbmillionenstadt verlaufen die sich auf angenehme Art.

Engere Kooperation

Ein Wochenende wäre gut, aber man kann auch in kürzerer Zeit einen guten Überblick gewinnen und dann irgendwann vertiefen. Wer im Internet zu Hause ist, wird unter www.visit.szczecin.eu oder www.visit.westpomerania.eu einige Angebote für ein attraktives Kurzprogramm finden. Die Macher in der dynamischen Oder-Stadt haben sich auf die Fahnen geschrieben vor allem auch junge Leute verstärkt anzulocken. Die größte Stadt des heutigen Nordwestpolens und frühere Hansestadt und pommersche Landeshauptstadt ist zwar schon über 700 Jahre alt, aber macht einen jungen Eindruck, wozu die rund 20.000 Studenten von drei Universitäten nicht unwesentlich beitragen. Konrad Guldon, der 40 Jahre junge Chef des polnischen Fremdenverkehrsamtes in Berlin, hat sich auch in Stralsund umgesehen, „denn man kann nur dazulernen, weil Tourismus grenzübergreifend ist“, meint er, „wie man an



Der malerische Heumarkt in Stettin mit historischer Pumpe

(Foto: Schmidt-Walther)

der florierenden deutsch-polnischen Euro-region Pomerania sieht“. Was er sich von einer engeren Kooperation erhoffe? „Wir müssen auch mehr junge Leute dazu motivieren, Polen als ein noch preiswertes Reiseland mit großem Naturpotenzial zu erkennen“. Außerdem sollten Vorurteile abgebaut werden, meint er, „denn unser Land ist sicher, schnell erreichbar und touristenfreundlich“.

Die stärksten TOP 12

Der uralte Spruch von der „polnischen Wirtschaft“ greift hier schon lange nicht mehr. Das ist auch abzulesen an der „hohen Zahl von Start-up-Unternehmen, besonders in der künstlerischen und IT-Branche, die wie Pilze aus dem Boden schießen“, weiß Dr. Artur Pomianowski (34), Direktor des Tourismus-Büros von Stettin und West Pomerania. Er legt besonderen Wert auf die vielen Angebote vor allem für junge Leute. Sein praktisches, gut gestaltetes und übersichtliches Faltblatt

„Willkommen in Stettin!“ führt unter „TOP 12“ die für sie stärksten Höhepunkte in Stettin auf, die neugierig machen: von „Los geht's!“ bis hin zur Frage „Liegt Stettin am Meer“. Ein Feuerwerk von Möglichkeiten und Anregungen. Die handliche Broschüre „Szczecin – die schönsten Plätze“ ist ein sehr praxisbezogener Reiseführer mit allem unbedingt Sehenswerten wie zum Beispiel Pommernschloss, Jakobikirche, Rotes Rathaus und Neustadt, Haken-terrasse und Philharmonie; ebenso wie die Broschüre „Eine Region für Dich“, die einem das nähere und weitere Umland schmackhaft macht. Dr. Artur Pomianowski kann das alles auf Anfrage zuschicken: info@zrot.pl Sein Disco-Tipp – es gibt rund 20 in der Stadt, die aber wegen Corona teilweise geschlossen sind – ist übrigens „WySPA Grodzka“ in der Nähe der City Marina.

Werften-Krise bekämpfen

Dort trifft man auch Zbigniew Jagniatkowski auf seiner schnittigen 15-Meter-Motor-

yacht „Kuba“. Der fitte 72-jährige ehemalige Kapitän und Weltumsegler ist nicht nur Präsident des Seglerverbands West Pomerania, sondern auch Chef der Stettiner Reparaturwerft JPP Marine. Während einer Fahrt über die Ostoder und den Dammischen See mit seinem deutschen Betonfrachter-Wrack von 1945 nach Ziegenort am Stettiner Haff kommt er auch auf die M-V-Werften-Krise zu sprechen. Er meint, „wenn Chinas Werften staatlich subventioniert werden, um mit Dumpingpreisen den Markt zu ruinieren, sollten wir als europäische Schiffbauer verstärkt kooperieren und damit kontern. Solche Schiffe haben einen höheren Wert als die fernöstlichen und würden dann auch eher geordert werden.“

Deutsch-Polnisches

Übrigens: Mit der langen deutschen Geschichte haben die heutigen Stettiner kein Problem. Im Gegenteil, sie sind sogar stolz darauf, auch auf deutsche Wurzeln und Kultur. Es ist nun mal eine Grenzregion mit vielen Überschneidungen und Gemeinsamkeiten. Im nur zehn Kilometer entfernten Löcknitz wird deutsch-polnisches Zusammenleben schon seit Jahren aktiv praktiziert, sogar in einem zweisprachigen Gymnasium und vielen Polen als neue Häuslebau-Einwohner. Junge Leute sind hier schon längst mangels Arbeit abgewandert.

Vergangenheit erlebt man zum Beispiel in den Backstein-Gewölben Kellerkneipe „Wyszak“ unter dem Alten Rathaus am wunderschönen Heumarkt mit seinen hervorragend restaurierten Bürgerhäusern. An schönen Sommerabenden, wie wir sie erlebt haben, trifft sich hier, auch in den vielen uralten Kneipen und Cafés rings um den Platz, halb Stettin, um das selbst gebraute Bier zu leckeren polnischen Pirogen und Suppen zu genießen. Stettin lebt und entwickelt sich rasant wie einst.

KRIEGSFOLGEN

„Tallboy“-Weltkriegs-Bombe entschärft

Eine sechs Meter lange, 2,5 Tonnen Sprengstoff enthaltende britische „Tallboy“-Bombe konnte am 13. Oktober 2020 durch polnische Spezialisten der polnischen 8. Flottille der Küstenverteidigung neutralisiert werden, mittels eines Verfahrens, durch das die Sprengladung kontrolliert abgebrannt wurde, so dass es zu einer Verpuffung kam, nicht zu einer Detonation.

Die Bombe lag genau in der Fahrrinne der Kaiserfahrt, dem Kanal zwischen Stettin und Swinemünde bei Kaseburg. Ganz in der Nähe lag am Ende des II. Weltkriegs das deutsche Panzerschiff „Lützow“. Es ist zu vermuten, dass das Ziel des „Tallboy“ die „Lützow“ war.

Am 16. April 1945 wurde das 186 Meter lange Schiff der „Deutschland-Klasse“ an dem Liegeplatz von britischen Bombern attackiert. In historischen Quellen ist zu lesen, dass tatsächlich „Tallboy“ zum Einsatz kam. Durch einen Nahtreffer wurde der Rumpf des Schiffes aufgerissen. Es sank und kippte gegen die Uferböschung. Komplette wurde es durch Selbstsprengung am 4. Mai 1945 zerstört.

Entdeckt wurden der „Tallboy“ und eine weitere britische 425 Kilogramm-Bombe sowie eine deutsche Wasserbombe mit einer Ladung von 125 Kilogramm bereits im letzten Jahr bei Baggerarbeiten, diese beiden wurden bereits in diesem Sommer entschärft. BS



FOTO: NDR

ORGEL MIT NEUEM KLANG

Kleinod auf Usedom erwacht zu neuem Leben

Restaurierung und Modernisierung der Mellenthiner Orgel

Die Gemeinde Mellenthin liegt auf der Insel Usedom nahe der gleichnamigen Stadt, war zunächst vom slawischen Stamm der Liutizen besiedelt, die hier über Jahrhunderte eine Wallburg besaßen, nahm ab 1230 eine frühdeutsche Entwicklung und wurde 1270 erstmals in einer Urkunde des Bischofs von Cammin als „Mildotitz“ genannt. Ab 1336 besaß die adlige Familie von Neuenkirchen Mellenthin als Stammsitz. Ihre Mitglieder dienten den Herzögen von Pommern über Jahrhunderte als Räte, besaßen außerdem noch Dörfer bei Anklam sowie Wolgast und starben mit dem herzoglich-pommerschen Rat Christoph von Neuenkirchen 1641 im Mannesstamm aus. Aus dessen Hinterlassenschaft besitzt Mellenthin bis heute einige Sehenswürdigkeiten. Das reicht vom Wasserschloss aus dem 16. Jahrhundert über den Fachwerkbau des ehemaligen Gutshofes ebenfalls aus dem 16. Jahrhundert bis zur mittelalterlichen Backsteinkirche aus dem 13. Jahrhundert. Der Sakralbau verdient gegenwärtig die verstärkte Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit. Das liegt außer an dem interessanten Kreuzrippengewölbe und dem erhaltenen Grabmal des Erbauers des Wasserschlosses vor allem an der Orgel. Sie wurde

einst vom berühmten Stettiner Orgelbaumeister Barnim Grüneberg erbaut und erlebt momentan eine umfangreiche Restaurierung. Dazu gehört in diesem Sommer auch der Einbau einer elektrischen Luftzufuhr, die dann die Arbeit des Balgtreters übernimmt und den Orgelklang auf einem höheren Niveau möglich macht.

Die Dorfkirche von Mellenthin aus dem 13. Jahrhundert hatte ab dem 14. Jahrhundert den Status einer Filialkirche der Usedomer Paulskirche, bekam im 15. Jahrhundert einen Westturm und verfügt bis heute über die ursprüngliche Innenausstattung. Besondere Aufmerksamkeit verdienen die inzwischen freigelegten Deckenmalereien im Chor mit neutestamentlichen Szenen, die wohl nach 1420 geschaffen wurden. Dazu gesellen sich die Westempore aus der Zeit um 1700, eine Kanzel und ein Gemälde mit der Darstellung des Jüngsten Gerichts aus dem 17. Jahrhundert, eine kleine Altartafel aus dem 18. Jahrhundert, das barocke Gestühl und ein erhaltener Beichtstuhl aus vergangener Zeit. Die Glocke im Turm wurde 1654 von einem Stettiner Glockengießer angefertigt. Auf der Westempore, die mit interessanten Allegorien bemalt ist, die erhalten blieben, befindet sich die Orgel, die 1879 von Barnim Grüneberg geschaffen wurde.

Der Meister entstammte einer namhaften Stettiner Orgelbauerfamilie, hatte neben dem Vater noch andere berühmte Lehrmeister wie Aristide Cavaille-Coll in Paris sowie Eberhard Friedrich Walcker in Ludwigsburg und übernahm 1854 die väterliche Werkstatt. Mehr noch. Grüneberg entwickelte sie zu einer der erfolgreichsten deutschen Orgelwerkstätten Ende des 19. Jahrhunderts, wurde vom Mecklenburger Großherzog zum „Hoforgelbauer“ erhoben und schuf lebenslang rund 450 Neu- und Umbauten für ganz Pommern, Mecklenburg und Brandenburg. Die vom ihm für Libau erbaute Orgel mit 131 Registern sowie vier Manualen gilt heute als die größte manuell traktierte Orgel weltweit. Dieser Meister schuf 1879 auch die viel kleinere Orgel für Mellenthin.

Das Werk in der Mellenthiner Dorfkirche bekam nur vier Register und ein Manual, hatte aber einen guten Klang und war mit dem neugotischen Prospekt auch recht ansehnlich. Schon während des I. Weltkrieges begann allerdings der Niedergang der Grüneberg-Orgel. Die Pfeifen mussten für Kriegszwecke abgegeben werden. Der spätere Ersatz war minderwertig und reduzierte die Klangqualität. Dazu gesellten sich in den Folgejahrzehnten ein ruinöser Umgang mit dem Instrument und Erscheinungen von

Vandalismus, bis Orgelfreunde nach der Wende den Bestand retteten und dann die aktuelle Restaurierung herbeiführten. Da war es ein Segen, dass sich die Deutsche Stiftung Denkmalschutz der Kirche mit ihrer besonderen Grüneberg-Orgel annahm. Die vom DSD gegründete Stiftung Dorf- und Kleinstadtkirchen gedieh zum finanzstarken Motor der Sanierung, die von einer Eberswalder Orgelbaufirma übernommen wurde und dabei

auch für den Einbau einer elektrischen Luftzufuhr sorgte. Damit kann per sofort die regionale Initiative „Orgelunterricht vor Ort“, die der Pommerische Kirchenkreis betreibt, auch auf der Grüneberg-Orgel in Mellenthin mit neuen Schülern fortgesetzt werden. So erwachte das musikhistorische Kleinod auf der Insel Usedom mit verbesserter Klangqualität Ende August 2020 zu neuem Leben.

Martin Stolzenau



Foto: Jörg Böhret/Wikipedia

„Im Panikmodus setzt der Verstand aus“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

Ich möchte Ihnen ein großes Kompliment für Ihre Arbeit machen. Bitte weiter so: in allen Sparten ausgezeichnet recherchiert und beschrieben“

Georg Hofmann, Hof/Saale



Ausgabe Nr. 41

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

GENUSSVOLLER BEITRAG ZU: GRUNDLAGEN DER MACHT (NR. 41)

Aus meiner Sicht hat der Autor dieses Thema („Wer das Geld kontrolliert, der beherrscht die Welt“, d. Red.) hervorragend analysiert und erklärt. Die großen deutschen Zeitungen trauen sich leider nicht, solche Themen anzusprechen, und den Bürgern auf verständliche Weise näherzubringen. Für mich war der Beitrag ein Genuss. Innerhalb meines Bekanntenkreises wird es darüber angeregte Diskussionen geben. *Willi Kulp, Wernigerode*

NICHT VOLL AUSGENUTZT ZU: ENERGIEREICHER MÜLL (NR. 41)

Ich wundere mich, warum die Bundesgesellschaft für Endlagerung und die Bundesregierung immer noch an dem bisherigen Konzept festhalten und die abgebrannten Brennelemente unserer Leichtwasserreaktoren in ein auf Hunderttausende von Jahren ausgelegtes Endlager packen wollen. Bei diesen abgebrannten Brennelementen ist erst rund zehn Prozent des ursprünglich vorhandenen Energieinhaltes verbraucht.

In fortschrittlichen Reaktoren wie Schnellen Brütern (in Russland seit Jahren erfolgreich in Betrieb) oder Dual-Fluid-Reaktoren könnte man die abgebrannten Brennelemente aus unseren Leichtwasserreaktoren wieder als Brennstoff einsetzen und die restlichen rund 90 Prozent von deren ursprünglichem Energieinhalt auch noch nutzen. Und vor allem: Die Menge radioaktiver Reststoffe wird dadurch erheblich verringert und die erforderliche Endlagerzeit für die neuen Reststoffe auf nur noch rund 300 Jahre verkürzt. Beides würde unsere Endlager-suche erheblich vereinfachen.

Im Postkutschenzeitalter sind wir doch auch nicht stehen geblieben. Will unsere Regierung aber trotzdem aus ideologischen Gründen am Atomausstieg festhalten, könnte sie unsere abgebrannten

Brennstäbe als Brennstoff auch nach Russland verkaufen und nur den dann harmloseren Restmüll in unser Endlager zurücknehmen. *Kord Schwarze, Hannover*

SO KOMMT MAN NICHT WEITER ZU: WARUM EIN „WEITER SO“ KEINE OPTION SEIN KANN“ (NR. 41)

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier lobt unser Land über den grünen Klee, Markus Söder und Michael Kretschmer frühstücken an der innerdeutschen Grenze und Fußballer Robert Lewandowski trifft viermal voll ins „Schwarze“!

Wir aber, die „Restdeutschen“, wir treten fleißig auf der Stelle, und bleiben weiterhin ganz unfreiwillig inmitten dieser Pandemie-Krise stecken, trotz aller Hygiene, trotz dieser Abstandsregeln, trotz aller Maskerade, trotz einer Corona-Warn-App und trotz aller Dauerlüfterei. *Klaus P. Jaworek, Büchenbach*

„WIE IM GEFÄNGNIS“ ZU: WARUM EIN „WEITER SO“ KEINE OPTION SEIN KANN (NR. 41)

Wenn die Politik mit Beginn des „Corona“-Irrsinns angeblich vorrangig den Schutz und das Wohl der – vor allem älteren – Menschen ins Feld führte, um den sogenannten Lockdown zu rechtfertigen, dann hat sich inzwischen längst die Verlogenheit dieser Argumentation gezeigt.

Schon deshalb hat der Artikel offenbart, welche schlimmen Folgen noch auf uns zukommen werden. Was die älteren Menschen – zum Beispiel in Seniorenheimen – angeht, so ist deren Schicksal ohnehin nur noch mit einer selbstbezahlten Internierung zu vergleichen. Verbrecher in deutschen Gefängnissen hatten und haben gewiss mehr Möglichkeiten, steuerfinanziert ihre Freiheiten zu genießen.

Die Aussage einer Bewohnerin eines Altenheimes, welche die „100“ weit überschritten hat, sollte symbolisch dafür stehen: „Hier ist es wie im Gefängnis.“ Übrigens – während die eigene Bevölkerung

immer mehr mit Strafordrohungen diszipliniert wird, werden kriminelle „Flüchtlinge“, die ihre Aufnahmelager selbst abgefackelt haben, mit offenen Steuerarmen empfangen und im „Schlaraffenland Deutschland“ platziert.

Der Irrsinn kennt in diesem Land tatsächlich keine Grenzen mehr. *Manfred Kristen, Freital*

KEINER FRAGT MAL NACH ZU: MASKIERTE WAHRHEIT (NR. 38)

Hat in der Corona-Krise die Vierte Gewalt in der Demokratie versagt?

In der Krise wäre ein investigativer Journalismus von Nöten. Bei den getroffenen politischen Maßnahmen zur Beherrschung der „Corona-Pandemie“ hätte doch ein investigativ arbeitender Journalist recherchieren müssen, ob die von der Politik angeordneten Maßnahmen sinnvoll und verhältnismäßig sind. Es müsste seriös recherchiert werden, um verängstigte Bürger über das neue Virus Sars-CoV-2 zu informieren.

Folgenden Fragen wären nachzugehen: Was macht der PCR-Test, der in der Charité von Prof. Drosten entwickelt wurde? Was misst er? Detektiert er nur RNA-Schnipsel von Coronaviren oder das Sars-CoV-2 in Gänze? Ist der positive PCR-Test nur ein Nachweis von Virus-RNA im Nasen- oder Rachenabstrich oder einer bereits eingetretenen Infektion? Wurden die Schleimhäute nur kontaminiert oder ist die leblose Virus-RNA bereits in die menschliche Wirtszelle eingedrungen, wo sie sich vermehren kann? Was steht auf dem Beipackzettel des PCR-Test-Kits? Ist er mehr als nur ein diagnostischer Test? Ein Nachweis von Coronaviren-RNA oder von RNA des neuen Sars-CoV-2?

Wurde der Test, der von der WHO empfohlen wurde, validiert, das heißt auf Eignung und Zuverlässigkeit überprüft? Wenn nicht, warum wurde er empfohlen? Was bedeutet Kontamination, Infektion und die Erkrankung Covid-19? Ist die Kontamination eines Türgriffs oder einer

Speisekarte mit Sars-CoV-2 schon für den Benutzer gefährlich, also ansteckend?

Warum werden vom Robert-Koch-Institut (RKI) nur Zahlen positiv Getesteter veröffentlicht ohne Bezug auf die Zahl der Infizierten, asymptomatisch oder symptomatisch, der Erkrankten, der behandlungsbedürftig Erkrankten, Hospitalisierter, intensivmedizinisch behandelten Erkrankten mit oder ohne maschinelle Beatmung und an Covid-19 Verstorbenen?

Könnte bei Bekanntmachung evidenzbasierter Daten, das heißt systematisch zusammengetragener und bewerteter wissenschaftlicher Erkenntnisse, die Panik der Bürger nachlassen? Wären dann die Einschränkungen bürgerlicher Freiheiten (Versammlungsfreiheit, Meinungsfreiheit) und die politisch verordneten Maßnahmen (Shutdown, Lockdown, Sozial Distancing, Maskenpflicht) nicht mehr ausreichend zu begründen?

Fürchten die Politiker bei Veröffentlichung aller recherchierten Daten, dass der ökonomische Schaden (Mittelstandsinsolvenzen, höhere Arbeitslosenquote), gesundheitliche Schäden (Tote aufgrund aufgeschobener notwendiger Operationen, Aufschub notwendiger intensivmedizinischer Behandlung von Patienten mit Herzinfarkt und Schlaganfall) und psychische Schäden bei den Bürgern, insbesondere bei Kindern und alten Menschen in Pflegeheimen, durch die politisch angeordneten Maßnahmen größer ist als der durch das Virus?

Im Panikmodus setzt der Verstand aus! Das wissen auch die Politiker und die Pharmaindustrie, die alles unternehmen, um in der „Corona-Pandemie“ die panische Angst bei den Bürgern weiter zu schüren. Über andere Meinungen von zahlreichen Experten wird in den Mainstreammedien nicht berichtet.

Wenn doch, dann werden diese Experten als Verschwörungstheoretiker, Corona-Leugner oder „Covidioten“ vorgeführt, diffamiert und ausgegrenzt. Wie lange geht das gut?

*Prof. Dr. Rudolf Kleining,
Institut für Ärztliche Begutachtung am
Klinikum Vest-Paracelsus-Klinik Marl*

ANZEIGE

Diese Pandemie kam nicht zufällig zustande. Es war ein sorgfältig inszeniertes und geplantes Ereignis – eine Plandemie

■ Von der Wahl des Virus über die Art, wie es gehandhabt und in den Medien vermarktet wurde, bis hin zu den Lösungsstrategien wurde alles so angelegt, dass sich eine ausgewählte Gruppe von Milliardären mit ihren Lakaien auf unsere Kosten bereichern kann. Während der größte Teil der Welt wegen des Missmanagements der Pandemie durch eine finanzielle Krise größten Ausmaßes taumelt, kassieren die Verursacher Milliarden.

Was man uns über die Covid-19-Pandemie erzählt, ist unsinnig und unfasslich falsch!

In diesem Buch lesen Sie, wie eine Elite sowohl die Regierungen als auch die Gesundheitsbehörden täuschte, wie sie uns davon überzeugt hat, unsinnige Maßnahmen zu befolgen, angeblich, um die Ausbreitung des Virus zu stoppen, und wie ihr Plan aussieht, mit dem sie maximalen Profit aus uns schlagen möchte. Ihre Lösung für das Problem wird von Profitgier, nicht von Sorge um unsere Gesundheit und unser Wohlbefinden angetrieben. Tatsache ist, dass ihre geplante Agenda Ihnen Ihre Freiheit rauben und Ihre Gesundheit aufs

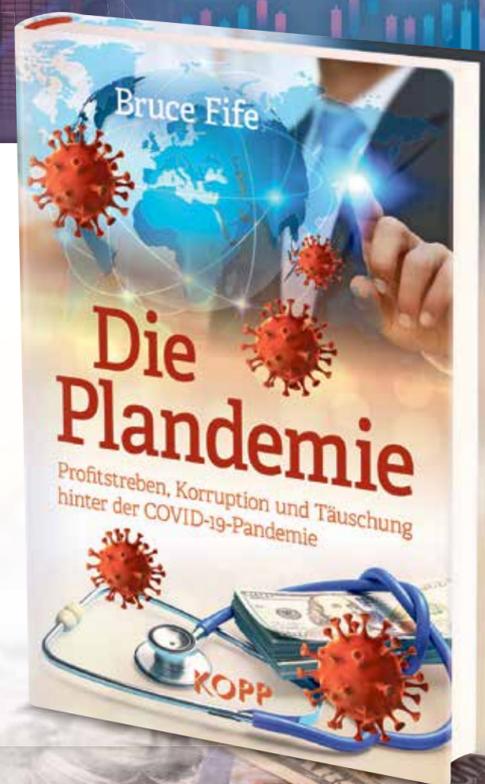
Spiel setzen wird. Es gibt für Ihre Gesundheit weit- aus bessere, sicherere Lösungen, die sich als effektiv erwiesen haben.

Glauben Sie nicht, dass dies die letzte globale Krise ist, mit der wir konfrontiert werden, sie ist nur der Beginn.

Die Informationen in diesem Buch werden Ihnen helfen, zwischen einer echten Gesundheitskrise und einer betrügerisch inszenierten zu unterscheiden und herauszufinden, was Sie selbst dagegen tun können.

Lassen Sie uns diesen Wahnsinn beenden – und dafür sorgen, dass er sich nicht wiederholt!

Bruce Fife: Die Plandemie • gebunden
159 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 981 400 • 18,99 €



Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

NATUR

Rastplatz für Zugvögel

Viele Vögel orientieren sich am Lauf der Elbe für ihre Reise in den Süden – Das Unesco-Biosphärenreservat dient als Zwischenstopp

VON HELGA SCHNEHAGEN

Die 1094 Kilometer lange Elbe ist der letzte noch frei fließende Strom Deutschlands und eine der letzten naturnahen Flusslandschaften Mitteleuropas. Wer nur den breiten Strom der Untereibe vor Augen hat, übersieht die wilde Auenlandschaft der Mittel- und Unterelbe. 1997 wurde ein ungefähr 400 Kilometer langer Stromabschnitt von der Unesco als Biosphärenreservat „Flusslandschaft Elbe“ anerkannt. Mit rund 282.250 Hektar ist es das größte im Binnenland gelegene Biosphärenreservat in Deutschland.

Der Abschnitt erstreckt sich über fünf Bundesländer. In Brandenburg liegen davon zwischen Dömitz und Quitzebe bei Rühstädt knapp 19 Prozent. Über 100 Kilometer war die Elbe innerdeutsche Grenze, ein Refugium für Flora und Fauna. Heute ist sie Teil des Grünen Bandes entlang der ehemaligen Demarkationslinie. Alte Grenztürme sind jetzt Aussichtstürme. Einer von ihnen am Fähranleger/Hafen Lenzen bietet den Blick auf eines der größten deutschen Renaturierungsprojekte, das gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlägt: Hochwasser- und Naturschutz.

Die wilden Vögel vom „Bösen Ort“

In der Prignitz wurde zwischen dem Hafen von Lenzen und dem „Bösen Ort“, einer für die Schifffahrt gefährlich scharfen Flussbiegung – daher der Name –, vor gut zehn Jahren der Elbdeich bis zu 1,3 Kilometer ins Landesinnere zurückverlegt. Der alte Deich blieb erhalten, und zwischen ihm und dem 7,1 Kilometer langen neuen Schutzwall wurden 420 Hektar neue Auenwildnis hinzugewonnen. Steigt der Pegel, wird das Wasser durch sechs Öffnungen im Altdeich in die Überflutungsau



Vogelzug im Oktober: Hunderte Wildgänse fliegen in der Elbaue bei Tangermünde über eine Uferwiese

Foto: pa

ungsau geführt. Dass es je die Höhe des neuen Deichs übersteigt, gilt als unwahrscheinlich.

Vom „Auenblick“ beim „Bösen Ort“ schaut man auf eine Flutrinne, die in der Regel gerne von zahlreichen Wasservögeln genutzt wird. „Dieses Jahr“, so Ricarda Rath, Gebietsleiterin der Naturwacht Lenzen, „führt sie durch die langanhaltende Trockenheit derzeit jedoch nur wenig Wasser.“ Auch die ausgedehnte Sandbank auf dem gegenüber liegenden niedersächsischen Elbufer wird je nach Jah-

reszeit gern von Kiebitzen, Gänsen und Enten zur Rast genutzt.

Besonders im Herbst, wenn Zugvögel die Flusslandschaft prägen und neben den Flussniederungen in Mooren und Seen sowie auf den abgeernteten Getreide- und Maisfeldern Energie tanken und sich Fettreserven anfressen. Dabei liegt die Prignitz im Zugkorridor auffallend vieler Arten, die Brandenburg überqueren, zeitweise rasten oder auch weiterziehen: Kraniche, Bläss- und Saatgänse, Sing- und Zwergschwäne, zahlreiche Entenarten,

wie etwa Pfeifenten oder Schnatterenten, sowie Watvögel wie Bekassinen.

Kraniche zieht es besonders ins Rambower Moor, das nur wenige Kilometer von der Elbe und Lenzen mit seiner geschichtsträchtigen Burg, heute Hotel und Besucherzentrum des Biosphärenreservats „Flusslandschaft Elbe“, entfernt liegt. Abends, wenn die Feuchtwiesen unter Nebelschwaden liegen und die Sonne langsam untergeht, steuern sie laut trompetend die flachen Moorgewässer an, um – wie es ihre Art ist – im knietiefen

Wasser stehend zu übernachten. Gut beobachten lassen sich die Vögel von dem Aussichtsturm nahe Rambow aus.

Wichtige Rastflächen sind zudem die weitläufigen Wiesen der Lenzerwische zwischen Lenzen und Dömitz. Hier lassen sich im Winter auch die Feinde der Zugvögel beobachten, wenn der Seeadler vom Jagdfieber gepackt wird oder der eine oder andere Raubsäuger, wie etwa der Fuchs, sich ihm anschließt.

Zwischen Kommen und Gehen

Nicht alle Vögel ziehen weiter. In den letzten milden Wintern blieben zum Beispiel Kraniche und der Rotmilan in Deutschland. Saat- und Blessgänse sind dagegen bereits ständige Wintergäste. Sie ziehen nur bei hohen Schneelagen weiter. In ihre Schwärme mischen sich regelmäßig Weißwangengänse. Auch sie verbleiben in der Region. Nach den Gänsen treffen bis Ende Oktober die Sing- und Zwergschwäne ein und bleiben normalerweise bis in den März. „Im vergangenen Jahr“, so Rath, „zogen sie, vielleicht wegen des milden Winters, jedoch bereits Mitte Februar zurück in die Brutheimat.“

Allgemein können Vogelfreunde die Rast- und Zugvögel bis in den März hinein beobachten. Ab Februar/März beginnt dann auch der Rückzug der in den Süden geflogenen Vögel. „Ich bezeichne den März in Bezug auf das Zugvogelgeschehen auch gern als den Monat zwischen Kommen und Gehen“, präzisiert Rath. Die weithin zu hörenden melodischen Konzerte der Singschwäne gehören dabei zu den eindrucksvollsten Naturschauspielen in der winterlichen Elbtalaue.

● **Besucherzentrum Burg Lenzen**, Burgstraße 3, Telefon (038792) 1221, E-Mail: info@burg-lenzen.de, www.burg-lenzen.de

KLEINKUNST

Akrobat schön und gut

Nicht nur Mailand hat eine, auch Berlin hatte eine Scala – Das Varietétheater an der Spree wurde vor 100 Jahren eröffnet

Die frechen Berliner Spatzen piffen es schon länger von den Dächern. Am 2. November 1920 um 19.15 Uhr war es dann endlich so weit: Das neue Großvarietétheater Scala in der Martin-Luther-Straße 22–24 öffnete seine Tore, und zwar unter der maßgeblichen Ägide von Jules Marx, der das Haus im Stadtteil Schöneberg zunächst mit acht weiteren Geschäftspartnern als GmbH betrieb.

Der 1882 in Frankfurt am Main als Julius Marx geborene Kaufmannssohn war eigentlich gar nicht „vom Fach“, besaß durch seine Ausbildung zum Bankkaufmann jedoch einen ausgeprägten Sinn für Finanzgeschäfte. Und in London, wo er einige Jahre an der Börse tätig gewesen war, hatte er in den „Music Halls“, dem englischen Äquivalent der Varietés, die sehr lukrative Verbindung zwischen Szene, Musik und Akrobatik kennen gelernt.

1921 hatte das vergnügungssüchtige Publikum in Berlin die Qual der Wahl: Über 150 Revuethater buhlten um die Gunst der Zuschauer. Im rechten Flügel der neuen Spielstätte Scala waren Restaurationsbetriebe untergebracht. Ein Weinrestaurant, ein Klub-Saal, eine Likörstube und ein Casino mit Ballsälen namens „Casanova“ mit der – laut Eigenwerbung – „schönsten Tanzstätte des Kontinents“ komplettierte das clevere Konzept.

Doch die Reaktionen auf die Premiere, bei der unter anderem das Ukrainische

Nationalballett sowie Rosa Valetti in einem Sketch auftraten, fielen zunächst nicht durchgehend positiv aus. So beschwerte man sich zum Beispiel über eine schlechte Akustik. Marx behob die Mängel, entwickelte außerdem die beliebte „Variété-Revue“, sorgte für opulente Kulissen, stellte einen Conférencier ein und das obligatorische „Nummerngirl“, das vor jedem Programmpunkt über die Rampe tänzelte.

Die Scala sollte das größte Varietétheater im Deutschen Reich werden. Das Publikum sah über die Jahre glamouröse Revuen, in denen jeder Kleinkünstler, der etwas auf sich hielt, auftreten wollte. Es wurde von durch die Luft wirbelnden Akrobaten und tollkühnen Hochseilartisten verzaubert. Es lachte über weltberühmte Künstler wie den Schweizer Clown Grock alias Charles Adrien Wettach oder staunte über geschickte Magier.

Ein „demokratisches Variété“

Und die flamboyante Scala prägte auch den Slogan: „Denn heut zeig ich dir ganz Berlin, heut werf ich mich in Gala. Erst geht's auf die Tauentzien, und abends in die Scala.“

Anfangs noch als „Dilettant“ belächelt, hatte Marx die Zweifler eines Besseren belehrt und tatsächlich ein Varietétheater von Weltrang geschaffen, und das trotz anfänglicher Hindernisse wie zum

Beispiel die Hyperinflation zu Beginn der 1920er Jahre. Gerade sein vermeintlicher „Dilettantismus“ hatte ihm aber wohl einen unverbauten Blick auf das Kleinkunstgeschäft ermöglicht, was sich als hilfreich erweisen sollte, als die Sparte zunehmend stagnierte.

„Das Variété der Laszivität, der sanften Koketterie, der pikanten Entkleidungsszenen gehört der Vergangenheit an“, verriet Marx einem Reporter im Februar 1925. Deshalb ging er noch einen

Schritt weiter: Auch nicht begüterten Familien sollte der Besuch ermöglicht werden. Das „demokratische Variété“ musste das überholte „aristokratische Variété“ ersetzen. So sorgte er dafür, dass an Sonntagnachmittagen das volle Programm zu ermäßigten Preisen gespielt wurde.

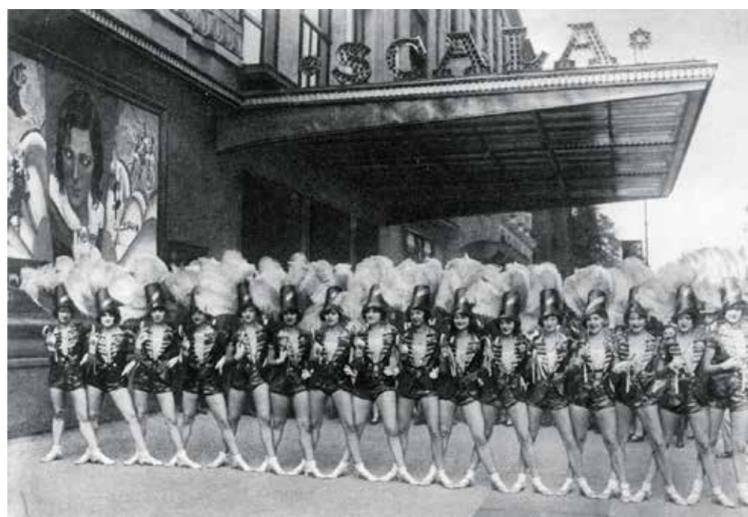
Im Herbst 1929 erschütterte der Schwarze Donnerstag die Finanzwelt. Da hatte sich Marx schon längst mit seinen Geschäftspartnern zum „Scala-Konzern“ zusammengeschlossen und betrieb als

dessen Generaldirektor noch weitere Varietés, darunter das Berliner Apollotheater. Der Konzern geriet in Zahlungsschwierigkeiten, 1933 stellte die Dresdner Bank als Hauptkreditgeber die Zusammenarbeit ein.

Im selben Jahr musste Marx sein Amt aufgrund seiner jüdischen Herkunft niederlegen und floh nach Frankreich. Sein Nachfolger Eduard Duisberg führte die Scala als „Variété-Betriebs-GmbH“ weiter und erfand 1934 die „Crazy Shows“, die „verrückten“ Sonderprogramme, während die Nationalsozialisten weiter an ihrem perfiden Plan der vollständigen „Arisierung“ des Reichs feilten.

„Führer gibt mir den Auftrag, die Scala bis Januar zu arisieren“, notierte Joseph Goebbels am 26. November 1937 in sein Tagebuch und vermerkte kurze Zeit später triumphierend: „Sie ist jetzt ganz zahm geworden. Wie wir sie haben wollten.“ Am 10. August 1944 kam schließlich für alle deutschen Bühnen das Verbot aller Veranstaltungen „mit nicht kriegsmäßigen Darstellungen“.

Zu dem Zeitpunkt hatte man Marx der Gestapo bereits übergeben und sein Leben am 8. Mai 1944 im KZ Sachsenhausen beendet. Und auch die Scala war längst Geschichte: Ein Bombenhagel legte das Theater in der Nacht vom 21. auf den 22. November 1943 fast vollständig in Schutt und Asche. Bettina Müller



Laszive Werbung in den 1920ern: Revuegirls posieren vor der Scala Foto: akg-images

● FÜR SIE GELESEN

Propaganda und Lügen

Die westlichen Demokratien von heute seien in wesentlichem Maße Fassaden-demokratien – gestützt und gesteuert von Allparteienkoalitionen, welche versuchten, jeglichen offenen Disput durch Zensur oder Manipulation mittels einer „Bewusstseinsindustrie“ zu unterbinden. Das ist die Kernthese des von dem Sozialwissenschaftler und Publizisten Ullrich Mies herausgegebenen Buches „Mega-Manipulation“, in dem 20 Autoren ihre Gedanken zur Thematik vortragen.

Dabei wird viel Richtiges über die derzeit betriebene „Gehirnverschmutzung“ durch Propaganda, Lügen, ideologische Kriegführung und totalitäre Meinungsunterdrückung gesagt. Beispielsweise wenn es um Themen wie die Corona-Pandemie, transatlantische Herrschaftscliquen, politisierte Rechtsprechung oder den globalen Krieg gegen dissidenten Journalismus geht.

Andererseits finden sich in dem Band aber auch diverse Übertreibungen. Hierzu zählen die Tiraden des US-Journalisten Chris Hedges über den „Christlichen Faschismus“ sowie die Notwendigkeit, „die amerikanische Gesellschaft in ein sozialistisches System zu verwandeln“. Und von einer „deutschen Aufrüstung“ zu sprechen, wie Mies und sein Co-Autor, der Student (sic!) Nicolas Riedl, dies tun, verbietet sich angesichts des komplett desolaten Zustandes der Bundeswehr ebenfalls.

Wolfgang Kaufmann



Ullrich Mies (Hg.): „Mega-Manipulation. Ideologische Konditionierung in der Fassaden-demokratie“, Westend Verlag, Frankfurt/Main 2020, broschiert, 349 Seiten, 22 Euro

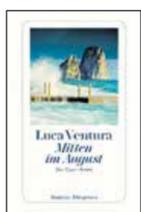
Mord vor schöner Kulisse

Landschaftskrimis erfreuen sich allgemeiner Beliebtheit. Dieses Genre bedient auch Luca Ventura, ein Pseudonym. Über den Autor dahinter verrät der Verlag nur so viel, dass er am Golf von Neapel lebt.

„Mitten im August“ ist der Auftakt einer Capri-Krimiserie. Im ersten Teil steht der Insel-Polizist Enrico Rizzi im Mittelpunkt, der seinen ersten Mordfall lösen muss, als am Strand die Leiche eines jungen Mannes gefunden wird. Normalerweise beschäftigt er sich mit Taschendieben, Falschparkern und Drogendelikten. Aus Neapel wird ihm die erfahrene, aber durch ein im Dunkeln bleibendes Ereignis degradierte, Ermittlerin Antonia Cirillo an die Seite gestellt. Die sehr unterschiedlichen Polizisten kommen dem Täter auf die Spur und lösen den Fall.

Wenn auch das Muster „Mord vor schöner Kulisse“ allzu bekannt ist, so handelt es sich bei Venturas erstem Capri-Krimi doch um spannende und unterhaltsame Lektüre.

Manuela Rosenthal-Kappi



Luca Ventura: „Mitten im August. Der Capri-Krimi“, Diogenes Verlag, Zürich 2020, kartoniert, 323 Seiten, 16 Euro

BILDERBUCH DER WOCHE

König der Bäume

Eichen zieren Wappen, Orden und Münzen. Sie gelten als Symbol für die Ewigkeit. Dass sie auch vielen Lebewesen eine Heimat bieten, zeigt das Buch „Die wunderbare Welt der Eiche“

FOTO: IMAGO IMAGES/PANTRIMEDIA



Eichen sind besondere Gewächse. Der Leipziger Illustrator Thomas Müller nähert sich in „Die wunderbare Welt der Eiche“ diesen beeindruckenden Bäumen vom Boden her. Am Fuß der Eiche gibt es vielfältiges Leben: Pilze, Mäuse, Echsen und Blumen umgeben den Standort. Bei einer mächtigen Eiche kann der Stamm über 20 Meter emporreichen.

Insekten, Schmetterlinge, Käfer, Hornissen, Wespen, unzählige Vogelarten, Siebenschläfer, Waldohreulen, Fledermäuse, Eichhörnchen, Baumrarder, ja sogar Habichte und Sperber finden unter dem majestätischen Blätterdach ein Plätzchen zum Wohnen. Vom winzigen Käfer bis zum eindrucksvollen Greifvogel werden alle Lebewesen umfassend dargestellt. Ihr Aussehen, ihre Lebensweisen, ihre Nahrung und Verhalten werden erklärt.

Wie findig die Natur ihre Kreaturen ausgestattet hat, damit sie überleben, wird anhand von Fledermäusen erläutert, die bei Einbruch der Dunkelheit

mit einer Ultraschall-Echopeilung jagen. Dabei stoßen sie kurze, hohe Laute aus, die von Bäumen, Häusern oder Gegenständen zurückgeworfen werden. So können sie kleinste Beutetiere entdecken. Der Laubfrosch kann als einzige einheimische Lurchart durch Haftballen an den Zehen auf Bäume klettern.

Ein Kapitel ist dem Verhalten des Kuckucks gewidmet, der seine Eier in fremde Nester legt und die Jungen von anderen Vogeleltern aufziehen lässt. Besonders eindrucksvoll sind die Illustrationen. Wie sieht ein Kuckuck aus, wie seine Eier? Die Greifvögel, ihr Aussehen und Verhalten bilden den Abschluss dieses wundervollen Bilderbuches. Doch es wäre nicht vollständig, wenn der Autor nicht auf die enorme symbolische Bedeutung der Eichen für die Menschen einginge.

Der Abschnitt „Die Eiche und der Mensch“ erzählt von den Bäumen bei den Germanen, als unter den mächtigen Kronen Gericht gehalten wurde und von den Kelten, bei denen sie als heilig galten. Der Autor berichtet vom Nutzholz, aus dem Fachwerkhäu-

ser, Türen, Tore, Fässer und vieles mehr gefertigt wurden und von ihrer Verwendung als Wappenbild. Die Eiche gilt als der König der Bäume. Müller rät, sich einmal in die Nähe eines solchen „Monarchen“ zu stellen, und alle Sinne zu öffnen.

Dieses Bilderbuch für Kinder ab sechs Jahren ist mit anmutig schönen und lehrreichen Bildern ausgeschmückt, dass auch jeder Erwachsene gerne hineinschaut und ebenfalls noch viel lernen kann.

Silvia Friedrich



Thomas Müller: „Die wunderbare Welt der Eiche“, Gerstenberg Verlag, Hildesheim 2020, gebunden, 72 Seiten, 20 Euro

ZEITZEUGNIS

Kriegserlebnisse eines Jugendlichen

Erhard Ernst schildert in einem Roman das „Leben in zwei Welten“ eines Flüchtlings

VON DAGMAR JESTZREMSKI

Als einer der ältesten noch lebenden Zeitzeugen hat Erhard Ernst, der im ostpreußischen Mohrunen [Morag] aufwuchs, nach über 70 Jahren einen spannenden und berührenden autobiografischen Roman mit dem Titel „Strandgut des Krieges. Ein Leben in zwei Welten“ geschrieben.

„Strandgut des Krieges“ war in den Nachkriegsjahren die Bezeichnung für alle infolge des Krieges heimatlos gewordenen Menschen. Lebhaft bewegt und reflektiert schildert Ernst aus der Sicht der kindlichen, dann jugendlichen Hauptperson namens Karl – eine Sicht, die nach so langer Zeit naturgemäß nicht mehr völlig authentisch sein kann – seine Eindrücke und Erinnerungen aus den letzten Jahren und Monaten in Ostpreußen, was er mit seinen Angehörigen auf der Flucht erlebte und besonders ausführlich, was nach der zufälligen „Strandung“ seiner Familie auf der Nordseeinsel Pellworm geschah. Der 1930 in Königsberg geborene Autor lebt seit 1970 in Kronshagen bei Kiel, wo er bis zu seinem Ruhestand als Deutsch- und Sportlehrer am Max-Planck-Gymnasium tätig war.

Offenkundig hat die Liebe des Erzählers zur Literatur in seinem Erstlingswerk reiche Frucht getragen. Karl besucht das Mohrunger Herder-Gymnasia-

um. Die überalterten Lehrer sind streng und unnahbar, im Unterricht herrscht eine geduckte Stimmung. Sein Vater war als Leiter des Mohrunger Bauamts kraft seines Amtes lange Zeit freigestellt vom Kriegsdienst. Die Mutter, eine eifrige Kirchgängerin, kann Karl sonntags nicht in die Kirche begleiten, weil der Sonntag immer „der Partei“ gehört und er als Jungenschaftsführer des Jungvolks zur Teilnahme an den Aufmärschen verpflichtet ist. So nimmt er auch an einer einwöchigen Schulung in der Napola (Nationalpolitische Erziehungsanstalt) in Stuhm teil. Schwer beschäftigt ist er auch „privat“ beim Aushecken von Streichen mit den Nachbarsjungen und bei Vergnügungen wie dem Baden im Schertingsee, mit Schlittschuhlaufen und Eissegeln mit selbstgebauten Segelschlitzen. Besuche bei der Tante in Königsberg und Sommerurlaube mit den Großeltern in Rauschen und Sorgenau an der Samlandküste gehören zu den beliebten jährlichen Unternehmungen mit der ganzen Familie.

Zeichen der nahenden Front

Spät erst nimmt Karl erschrocken die untrüglichen Zeichen der herannahenden Ostfront wahr. Infolge der Parteipropaganda hatte er am Endsieg des Deutschen Reiches nicht gezweifelt. Im Sommer 1944 wird die Schule Lazarett, und er muss in den Ferien die Seidenraupen

füttern, die, so sein Lehrer, Seide für die Fallschirme der Luftwaffe spinnen.

Das Baby rettete die Familie

Nie mehr nach Königsberg! Dieser bittere Gedanke durchfährt ihn, als die Tante mit den beiden Kusinen nach der Bombardierung Königsbergs vor ihrer Tür steht. „Und plötzlich war ganz Ostpreußen auf den Beinen.“ Die älteren Männer vom Volkssturm warteten am Bahnhof, um irgendwo Panzergräben zu schippen, und der gesamte NS-Apparat schien eingespannt zu sein in die Versorgung der Verwundeten und der Flüchtlingsströme aus dem Memelgebiet.

Als eine der letzten Familien der Nachbarschaft brachen die Mutter und die Tante mit insgesamt fünf Kindern Ende Januar 1945 heimlich nachts in eisiger Kälte auf. Bange Fragen des 15-Jährigen wegen seiner Kaninchen ... Noch bevor sie den überfüllten Mohrunger Bahnhof erreichten, von dem kein Flüchtlingszug mehr abfuhr, wurden sie in der Nähe der Gleise von einem Bahnbediensteten angesprochen und überraschend zum Einsteigen in den Güterwagen eines Güterzuges aufgefordert, der ausschließlich für Mitarbeiter der Eisenbahn bestimmt war. Das Baby im Kinderwagen war ausschlaggebend. Dieser kleine Engel, der schon bald darauf sein junges Leben aushauchte, sollte sich während der mehrere Wochen

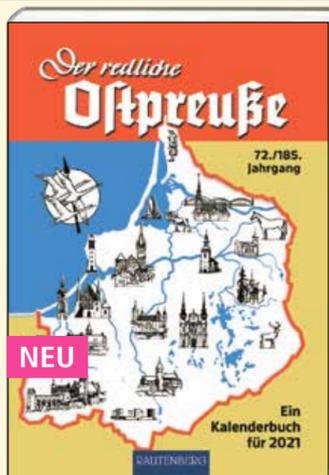
dauernden Flucht über Stolp und Gotenhafen und von dort mit einem Flüchtlings-schiff nach Kiel mehrmals als Retter seiner Familie erweisen.

Dasein als Flüchtlingsfamilie

Licht und Dunkel kennzeichnen das Dasein der Flüchtlingsfamilie auf einem Bauernhof auf Pellworm, wo die primitiven Lebensverhältnisse der Flüchtlinge im klitzekleinen Kabuff sich von denjenigen des Knechtes wenig unterscheiden, der in einem Brettverschlag im Stall hauste. Durch die Fürsprache eines Pastors darf Karl ab 1947 seine schulische Laufbahn auf dem Festland als Schüler des St. Peter-Gymnasiums im Nordseebad St. Peter-Ording fortsetzen. Ob der Fülle an bewahrten Eindrücken und Erinnerungen, die mit lebhaften Dialogen detailreich in Szene gesetzt sind, löst dieser brillant geschriebene Roman Staunen aus und ist ein wirklicher Lese-genuss.



Erhard Ernst: „Strandgut des Krieges. Ein Leben in zwei Welten“, Husum Verlag, Husum 2020, broschiert, 227 Seiten, 10,95 Euro



Silke Osman (Herausgeberin)

Der Redliche Ostpreuße 2021

Mit 156 Seiten, ausführlichem Kalendarium, Gedenktagen und Jubiläen großer Künstler, Dichter, Komponisten, Regisseure, Fotografen, Architekten und Wissenschaftler wie Ferdinand Gregorovius, Norbert Ernst Dolezich, Werner Richard Heymann, Emil Hundrieser, Theodor Gottlieb von Hippel der Ältere, Eva Schwimmer, Kurt Bernecker, Lotte Jacobi, Paul Brock, Heinz Tiessen, Erika Maria Wiegand die aus Ostpreußen stammen oder in Ostpreußen gewirkt haben, sowie Erzählungen und Gedichte der folgenden ostpreußischen Autoren im Jahreslauf: Johann Christoph Gottschedt, E.T.A. Hoffmann, Siegfried Wiechert, Emil Johannes Gutzzeit, Ruth Geede, Silke Osman, Matthias Claudius, Charlotte Keyser, Agnes Miegel, Hans-Ulrich Stamm, Hildegard Rauschenbach, Hans-Ulrich Stamm, Margarete Kudnig, Hannelore Patzelt-Hennig, Ferdinand Gregorovius, Hedy Gross, Annemarie in der Au, Hermann Sudermann, Walter Adamson, Ottfried Graf Finkenstein, Johanna Wolff, Walter Scheffler, Grete Fischer, Eva Schwimmer, Kuno Felchner, Fanny Lewald, Eva Maria Sirowatka, Lars Loppenthien, Fritz Skowronnek, Johanna Ambrosius, Frieda Jung, Ruth Maria Wagner und viele mehr. Der Redliche Ostpreuße enthält 100 SW-Illustrationen.

Nr. P 533204 **Kartiert** **9,95 €**



Silke Osman (Hrsg.)

Der Redliche Ostpreuße 2020

Ein Kalenderbuch für 2020 Format 17 cm x 24 cm. 160 Seiten

Nr. P 533202 **Gebunden** **5,00 €**

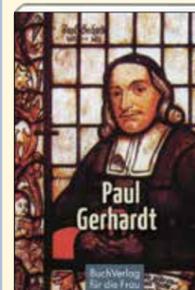


Silke Osman (Hrsg.)

Der Redliche Ostpreuße 2017

Ein Kalenderbuch für 2017 Format 17 cm x 24 cm. 160 Seiten

Nr. P 533180 **Gebunden** **5,00 €**



Wilma Deißner

Paul Gerhardt

Miniatúrausgabe

(Format 6,2 cm x 9,5 cm)

128 Seiten/Gebunden

Nr. P A1049 **5,00 €**

Der in Gräfenhainichen geborene evangelisch-lutherische Theologe Paul Gerhardt (1607–1676) ist einer der bedeutendsten deutschsprachigen Kirchenlieddichter. Obwohl seine Werke vierhundert Jahre alt sind, sind sie lebendig wie nie: Seine Gedichte wurden nicht nur von Johann Sebastian Bach vertont, sondern sind auch zu Liedern geworden, die bis heute fester Bestandteil vieler katholischer und reformierter Gesangbücher sowie in viele Sprachen übersetzt worden sind. So hat seine Lyrik nicht nur alle Zeiten überdauert, sondern auch konfessionelle und sprachliche Schranken überwunden. Die schönsten Lieder und Gedichte Gerhards sind in diesem kleinen Bändchen vereint mit einem einfühlsamen Porträt des berühmten Kirchenlieddichters.



Silke Osman (Hrsg.)

Der Redliche Ostpreuße 2019

Ein Kalenderbuch für 2019 Format 17 cm x 24 cm. 160 Seiten

Nr. P 533196 **Gebunden** **5,00 €**

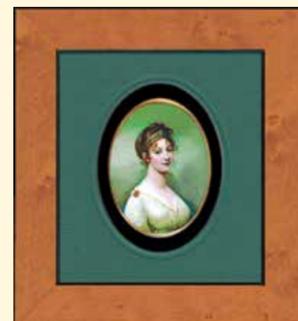


Silke Osman (Hrsg.)

Der Redliche Ostpreuße 2015

Ein Kalenderbuch für 2015 Format 17 cm x 24 cm. 160 Seiten

Nr. P 533170 **Gebunden** **5,00 €**



Porzellanminiatur Königin Luise von Preußen

Porzellanminiatur von Königin Luise. Der Rahmen aus Vogelaugenahorn hat eine Größe von 9,5 cm x 10,5 cm. Das Medaillon aus echtem Thüringer Porzellan hat eine Größe von 3,5 cm x 5 cm.

Nr. P A1236 **Gebunden** **49,00 €**



Katharina von Savigny (Herausgeberin)

Man kann sein Unglück auch versäumen

Eugen Roth für alle Lebenslagen

„Ein Mensch schaut in der Zeit zurück und sieht: Sein Unglück war sein Glück“. Heitere Gedichte und Verse von Eugen Roth. 160 Seiten

Nr. P A0975 **Gebunden** **12,50 €**



Silke Osman (Hrsg.)

Der Redliche Ostpreuße 2014

Ein Kalenderbuch für 2014 Format 17 cm x 24 cm. 160 Seiten

Nr. P 533167 **Gebunden** **5,00 €**



Silke Osman (Hrsg.)

Der Redliche Ostpreuße 2010

Ein Kalenderbuch für 2010 Format 17 cm x 24 cm. 160 Seiten

Nr. P 533148 **Kartiert** **5,00 €**



Porzellanminiatur Friedrich II.

Porzellanminiatur des großen Preußischen Königs. Der Rahmen aus Vogelaugenahorn hat eine Größe von 9,5 cm x 10,5 cm. Das Medaillon aus echtem Thüringer Porzellan hat eine Größe von 3,5 cm x 5 cm.

Nr. P A1237 **Porzellanminiatur** **49,00 €**



Gerhard Greß/Jörg Petzold

Ostpreußen und seine Verkehrswege

Teil 1 bis 1945

Mit Ostpreußen verbinden sich besondere Vorstellungen: herrliche, von Moränenhügeln, Flussniederungen und Mooren gebildete durchzogene Landschaften mit Elchen und Störchen, tiefdunkle Wälder und zahllose Seen, die Bernsteinküste, berühmte Seebäder, auf dem Kurischen Haff kreuzende Fischerkähne mit geschnitzten Wimpeln und wandernde Sanddünen auf der Nehrung, das Frische Haff mit dem hoch aufragenden Dom in Frauenburg, Trakehnen und seine berühmten Pferde, mächtige Ordensburgen und wehrhafte Städte, schattenspendende Baumalleen entlang der Chausseen, Kornfelder soweit das Auge reicht, Industrien und Unternehmen von Weltruf und natürlich die legendäre Ostbahn Berlin – Königsberg – Eydtkuhnen. Sie spielt in unseren beiden Standardwerken zum Verkehrsleben in Ostpreußen eine ebenso wichtige Rolle wie die vielen anderen großen und kleinen Bahnen. Wie in dieser beliebten VGB-Buchserie üblich, widmen sich die Autoren auch den anderen öffentlichen Transportmitteln, wie den vielfältigen Straßenbahnbetrieben, dem wichtigen Omnibusverkehr und der Schifffahrt. Band 1 beschreibt die rasante Verkehrsentwicklung dieser ostdeutschen Provinz bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs, als das alte Ostpreußen in kürzester Zeit von der Bildfläche verschwunden ist. ca. 800 seltene Aufnahmen. 372 Seiten

Nr. P A1345 **Gebunden** **59,95 €**



Gerhard Greß/Jörg Petzold

Ostpreußen und seine Verkehrswege

Teil 2 ab 1945

In den Jahren 1989/90, als die Menschen den „Eisernen Vorhang“ überwandten und die 1949 entstandenen Teilstaaten Bundesrepublik und DDR wieder zu einem Deutschland zusammenfielen, kam uns gedanklich auch jenes Land wieder näher, das Stalin 1945 zur Hälfte Polen und zur anderen seiner Sowjetunion zugeordnet hatte. Die Westmächte billigten dieses Vorgehen nur widerstrebend, weil sich dadurch eine weitere menschliche Katastrophe abzeichnete: die Vertreibung der Deutschen aus ihrer angestammten Heimat, die zu den folgenschwersten Ereignissen der Geschichte zählt. Viele Vorstellungen verbinden sich noch heute mit dieser einst östlichsten deutschen Provinz. Durch seine wunderschönen Landschaften, tiefdunklen Wälder, unzähligen Seen und schattigen Baumalleen an den Chausseen wurde es zum Begriff für verlorene Heimat und Sehnsucht. Wie in dieser beliebten VGB-Buchserie üblich, spielen in diesem Standardwerk die großen und kleinen Bahnen sowie die sonstigen Verkehrswege wie Straßenbahnen und die Schifffahrt eine wichtige Rolle. Auch dieser Teil 2 führt Sie mit seltenen Fotografien durch ein Gebiet, das bis heute nichts von seiner landschaftlichen Schönheit und seinem magischen Reiz verloren hat... ca. 350 seltene Aufnahmen. 216 Seiten

Nr. P A1383 **Gebunden** **49,95 €**



Christine von Brühl

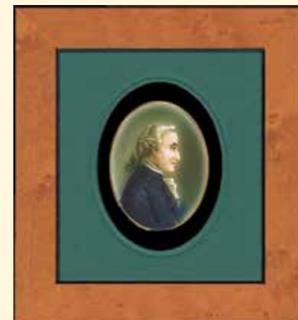
Anmut im märkischen Sand

Die Frauen der Hohenzollern

464 Seiten/Gebunden

Nr. P A0889 **15,00 €**

Wie kam die Anmut in die Mark? Kaum eine Dynastie hat die Geschicke Preußens so geprägt wie die Familie der Hohenzollern. Unter ihrer Ägide wurde aus dem kargen Landstrich ein prosperierendes Königreich, mit enormer militärischer Schlagkraft einerseits und Toleranz, Bürgernähe, Förderung der Wissenschaft und Künste andererseits. Was an Preußen heute beeindruckt, ist vor allem das kulturelle Erbe, das das Land weit über seine Grenzen hinaus bekannt machte: herrliche Schloss- und Parkanlagen, Theater, Museen oder Universitäten. Christine von Brühl schildert den Einfluss gerade der Frauen der Hohenzollern, die als Zugereiste und Eingehatete die Impulse und Ideen mitbrachten, die für die kulturelle Weiterentwicklung des Landes erforderlich waren.



Porzellanminiatur Immanuel Kant

Porzellanminiatur des großen Philosophen Immanuel Kant. Der Rahmen aus Vogelaugenahorn hat eine Größe von 9,5 cm x 10,5 cm. Das Medaillon aus echtem Thüringer Porzellan hat eine Größe von 3,5 cm x 5 cm.

Nr. P A1235 **Gebunden** **49,00 €**



Harald Saul

Ostpreußen kulinarisch – Miniatúrausgabe (6,2 x 9,5 cm)

Dieser kulinarische Ausflug nach Ostpreußen ist eine Reise in ein Land, das es nicht mehr gibt, dessen Küche aber unvergessen ist. Harald Saul erinnert mit berühmten Gerichten wie Beetenbartsch, Schuppnis, Königsberger Klopsen und vielen mehr an die große ostpreußische Back- und Kochtradition, die Heimatverbundene, Touristen oder Liebhaber regionaler Köstlichkeiten gleichermaßen begeistert. 128 Seiten.

Nr. P A1217 **Gebunden** **5,00 €**



Alexander Fürst

Erinnerungen eines alten Ostpreußen

Der vor einigen Jahren verstorbene Autor Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten nimmt uns mit auf eine Reise in die Vergangenheit. Von den gut behüteten Kindertagen zu Anfang des letzten Jahrhunderts auf Schloss Schlobitten bis hin zu den dramatischen Ereignissen des Jahres 1945, der Flucht und der Nachkriegszeit zieht sich der Bogen seiner Erinnerungen. Das Landleben auf den ostpreußischen Gütern, rauschende Feste, aber auch Sorgen vor dem heraufziehenden Unheil prägten sein Leben und lassen eine untergegangene Welt noch einmal aufstehen! Kaum ein zweiter Name ist so eng mit Ostpreußen verknüpft wie der des Fürsten.

Nr. P 533115 **14,95 €**



CD – Lorbas und Marjellchen – Heiteres aus Ostpreußen

Ostpreußische Texte in ostpreußischer Mundart werden auf dieser CD präsentiert. Dazu ertönen ostpreußische Lieder. Mit Texten von Robert Johannes und anderen. Gestaltung Dr. Herbert Hefft. Aus dem Inhalt: Zogen einst fünf wilde Schwäne, Der Bauer Schneiderei, Öck bön emol öhne Stadt gewäse, Mein Jettchen u.v.m. Gesamtspielzeit 29 Minuten

Nr. P 533200 **CD** **12,95 €**



Der fröhliche Ostpreuße

Lustige Geschichten und Lieder

Es singen: Vera Brunschede, Heinz Tilsner und die „Elbinger Spatzen“; es musizieren: Die „Lustigen Pillkaller“ und dazu schabbert Heinz Wald über den ostpreußischen Humor, den Königsberger Fleck u. v. m. 34 Min.

Nr. P 533199 **CD** **12,95 €**

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

● AUFGESCHNAPPT

Man sollte nicht gleich das Erstbeste nehmen. Denn oft findet sich dann etwas, das den eigenen Wünschen noch mehr entspricht. Das wissen auch „Flüchtlinge“, etwa in Leipzig. Wie die „Bild“-Zeitung berichtet, leben dort derzeit knapp 2000 in Gemeinschaftsunterkünften. Ziel der Stadt sei, „allen eine Wohnung zu vermitteln“. Die kommunale „Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft“ (LWB) habe mitgeteilt, dass „in den letzten neun Monaten 370 Anfragen von Flüchtlingen“ eingegangen und 30 Mietverträge zustande gekommen seien. Viele „Flüchtlinge“ lehnen die Angebote jedoch ab. Sofern „dafür überhaupt Gründe genannt werden“, handle es sich laut LWB um drei Haupteinwände gegenüber den Wohnungen. Diese seien entweder zu weit vom Stadtzentrum entfernt, lägen nicht in der richtigen Etage beziehungsweise die Häuser verfügten nicht über einen Aufzug, oder das Ganze werde einfach nicht den individuellen Ansprüchen gerecht. Ob sich die Stadt Leipzig jetzt in der Pflicht sieht, Besseres anzubieten? **E.L.**



● STIMMEN ZUR ZEIT

Deutschlands prominentester Philosoph Peter Sloterdijk zeigt sich im Gespräch mit der „Bild“-Zeitung (19. Oktober) besorgt wegen der Auswirkungen des Corona-Regimes auf unsere Demokratie:

„Was obendrauf kommt, ist das Verlangen der Exekutive (Regierung und Verwaltung, d. Red.), endlich mal wieder richtig durchregieren zu können, von der lästigen Gewaltenteilung unbehelligt. Ein wenig Diktatur als ob und auf Zeit, herrlich! In Bayern war mit einem Mal die unschuldigste Parkbank Gegenstand von Erlasspolitik! Der Traum der Exekutive gebiert Gespenster. Phänomenal. Wir werden eines Tages eine Kuriositätensammlung veranstalten.“

Der Präsident der Bundesärztekammer, Klaus Reinhardt, schätzt die Corona-Entwicklung weniger ernst ein als Kanzlerin Angela Merkel (CDU). Dem Deutschlandfunk (19. Oktober) sagte er:

„Wir erleben, dass die Zahl der schweren Verläufe, zum jetzigen Zeitpunkt zumindest, glücklicherweise nicht so zahlreich ist, wie es das im Frühjahr war ... Ich will auch keine Entwarnung oder keine fälschliche übertriebene Gelassenheit in dem Zusammenhang verbreiten, aber ich finde, man kann den Menschen nicht in einer Tour Angst machen.“

Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer (Grüne) gibt in „The European“ (18. Oktober) zu bedenken:

„Undifferenzierte Kontaktbeschränkungen ohne Rücksicht auf das Risiko sind unverhältnismäßig, treffen in 99 Prozent der Fälle die Falschen (aktuell liegt die Zahl der Infizierten bei 0,1 Prozent) und richten riesige Kollateralschäden an. Immer mehr Studien zeigen auf, dass Verarmung, verschlechterte medizinische Versorgung und Vereinsamung mehr Menschenleben kosten als die Lockdownstrategie rettet.“

Auch Friedrich Pürner, Chef des Gesundheitsamts im bayerischen Aichach-Friedberg, äußert gegenüber „merkur.de“ (20. Oktober) scharfe Kritik an der Politik hinsichtlich des Corona-Geschehens:

„Hier wird eine Ur-Angst geweckt, die Ur-Angst vor Krankheit, Siechtum und Tod. Wir haben einen unsichtbaren Gegner. Aufgabe der Politik wäre es: Ängste nehmen, nicht Panik schüren. Das Gegenteil ist der Fall: Wir haben Panikstimmung. Ich arbeite an der Basis, wir erleben es, dass Bürger aus Angst betteln, in Quarantäne geschickt zu werden. Bei den Leuten entsteht – durch die ständige Überdramatisierung und den Alarmismus – ein Erschöpfungszustand. So verspielt man Vertrauen. Auch Kinder bleiben auf der Strecke.“

● WORT DER WOCHE

„Selbst wenn man die Freiheit hat zu sagen, was man denkt, besagt das nicht viel, wenn man nicht mehr zu denken wagt, was man nicht sagen darf.“

Norbert Bolz, Kommunikationsforscher, in der „Welt“ (20. Oktober) zu den Folgen der um sich greifenden linken Zensur im Internet

DER WOCHENRÜCKBLICK

Härtetest

Was Politiker eigentlich wollen, und warum wir die Chance der Krise jetzt nutzen müssen

VON HANS HECKEL

Allein das Wort „Risikogebiet“ macht schon richtig Stimmung. Es fühlt sich an wie Bagdad, Mogadischu oder die Schlachtfelder von Bergkarabach, dabei meinen unsere Politiker und Staatsvirologen damit in Wahrheit Bad Reichenhall.

Aber egal, was es ist, auf jeden Fall ist es völlig falsch, wieder hamstern zu gehen, wie es eine wachsende Zahl von Bundesbürgern offenbar schon tut. Politiker haben dafür kein Verständnis, was unsereiner nun wieder nicht versteht. Die Politiker und Staatsvirologen orakeln doch selber ständig von einem „langen dunklen Winter“, von „Weihnachten im Lockdown“ und von apokalyptischen Ansteckungsraten, die uns vor die „größte Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg“ stellen. Kurzum, sie erzählen uns, dass wir am Rande einer gigantischen Katastrophe stehen.

Und was machen viele Deutsche? Sie reagieren genau so, als stünden sie am Rande einer gigantischen Katastrophe: Sie decken sich mit allem ein, von dem sie glauben, es könnte in der Katastrophe knapp werden. Aber genau das sollen sie nicht, weil sie sich, so Kanzleramtschef Helge Braun, „keine Sorgen machen müssen“.

Es ist nicht einfach, die Wünsche von Politikern zu deuten, die einerseits alles tun, um Panik zu schüren, um nur einen Satz später schon wieder Sorglosigkeit zu predigen. Was wollen die denn nun?

Das ist relativ einfach zu beantworten. Es ist das, was Politiker immer wollen: eine gute Figur machen. Markus Söder ist um seine Figur besonders bemüht. Daher will er in Sachen Corona rasch viele Kompetenzen von den Ländern auf den Bund übertragen. Für ihn könnte diese Corona-Sache nämlich noch gefährlich werden.

Söders Sorge dreht sich um einen etwas irritierenden Umstand. Der Freistaat des schneidigen Ministerpräsidenten weist so ziemlich die miesesten Corona-Testdaten in Deutschland aus. Der Mann, der den starken Macher markiert und mit steilen Ratschlägen oder strengen Ermahnungen ganz Deutschland beeindruckt will, sitzt also im Glashaus. Eine heikle Sache, über welche die geneigten Medien derzeit noch milde hinwegblicken. Das könnte sich aber ändern, und dann? Bis dahin sollte die Verantwortung

schleunigst nach Berlin abgeschoben werden. Wenn die Kurve der Positivtests dann weiter nach oben zeigt, darf Söder im Brustton der Empörung das „Versagen in Berlin“ anprangern, unter dem seine bayerische Heimat ganz besonders zu leiden habe. Söders Figur würde funkeln und blinken in der Pracht des knallharten Anklägers, der diesen Knalltönen in Berlin nichts, aber auch gar nichts durchgehen lässt. Die Deutschen würden ihn dafür lieben und die Eroberung des Kanzleramts rückte für ihn in greifbare Nähe.

Wir sollten uns jedoch nicht zu früh freuen. Der Wind, der die Segel der Söders, Wiewers oder Drostens derzeit so prachtvoll bläht, könnte unversehens drehen. Noch ist es nicht so weit, aber das Tiefdruckgebiet der Spielverderber gewinnt an Kraft: Mehr und mehr Wissenschaftler und Mediziner mäkeln am eingeschlagenen Anti-Corona-Kurs herum, der unverdrossen in Richtung von noch mehr Zwang und Strafe, Kontrolle und Kriminalisierung weist.

Man solle stattdessen gezielt besonders gefährdete Gruppen schützen und dem Leben der Anderen seinen freien Lauf lassen, fordert eine Gruppe von Wissenschaftlern, Kassenmanagern und Mediziner um den bekannten Gesundheitsökonom Gerd Glaeske: „Es überwiegt der Eindruck, dass die Verantwortlichen auf den immergleichen Vorgehensweisen beharren und Maßnahmen sogar noch verstärken, an deren Wirksamkeit und Akzeptanz es aus wissenschaftlicher Sicht größte Zweifel geben muss“, kritisieren die Fachleute in ihrem gemeinsamen Papier.

Ja, die Zweifel. Wir hatten ja schon mal hier erwähnt, wie Charité-Drosten vor dem Gesundheitsausschuss des Bundestages Anfang September fallen ließ, dass es keinerlei Beweis für die Wirksamkeit der Alltagsmasken gebe. Sie zu tragen entspringt also eher einem frommen Glauben. Zu unserer Erleichterung ging Drostens Erkenntnis vollkommen spurlos unter – wie es aussieht, auch bei Drosten selbst.

Aber das könnte anders werden, weshalb umgehend gehandelt werden muss, um die Früchte der Corona-Krise rechtzeitig zu ernten, bevor die Krise unter einem Kurswechsel verwelkt. Wie immer geht es bei der Ernte natürlich um Geld und Macht.

EZB-Präsidentin Christine Lagarde hat die Dringlichkeit erkannt und will Pflöcke einschlagen, bevor die Chance vorübergezogen ist. Der gigantische „Corona-Aufbau-

—
Wenn sich die Maßnahmen gegen Corona als falsch erweisen, müssen wir eben mehr von diesen Maßnahmen durchsetzen

fonds“ der EU von 750 Milliarden Euro solle nicht nur einmal fließen, sondern als dauerhaftes Instrument erhalten bleiben, damit man ihn wieder verwenden könne, „wenn ähnliche Umstände eintreten“.

In Lagardes Worten schwingt vermutlich eine gewisse Melancholie mit, wenn die Französin an all die verpassten Chancen denkt: SARS, Vogelgrippe oder die regelmäßigen Grippewellen – viel zu viele „ähnliche Umstände“ haben wir tatenlos verstreichen lassen, statt sie dafür zu nutzen, den Steuerzahlern der EU-Geberländer kraftvoll die Taschen zu leeren. Das soll sich nicht wiederholen.

Nützen solche Finanzspritzen den Empfängern eigentlich? Unwahrscheinlich. Schon die jahrzehntelangen EU-Strukturhilfefazlungen haben vor allem Abgreifer-Syndikate gemästet. Die Euro-Einführung hat in den Südländern ein teures Strohfeuer entfacht, das in der Finanzkrise verpuffte und in dessen Asche die Volkswirtschaften von Spanien, Griechenland oder besonders Italien seit einem Jahrzehnt immer tiefer versinken.

Wie eine Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zeigt, ist der Abstand zwischen „reichen“ und „armen“ EU-Staaten im Zuge der Milliardenhilfen der vergangenen Dekade nicht geschrumpft, sondern kräftig gewachsen. Der „Corona-Aufbaufonds“ dürfte diesem bemerkenswerten Trend weiteren Schub verleihen.

Ob die alle noch ganz dicht sind? Gute Frage. Aber wen kümmert das? Denn ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode. Eine Methode, die stramm durchgehalten wird. Etwa bei den Corona-Maßnahmen, wie die Experten um Glaeske aufdecken: Wenn die Maßnahmen nichts bringen, verschärfen wir sie eben. So halten wir es auf allen Politikfeldern. Wenn die Einwanderung auf dem Felde der Integration immer offensichtlicher scheidet, lautet die Forderung: mehr Einwanderung! Wenn die Energiewende schiefeht: mehr Energiewende! Und seitdem klar wurde, dass der Euro eine Missgeburt wurde, sind sich alle Herrschenden einig, was zu tun ist: mehr Macht für die EZB und mehr Geld für die Rettung des Euro!

Wer wohl einst die Geschichte des zeitgenössischen Europa entschlüsseln wird? Die Historiker der Zukunft eher nicht, die dürften damit heillos überfordert sein. Diese Aufgabe wird eher als Härtetest an sturmerprobte Psychiater vergeben werden.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de